

ANWALTS [5 | 2021] REVUE DE L'AVOCAT

DANIEL HÜRLIMANN / MARTIN STEIGER

Auf dem Weg zur digitalen Anwaltskanzlei
trotz Berufsgeheimnis und Datenschutz SEITE / PAGE 199

AYLIN GÜNEY KING

Le séquestre des articles 271 ss LP:
Quoi de neuf 10 ans après? SEITE / PAGE 207



Stämpfli Verlag

SAV  FSA



SWISSLEX

LEGALTECH SINCE 1986

Für das entgegengebrachte Vertrauen während der letzten 35 Jahre bedanken wir uns herzlich bei unseren Kundinnen und Kunden sowie unseren Partnerinnen und Partnern.
www.swisslex.ch/jubilee

INHALTSVERZEICHNIS

TABLE DES MATIÈRES

IM FOKUS DES VORSTANDS SAV	195
LE POINT DE MIRE DU CONSEIL FSA	196
THEMA / QUESTION DU JOUR	
Daniel Hürlimann / Martin Steiger Auf dem Weg zur digitalen Anwaltskanzlei trotz Berufsgeheimnis und Datenschutz	199
Aylin Güney King Le séquestre des articles 271 ss LP: Quoi de neuf 10 ans après?	207
ANWALTSRECHT / DROIT DE L'AVOCAT	
Walter Fellmann Vertraulichkeit von Vergleichsgesprächen und Irreführung des Gerichts – BGer 2C_500/2020 vom 17. März 2021	213
SAV – KANTONALE VERBÄNDE / FSA – ORDRES CANTONAUX	
Jahresbericht 2020/2021 / Rapport annuel 2020/2021	216
Der SAV teilt mit / La FSA vous informe	238

IMPRESSUM

Anwaltsrevue / Revue de l'avocat
24. Jahrgang 2021 / 24^e année 2021
ISSN 1422-5778 (Print)
e-ISSN 2504-1436 (Online)

Erscheinungsweise / Parution
10-mal jährlich / 10 fois l'an

Zitiervorschlag / Suggestion de citation
Anwaltsrevue 5/2013, S. 201 ff.
Revue de l'avocat 5/2013, p. 201 ss

Herausgeber / Edité par
Stämpfli Verlag AG
Schweizerischer Anwaltsverband /
Fédération Suisse des Avocats

Co-Chefredaktion / Co-rédacteurs en chef
Peter von Ins, Rechtsanwalt (vI)
Kochergasse 6, CH-3001 Bern
Tel. 031 328 35 35, Fax 031 328 35 40
peter.vonins@bern.law

Dr. Patrick Sutter, Rechtsanwalt (PS)
Färberstrasse 4, CH-8832 Wollerau
Tel. 044 687 32 32, Fax 044 687 32 33
patrick.sutter@klgp.ch

**Kontakt Verlag /
Contact maison d'édition**
Martin Imhof
Stämpfli Verlag AG
Wölflistrasse 1, Postfach, CH-3001 Bern
Tel. 031 300 63 99, Fax 031 300 66 88
www.staempfliverlag.com
anwaltsrevue@staempfli.com
revueavocat@staempfli.com

Mitarbeiter / Collaborateur
Thomas Büchli, Rechtsanwalt (Bü)
Livia Kunz, MLaw (LKU)

Sekretariat SAV / Secrétariat FSA
Marktgasse 4, Postfach 8321,
CH-3001 Bern
Tel. 031 313 06 06, Fax 031 313 06 16
info@sav-fsa.ch, www.sav-fsa.ch

Inserate / Annonces
Stämpfli AG
Postfach, CH-3001 Bern
Tel. 031 300 63 82
mediavermarktung@staempfli.com

Auflage / Tirage
10 286 Exemplare / exemplaires
(notariell beglaubigt / authentifié par
un notaire)

Vertrieb / Distribution
Stämpfli Verlag AG
Periodika
Wölflistrasse 1, Postfach 5662
CH-3001 Bern
Tel. 031 300 63 25, Fax 031 300 66 88
zeitschriften@staempfli.com

Mitglieder des SAV melden sich für
Adressänderungen bitte direkt beim SAV.
Les membres de la FSA s'adressent
directement à la FSA pour leurs **change-
ments d'adresse**.

Preise / Prix
Jährlich / Annuel:
CHF 233.-, EUR 271.- (Print und Online);
CHF 187.-, EUR 187.- (Online)
Studenten / Etudiants: CHF 123.-
Preise inkl. 2,5% MwSt. und Versandkosten.
Einzelheft / Numéro séparé:
CHF 28.-, EUR 28.-
Mitglieder des SAV gratis /
Membres FSA gratuit
Alle Preise inkl. 2,5% MwSt. /
Tous les prix incluent la TVA de 2,5%
Die Preisangaben in € gelten nur
für Europa.

Les prix indiqués en € ne sont valables
que pour l'Europe.
Schriftliche Kündigung bis 3 Monate
vor Ende der Laufzeit möglich. /
Résiliation de l'abonnement possible
par écrit jusqu'à 3 mois avant la fin de
l'abonnement.

Copyright
©Titel <<Anwaltsrevue / Revue de
l'Avocat>> by Schweizerischer Anwalts-
verband, Bern
© Inhalt by Schweizerischer Anwaltsver-
band, Bern und Stämpfli Verlag AG, Bern
© Gestaltung und Layout by Schweizeri-
scher Anwaltsverband, Bern.
Gestalter: grafikraum, Bern

Alle Rechte vorbehalten. Die Zeitschrift
und ihre Teile sind urheberrechtlich ge-
schützt. Veröffentlicht werden nur bisher
noch nicht im Druck erschienene Original-
beiträge. Die Aufnahme von Beiträgen
erfolgt unter der Bedingung, dass das aus-
schliessliche Recht zur Vervielfältigung
und Verbreitung an den Stämpfli Ver-
lag AG und den Schweizerischen Anwalts-
verband übergeht. Jede Verwertung und
Vervielfältigung bedarf der vorherigen
schriftlichen Einwilligung des Verlages. /
Tous droits réservés. La revue est protégée
par la législation sur le droit d'auteur.
Ne sont publiées que des contributions
originales qui n'ont pas encore été diffu-
sées sous forme imprimée. Les contribu-
tions ne sont acceptées qu'à la condition
que le droit exclusif de reproduction et de
diffusion soit accordé à Stämpfli Editions
SA et à la Fédération Suisse des Avocats.
Toute exploitation et reproduction néces-
site l'accord écrit de l'éditeur.

Die in dieser Zeitschrift von Autorinnen
und Autoren geäußerte Meinungen und
Ansichten müssen sich nicht mit denjeni-
gen der Redaktion oder des SAV decken. /
Les opinions exprimées dans cette revue
par les auteurs sont personnelles et n'en-
gagent ni la rédaction ni la FSA.

Sabine Kilgus, Nadja Fabrizio

Die Genossenschaft

Systematische Darstellung und Kommentar zu den Art. 828–838



- › Die Genossenschaft im modernen Wirtschaftsrecht
- › Die Besteuerung der Genossenschaft

Die Analyse des heutigen Genossenschaftsrechts erfolgt dabei vor allem unter dem Aspekt der Einbettung des Genossenschaftsrechts in das moderne Wirtschaftsrecht. Besonderes Gewicht wird deshalb auf die Situation der Genossenschaftsunternehmen gelegt. Die Kommentierung zeigt in einem allgemeinen Teil die historische Entwicklung des Genossenschaftsrechts auf, sie enthält einen umfassenden dogmatischen Überblick über das Schweizer Genossenschaftsrecht und bezieht rechtsvergleichend die Nachbarländern und England ein. Mit Art. 828 bis 838 OR werden zudem die Vorschriften zu Genossenschaftszweck und Gründung der Genossenschaft unter den heutigen gewandelten Verhältnissen sowie den Auswirkungen mehrerer OR-Revisionen, des Erlasses von FusG und RAG sowie der Revision der HRegV kommentiert.

Berner Kommentar, 2. Auflage, 858 Seiten, gebunden, April 2021, CHF 398.–
978-3-7272-1605-3



Bestellen Sie direkt online: www.staempflishop.com

Stämpfli Verlag AG

Wölflistrasse 1 | Postfach | 3001 Bern | Tel. +41 31 300 66 77 | Fax +41 31 300 66 88 | order@staempfli.com
Preisänderungen und Irrtümer vorbehalten | 1789-100/21

Stämpfli
Verlag

IM FOKUS DES VORSTANDS SAV

Rechtsschutzversicherungen: Konflikthanlaufstelle SAV-RSV

Das Dreiecksverhältnis Mandant-Rechtsschutzversicherung-Anwalt ist komplex. Die Beteiligten handhaben es unterschiedlich. Das führt zu Unsicherheiten und Ungereimtheiten. Im Interesse der Mandanten und deren Zugang zum Recht wird ein einheitlicher Umgang der Beteiligten am Rechtsschutzverhältnis empfohlen. Vor dieser Ausgangslage wurde 2013 eine Paritätische Kommission des SAV und des Schweizerischen Versicherungsverbandes (PK RSV) geschaffen, mit dem Ziel, den Dialog zu fördern, die gegenseitigen Interessen der Rechtsschutzversicherer und der unabhängigen Anwältinnen und Anwälte auszutauschen und nach Möglichkeit zu fördern. Die Zusammensetzung der Kommission und die ersten Ergebnisse ihrer Arbeit wurden in dieser Zeitschrift publiziert (AnwR 11/12/2015, S. 482u ff., und AnwR 1/2019, S. 5 ff.):

Als erstes Produkt der Zusammenarbeit wurde die «Checkliste für den Umgang mit Rechtsschutzversicherungen» präsentiert. Diese Checkliste soll den Versicherten von Rechtsschutzversicherungen helfen, in einem Rechtsfall die administrativen Abläufe einzuhalten, und sie vor unnötigen Kosten oder Komplikationen im Umgang mit Rechtsschutzfällen zu bewahren. Die Checkliste soll sowohl von Rechtsschutzversicherungen an Versicherte, aber auch von Anwälten bei Mandatsbegründung an Klienten mit Rechtsschutzversicherungsbezug abgegeben werden.

In einem zweiten Schritt hat die PK RSV Empfehlungen für Rechtsschutzversicherer im Umgang mit unabhängigen Anwälten und als Gegenstück Empfehlungen für Rechtsanwälte im Umgang mit Rechtsschutzversicherungen entwickelt, die von den beteiligten Verbänden SAV und SVV im Jahr 2018 genehmigt wurden. Diese enthalten für beide Adressaten abgestimmte Hinweise, die einen konstruktiven, effizienten und die Rechte und Pflichten der Beteiligten währenden Ablauf von Fällen mit Rechtsschutzbezug sicherstellen sollen: Der unterschiedliche Umgang aufgrund der Vielzahl der Anwälte wie auch aufgrund der erheblichen Zahl von Mitarbeitenden der RSV bei der Bearbeitung von Rechtsschutzmandaten soll durch Standardisierung vereinfacht werden; der möglichst branchenweit gleichförmige Ablauf soll die zuverlässige, transparente und effiziente Abwicklung von Rechtsschutzfällen gewährleisten.

Damit stehen nun für den gesamten Kreis möglicher Adressaten bezüglich Rechtsschutzverhältnis bei Beizug eines unabhängigen Anwaltes Empfehlungen zur Verfügung, deren Zweck es ist, den für sämtliche Adressaten komplexen Umgang im Dreiecksverhältnis standardisiert und unter Achtung gegenseitig bestehender Regularien abzuwickeln und damit auch Klarheit und Sicherheit für

Versicherte zu schaffen. Entsprechend gliedern sich sämtliche Empfehlungen in drei Phasen des Ablaufs bei Anbahnung und Durchführung von Mandaten unabhängiger Anwälte mit Rechtsschutzversicherungsbezug:

- Kontaktaufnahme,
- laufende Fallbearbeitung,
- Fallabschluss.

Die erwähnten Checklisten können auf der SAV-Website (www.sav-fsa.ch > Service > Sonstiges [<https://www.sav-fsa.ch/de/service/sonstiges.html>]) heruntergeladen werden.

In einem abschliessenden und die bisherigen Arbeiten umfassenden Schritt hat die PK RSV in Form eines Piloten neu eine Anlaufstelle geschaffen, die im konkreten Fall bei Meinungsverschiedenheiten zwischen der Rechtsschutzversicherung und der Anwältin bzw. dem Anwalt bei Bedarf angerufen werden kann. Die Konflikthanlaufstelle (KAS) hat sich zum Ziel gesetzt, in Konfliktfällen zwischen RSV und Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vermittelnd tätig zu sein. Die Streitbeilegungsstelle ist eine neutrale Anlaufstelle (paritätische Zusammensetzung, Vertreter RSV und Vertreter SAV), die Anwältinnen/Anwälten und Rechtsschutzversicherern Hilfestellung bei der Beilegung von Streitigkeiten (evtl. auch ohne Konfrontationen) bietet. Vorgesehen ist ein möglichst einfaches, mündliches und freiwilliges Verfahren. Es erfolgt grundsätzlich keine Akteneinlieferung ausser auf Anforderung der KAS. Die Anfrage erfolgt über ein vorgegebenes Formular. Beide Parteien müssen mit der Anrufung der KAS einverstanden sein. Das Einverständnis der Gegenseite muss vorgängig eingeholt werden. In erster Linie vermittelt die KAS zwischen den Parteien. Auf Wunsch beider Parteien kann sie eine unverbindliche mündliche Empfehlung abgeben. Die KAS ist keine Anlaufstelle für Versicherte und ersetzt nicht die Ombudsstelle für Privatversicherungen (vgl. Art. 169 AVO).

Der Pilot wird ab 1. Juli für eine Testphase von 12 Monaten ausschliesslich für Verbandsmitglieder (Fachgruppe RSV/SVV und Mitglieder SAV) angeboten. Nach gesammelten Erfahrungswerten erfolgt der Entscheid über eine permanente Anlaufstelle. Der Pilot sieht eine geschlossene Themenliste vor. Die KAS kann grundsätzlich zu sämtlichen praktischen Problemen, die sich zu Beginn oder im Verlauf der Abwicklung eines Falles ergeben können, angerufen werden, namentlich:

- Ablehnung eines Anwalts,
- interne Übernahme des Falles durch RSV,
- praktische Probleme der Abwicklung des Rechtsschutzfalles (z.B. Umgang mit schützenswerten Daten),
- Meinungsverschiedenheiten über
 - Vorliegen von Aussichtslosigkeit
 - Umfang des Mandats,

- Fallauslegung,
- Deckungsumfang,
- Kostengutsprache,
- Zwischenabrechnung,
- Kostendach
- usw.
- Bei Honorarstreitigkeiten bietet die KAS eine grobe Erstempfehlung an und schlägt erste Schritte vor. Die KAS macht hingegen keine detaillierten Honorarprüfungen.
- Einhaltung/Auslegung der Checklisten SAV/SVV

Es versteht sich, dass die mündlichen Gespräche vertraulich bleiben und nicht in allfälligen künftigen Verfahren benutzt werden können. Beide Parteien haben vor Einladung zu einem mündlichen Gespräch eine entsprechende Vertraulichkeitserklärung zu unterzeichnen. Der Beschrieb, die erwähnten Formulare und die Kontaktadressen des KAS RSV werden ab Juli 2021 auf der Website des SAV und des SVV aufgeschaltet sein.

René Rall
Generalsekretär SAV

LE POINT DE MIRE DU CONSEIL FSA

Assurances protection juridique: point de contact en cas de conflit FSA-APJ

La relation triangulaire mandant – assurance protection juridique – avocat est complexe. Les parties impliquées l'abordent différemment. Cela engendre des incertitudes et des incohérences. Dans l'intérêt des mandants et de leur accès au droit, il est recommandé que les parties à une relation de protection juridique soient traitées de manière uniforme. Dans ce contexte, une commission paritaire de la FSA et de l'Association Suisse d'Assurances (CP APJ) a été créée en 2013 dans le but de promouvoir le dialogue, d'échanger sur les intérêts réciproques des assureurs de protection juridique et des avocats indépendants et, dans la mesure du possible, de les promouvoir. La composition de la commission et les premiers résultats de ses travaux ont été publiés dans cette revue (Revue de l'avocat 11/12/2015, p. 482 ss et Revue de l'avocat 1/2019, p. 5 ss):

La «Check-list pour les assurés en protection juridique» a été présentée comme le premier résultat de la collaboration. Cette check-list a pour but d'aider les titulaires d'une assurance protection juridique à respecter les processus administratifs dans un cas juridique et de prévenir les coûts ou complications inutiles dans la gestion des cas de protection juridique. La check-list doit être remise tant par les assurances de protection juridique aux assurés que par les avocats à des clients assurés en protection juridique, en présence d'un mandat.

Dans un deuxième temps, la CP APJ a élaboré des recommandations à l'attention des assurances de protection juridique pour la gestion de leurs relations avec les avocats indépendants et, en contrepartie, des recommandations à l'attention des avocats pour la gestion de leurs relations avec les assurances de protection juridique, qui ont

été approuvées en 2018 par les associations concernées FSA et ASA. Ces recommandations contiennent, pour les deux destinataires, des conseils harmonisés visant à garantir un déroulement constructif, efficace et respectueux des droits et obligations des parties impliquées, des affaires ayant trait à la protection juridique: il s'agit de simplifier les procédures, qui diffèrent en raison du grand nombre d'avocats et du nombre important de collaborateurs de l'APJ traitant les mandats de protection juridique, en les standardisant et en assurant un déroulement aussi homogène que possible dans toute la branche afin de garantir un traitement fiable, transparent et efficace des cas de protection juridique.

Ainsi, pour l'ensemble du cercle des destinataires potentiels, des recommandations concernant la protection juridique en cas de recours à un avocat indépendant sont désormais disponibles. Elles sont destinées à standardiser la gestion complexe des rapports triangulaires pour tous les destinataires, dans le respect des réglementations mutuelles existantes, en apportant ainsi clarté et sécurité pour les assurés. En conséquence, toutes les recommandations décomposent en trois phases le déroulement de l'ouverture et de l'exécution des mandats d'avocats indépendants ayant un lien avec l'assurance protection juridique:

- prise de contact,
- traitement du cas,
- clôture du cas.

Les check-lists mentionnées peuvent être téléchargées sur le site Internet de la FSA (www.sav-fsa.ch > services > autre [<https://www.sav-fsa.ch/fr/service/sonstiges.html>]).

Dans une dernière étape englobant les travaux effectués jusqu'alors, la CP APJ a créé, sous la forme d'un pilote,

un nouveau point de contact qui peut être appelé si besoin dans un cas concret en cas de différend entre l'assurance protection juridique et l'avocat. Le point de contact en cas de conflits s'est fixé pour objectif d'intervenir en tant que médiateur en cas de conflit entre l'APJ et les avocats. L'organe de règlement des différends est un point de contact neutre (composition paritaire, représentants de l'APJ et de la FSA) qui offre une aide aux avocats et aux assureurs de protection juridique pour le règlement des différends (éventuellement même sans confrontation). La procédure est conçue pour être aussi simple que possible, orale et facultative. En principe, il n'est pas nécessaire de produire des pièces, sauf si le point de contact le requiert. La demande s'effectue au moyen d'un formulaire prédéfini. Les deux parties doivent accepter de saisir le point de contact. L'accord de la partie adverse doit être obtenu au préalable. En premier lieu, le point de contact intervient en tant que médiateur entre les parties. Il peut émettre une recommandation orale non contraignante à la demande des deux parties. Il n'est pas destiné aux assurés et ne remplace pas l'organe de médiation pour les assurances privées (cf. art. 169 OS).

Le pilote sera proposé à partir du 1^{er} juillet pour une phase de test de douze mois, exclusivement pour les membres de l'association (groupe spécialisé APJ/ASA et membres FSA). La décision relative à un point de contact permanent sera prise sur la base des expériences faites. Le pilote prévoit une liste fermée de sujets. Le point de contact peut en principe être saisi de tous les problèmes pratiques pouvant survenir au début ou au cours du traitement d'un cas, notamment:

- refus d'un avocat,
- prise en charge interne du cas par l'APJ,
- problèmes pratiques lors du traitement du cas de protection juridique (p. ex. traitement des données sensibles),
- divergences d'opinion sur
 - la question de savoir si l'action est vouée à l'échec,
 - l'étendue du mandat,
 - l'interprétation du cas,
 - l'étendue de la couverture,
 - la garantie de prise en charge,
 - le décompte intermédiaire,
 - le plafond de coûts,
 - etc.
- En cas de litiges portant sur les honoraires, le point de contact émet une première recommandation générale et propose les premières étapes. Il n'effectue toutefois pas d'examens détaillés des honoraires.
- Le respect et l'interprétation des check-lists FSA/ASA.

Il va de soi que les entretiens oraux restent confidentiels et qu'ils ne peuvent pas être utilisés dans d'éventuelles procédures futures. Les deux parties doivent signer une déclaration de confidentialité correspondante avant d'être invitées à un entretien oral. Le descriptif, les formulaires mentionnés et les adresses du point de contact APJ seront publiés sur le site Internet de la FSA et de l'ASA à partir de juillet 2021.

René Rall
Secrétaire général FSA

Peter Nobel, Rolf H. Weber

Medienrecht



-
- › **Behandelt die internationalen Entwicklungen im Medienrecht, die klassischen und elektronischen Medien sowie die das Medienrecht betreffenden Querschnittsmaterien**
-

Die medienrechtliche Materie ist faszinierend und befindet sich im Zuge immer weiterer Digitalisierung und «social media» in stetem Wandel. Die Medien selbst sind ständige Begleiter der Transformation unserer Lebenswelt. Immer wieder neue gesetz-geberische Arbeiten, internationale Übereinkünfte und «Standards», sowie Gerichtsentscheide (nationale und ausländische, insbesondere zu neuen Themen wie etwa dem Internet oder der Digitalisierung) fordern Aufmerksamkeit, Mitdenken und Mitarbeit im Fluss der Entwicklungen.

Stämpfli juristische Lehrbücher, 4. Auflage, 946 Seiten, gebunden, März 2021, CHF 224.–
978-3-7272-8945-3

Auch als **E-Book** erhältlich



Bestellen Sie direkt online: www.staempflishop.com

Stämpfli Verlag AG

Wölflistrasse 1 | Postfach | 3001 Bern | Tel. +41 31 300 66 77 | Fax +41 31 300 66 88 | order@staempfli.com
Preisänderungen und Irrtümer vorbehalten | 1789-102/21

Stämpfli
Verlag

AUF DEM WEG ZUR DIGITALEN ANWALTSKANZLEI TROTZ BERUFSGEHEIMNIS UND DATENSCHUTZ

DANIEL HÜRLIMANN

Dr. iur., Rechtsanwalt, Laux Lawyers AG, Zürich,
Lektor an der Universität Freiburg

MARTIN STEIGER

Lic. iur. HSG, Anwalt und Unternehmer für Recht im digitalen Raum,
Steiger Legal AG, Zürich

Stichworte: Digitalisierung, DSG, Datenschutzrecht, Anwaltsrecht, Berufsgeheimnis

Gesetzgeber und Markt verlangen von allen Anwältinnen und Anwälten, den Weg zur digitalen Anwaltskanzlei zu beschreiten. Die Nutzung von digitalen Arbeitswerkzeugen und insbesondere Cloud-Diensten ist weniger problematisch als gemeinhin angenommen. Der vorliegende Beitrag zeigt auf, was datenschutzrechtlich, anwaltsrechtlich und strafrechtlich zulässig ist. Anhand von vier beispielhaften Onlinediensten wird aufgezeigt, was die rechtlichen Voraussetzungen in der Praxis bedeuten.

I. Einleitung

Die Digitalisierung schreitet in der Schweiz voran. Viele Anwaltskanzleien haben sich allerdings bisher darauf beschränkt, E-Mail zu verwenden und allenfalls das klobige Faxgerät zu entsorgen. Gleichzeitig setzt die wachsende, nicht anwaltsrechtlich regulierte Konkurrenz – Legal-Tech-Startups sowie Beratungsunternehmen und Rechtsschutzversicherungen – fast ausschliesslich auf Arbeitsmittel im digitalen Raum.¹

Technologiefeindlichkeit ist nicht immer der Grund für die Zurückhaltung bei Anwältinnen und Anwälten. Eine wesentliche Rolle spielen das Berufsgeheimnis und der Datenschutz. Häufig ist nicht klar, ob die Nutzung von Cloud-Diensten sowie Outsourcing überhaupt datenschutzrechtlich, anwaltsrechtlich oder strafrechtlich zulässig ist. Wer sich nicht eingehend mit der Thematik befassen will, verzichtet daher tendenziell auf die Nutzung solcher Arbeitsmittel.

Aufgrund der COVID-19-Pandemie mussten sich viele Anwaltskanzleien in der Schweiz mit der Digitalisierung befassen, ob sie wollten oder nicht. Anwälte, die nicht allein tätig sind, benötigen für die Tätigkeit im Homeoffice digitale Arbeitsmittel und Cloud-Dienste. Beispiele dafür sind der gemeinsame Zugriff auf Akten und Dokumente sowie die Kommunikation mit Mandantinnen und Mandanten wie auch teilweise mit Behörden per Videokonferenz.²

Anwälte, welche die Vorteile digitaler Arbeitsmittel kennengelernt haben, werden nicht mehr darauf verzich-

ten wollen. Viele Anwältinnen werden aus dem Homeoffice nicht mehr vollständig an einen Arbeitsplatz in einer Kanzlei zurückkehren. Selbst jene, die Sehnsucht nach papierbasiertem Arbeiten «wie früher» verspüren, werden sich der Digitalisierung stellen müssen. Rechtlicher Hauptgrund ist das neue E-Justice-Gesetz³, das mittels Anpassungen der Prozessordnungen ein Obligatorium für die elektronische Übermittlung vorsieht.⁴ Unabhängig von der Diskussion, ob dieses Obligatorium zu begrüssen ist, wird das E-Justice-Gesetz für viele Anwaltskanzleien den Anlass bieten, auch intern grossmehrheitlich auf digitale Arbeitsmittel zu wechseln.⁵

1 Vgl. auch SCHWANINGER ET AL., [https://perma.cc/7VJG-4SZW Legaltech-Trends in der Schweiz], in: Anwaltsrevue 6/7/2020, S. 247 ff.

2 Die Autoren erarbeiteten diesen Beitrag mit Google Docs.

3 Vorentwurf vom 11. 11. 2020 zu einem Bundesgesetz über die Plattform für die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJ).

4 S. dazu die im Anhang des Vorentwurfs für ein E-Justice-Gesetz enthaltenen Vorentwürfe für einen neuen Art. 47a VwVG, einen neuen Art. 38c BGG, einen neuen Art. 128c ZPO, einen neuen Art. 103c StPO, einen neuen Art. 2c ZeugSG, einen neuen Art. 8c OHG, einen neuen Art. 31c VStrR und einen neuen Art. 37c MStP (alle mit dem Titel «Obligatorische elektronische Übermittlung») sowie einen neuen Art. 37a VGG («Elektronische Übermittlung») und einen neuen Art. 8 Abs. 1 Bst. e BGFA (Zustelladresse auf der E-Justiz-Plattform als Voraussetzung für den Anwaltsregistereintrag).

5 Vgl. auch JACQUES BÜHLER/BARBARA WIDMER, Auf dem Weg zur digitalen Justiz – Ein Statusbericht, in: Anwaltsrevue 4/2021, S. 169 ff.

Dieser Weg zur digitalen Anwaltskanzlei ist – bei genauer Betrachtung – weniger problematisch als gemeinhin angenommen wird, wie dieser Beitrag zeigen soll. Das gilt nicht nur anwalts- und strafrechtlich, sondern auch unter dem geltenden und künftigen Datenschutzgesetz in der Schweiz.

II. Rechtsgrundlagen

1. Datenschutzrecht

Anwältinnen und Anwälte in der Schweiz unterliegen – wie grundsätzlich alle privaten Personen, die Personendaten bearbeiten – immer und vollständig dem schweizerischen Datenschutzrecht. Das geltende Bundesgesetz über den Datenschutz (DSG) wird voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2022 durch das vollständig revidierte DSG (revDSG) abgelöst.⁶ Mit dem revDSG wird unter anderem versucht, mit neuen Strafbestimmungen einen Anreiz zur Einhaltung bestehender datenschutzrechtlicher Grundsätze und Pflichten zu schaffen. Weiter soll sichergestellt werden, dass die Europäische Kommission weiterhin zum Ergebnis gelangt, das schweizerische Recht gewährleiste einen angemessenen Datenschutz, um den freien Datenverkehr zwischen der Schweiz und Europa zu sichern.⁷

Das absehbare Inkrafttreten des revDSG ist – nach der Anwendbarkeit der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) per 25. 5. 2018 – eine weitere Chance für Anwältinnen in der Schweiz, sich vertieft mit den Auswirkungen des Datenschutzrechtes auf ihre berufliche Tätigkeit zu befassen. Das Datenschutzrecht zählt zu den Compliance-Vorschriften, die jede Anwaltskanzlei einhalten muss.⁸ Damals mussten schweizerische Anwälte prüfen, ob sie teilweise der DSGVO unterliegen und die DSGVO ergänzend zum DSG einhalten müssen. Die DSGVO ist für schweizerische Anwältinnen insbesondere dann teilweise anwendbar, wenn sie sich an Mandantinnen und Mandanten im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)⁹ richten (Art. 3 Abs. 2 lit. a DSGVO, Marktortprinzip) oder wenn sie sich gegenüber Mandanten vertraglich zur Einhaltung der DSGVO verpflichten. Anwälte im Anwendungsbereich der DSGVO müssen insbesondere die Rechtmässigkeit der Verarbeitung von personenbezogenen Daten sicherstellen, da die DSGVO eine solche Verarbeitung nur ausnahmsweise erlaubt (Art. 6 DSGVO, Verbot mit Erlaubnisvorbehalt). Ausserdem vereinheitlichte und verschärfte die DSGVO für Europa unter anderem die Anforderungen an die Gewährleistung der Datensicherheit, die Dokumentations- und Informationspflichten sowie die Vorgaben für das Outsourcing der Verarbeitung (Auftragsverarbeitung). Wer im Anwendungsbereich der DSGVO die Daten von Personen im EWR in einem Drittstaat – dazu zählt die Schweiz – bearbeitet, benötigt weiter in vielen Fällen eine EU-Datenschutz-Vertretung (Art. 27 DSGVO). Datenschutz-Aufsichtsbehörden erhielten mit der DSGVO neue Kompetenzen und können beispielsweise abschreckend hohe Geldbussen verhängen (Art. 83 DSGVO).¹⁰

Für die Nutzung von digitalen Arbeitswerkzeugen durch Anwältinnen stehen sowohl im geltenden DSG als

auch im revDSG die Bestimmungen über die Gewährleistung der Datensicherheit (Art. 7 DSG bzw. Art. 8 revDSG) und die Auftragsbearbeitung (Art. 10a DSG – als «Datenbearbeitung durch Dritte» bezeichnet – bzw. Art. 9 revDSG) im Vordergrund.

Anwälte, welche die DSGVO umgesetzt haben, werden feststellen, dass sie das revDSG in weiten Teilen bereits umgesetzt haben. Für alle Anwältinnen ist es aber empfehlenswert, sich mit den Bestimmungen des revidierten Datenschutzrechtes zu befassen.¹¹ Anwälte, die das revDSG nicht oder nicht rechtzeitig umsetzen, riskieren bei Datenschutzverletzungen eine Untersuchung sowie Verwaltungsmassnahmen durch den Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (EDÖB, Art. 49 ff. revDSG) sowie Verfahren durch kantonale Strafverfolgungsbehörden mit persönlichen Bussen bis zu 250 000 Franken (Art. 60 ff.).¹² Immerhin besteht im schweizerischen Datenschutzrecht weiterhin kein Rechtfertigungszwang für die Bearbeitung von Personendaten, sondern die Bearbeitung ist unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Grundsätze erlaubt (Art. 6 revDSG, unter anderem Rechtmässigkeit, Treu und Glauben, Verhältnismässigkeit, Transparenz und Zweckbindung), solange sie nicht ausnahmsweise verboten ist (Erlaubnis mit Verbotsvorbehalt). Auch das gemäss DSGVO häufige Erfordernis einer Einwilligung bleibt dem schweizerischen Datenschutzrecht fremd.¹³ Informationen in Datenschutzerklärung und an anderen Stellen sollen die Personen, deren Daten bearbeitet werden, befähigen, ihre Rechte wahrzunehmen (Art. 19 ff. revDSG), insbesondere bei einer Verletzung ihrer Persönlichkeit.

Beim Übergang vom geltenden DSG zum revDSG bleibt unverändert, dass das Datenschutzrecht die Anwaltstätigkeit in allen Aspekten erfasst. Das liegt daran, dass der Geltungsbereich der «Bearbeitung von Perso-

⁶ Das Datenschutzteam der Walder Wyss AG hat unter [<https://datenrecht.ch/rev-dsg/>] das revDSG in lesefreundlicher Form aufbereitet und mit Auszügen aus der bundesrätlichen Botschaft ergänzt, zuletzt abgerufen am 30. 4. 2021.

⁷ Vgl. Bundesamt für Justiz, [<https://perma.cc/39VW-EXAK> Stärkung des Datenschutzes], Totalrevision des Bundesgesetzes über den Datenschutz (DSG), zuletzt abgerufen am 30. 4. 2021.

⁸ Vgl. auch BENOÎT CHAPPUIS/STÉPHANIE CHUFFART-FINSTERWALD, La Compliance dans les études d'avocat: Quelques sujets topiques choisis, in: *Anwaltsrevue* 3/2020, S. 121 ff.

⁹ Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR), [<https://perma.cc/48XS-NETN> Europäische Wirtschaftsraum], umfasst die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) sowie das Fürstentum Liechtenstein, Island und Norwegen, zuletzt abgerufen am 30. 4. 2021.

¹⁰ Vgl. ausführlich: MARTIN STEIGER, Neues EU-Datenschutz-Recht: Was gilt für Anwaltskanzleien; in: *Anwaltsrevue* 5/2018, S. 205 ff.

¹¹ Vgl. ausführlich: DAVID ROSENTHAL, [<https://perma.cc/J7NK-DQH9> Das neue Datenschutzgesetz], in: *Jusletter*, 16. 11. 2020.

¹² Vgl. ausführlich: DAVID ROSENTHAL/SERAINA GUBLER, Die Strafbestimmungen des neuen DSG, in: *SZW* 1/2021, S. 52 ff.

¹³ Art. 6 Abs. 7 revDSG regelt nicht, dass in den genannten Fällen eine Einwilligung erforderlich ist, sondern stellt klar, dass eine allfällige Einwilligung – zum Beispiel als Rechtfertigungsgrund für eine ansonsten widerrechtliche Persönlichkeitsverletzung (Art. 31 Abs. 1 revDSG) – in diesen Fällen ausdrücklich erfolgen muss.

nendaten natürlicher Personen» äusserst breit gefasst ist. Personendaten sind «alle Angaben, die sich auf eine bestimmte oder *bestimmbare* natürliche Person beziehen» (Art. 5 lit. a revDSG) und Bearbeiten umfasst «jeden Umgang mit Personendaten, *unabhängig* von den angewandten Mitteln und Verfahren» (Art. 5 lit. d revDSG)¹⁴. Personendaten, die von Anwältinnen bearbeitet werden, sind ausserdem häufig «besonders schützenswert», zum Beispiel «Daten über die Gesundheit, die Intimsphäre oder die Zugehörigkeit zu einer Rasse oder Ethnie», «Daten über Verwaltungs- und strafrechtliche Verfolgungen oder Sanktionen» oder «Daten über Massnahmen der sozialen Hilfe» (Art. 5 lit. c Ziff. 2, 5 u. 6 revDSG).

A) Datensicherheit

Wer Personendaten bearbeitet, muss «durch geeignete technische und organisatorische Massnahmen eine dem Risiko angemessene Datensicherheit» gewährleisten (Art. 8 Abs. 1 revDSG).¹⁵ «Die Massnahmen müssen es ermöglichen, Verletzungen der Datensicherheit zu vermeiden» (Art. 8 Abs. 2 revDSG). So müssen die Daten beispielsweise vor Verlust und unberechtigten Zugriffen geschützt werden.

Die Gewährleistung der Datensicherheit bildet faktisch den Kern der Pflichten bei der Bearbeitung von Personendaten. Es gilt, die Integrität, Verfügbarkeit und Vertraulichkeit der bearbeiteten Personendaten tatsächlich sicherzustellen und nicht bloss in der veröffentlichten Datenschutzerklärung oder in der erstellten internen Dokumentation zu behaupten. Bei einer Datenpanne wird allein die Erklärung, man habe geeignete Massnahmen getroffen, zumindest in der Kommunikation und mit Blick auf die Reputation nicht genügen. Bei besonders schützenswerten Personendaten bestehen im Übrigen auch besonders hohe Risiken für die Mandantinnen und Mandanten.

Das revDSG fordert keine absolute Datensicherheit, sondern risikobasierte Massnahmen. Gängige Massnahmen bei digitalen Arbeitswerkzeugen sind beispielsweise Datensicherung (einschliesslich möglicher Wiederherstellung der gesicherten Daten!), Zugangs- und Zugriffsbeschränkungen sowie Verschlüsselung, aber auch interne Kontrollen, Regelungen und Schulungen sowie vertragliche Absicherungen. Der Bundesrat wird auf Verordnungsebene die Mindestanforderungen an die Datensicherheit konkretisieren müssen (Art. 8 Abs. 3 revDSG). Anhaltspunkte liefern Art. 8 ff. der geltenden Verordnung zum Bundesgesetz über den Datenschutz (VDSG).¹⁶

Wer die bundesrätlichen Mindestanforderungen vorsätzlich nicht einhält, kann in Zukunft mit Busse bis zu 250 000 Franken bestraft werden (Art. 61 lit. c revDSG). Wer nicht riskieren möchte, die eigenen Massnahmen durch eine Übertretungsstrafbehörde beurteilen zu lassen, wird einen hohen Massstab betreffend Angemessenheit und Geeignetheit anstreben müssen.

Die Gewährleistung der digitalen Datensicherheit ist für viele Anwälte eine anspruchsvolle Aufgabe. Für Anwältinnen, welche die erforderlichen Massnahmen nicht selbst umsetzen können oder möchten, ist es häufig schwierig,

die benötigte Unterstützung durch Dritte zu finden. Es gibt nur wenige Anbieterinnen und Anbieter mit der erforderlichen Kompetenz, die sich an Kleinst- und Kleinunternehmen, das heisst an die grosse Mehrheit der schweizerischen Anwaltskanzleien, richten. Anwälte gelten in der Branche als anspruchsvolle, sparsame und ungeduldige Kundschaft.

Eine Alternative zur eigenständigen Gewährleistung der Datensicherheit ist deshalb bei vielen digitalen Arbeitswerkzeugen das Outsourcing. Software wird nicht selbst betrieben und gewartet, sondern Dritte werden mit dem Betrieb und der Wartung der Software beauftragt. Datenschutzrechtlich handelt es sich um eine Auftragsbearbeitung. Ein solches Outsourcing stellt zwar – zumindest gefühlt – einen gewissen Kontrollverlust über die eigenen Daten dar, kann aber gerade bei Kleinst- und Kleinunternehmen die Datensicherheit und die tatsächliche Kontrolle über die eigenen Daten erheblich verbessern.

B) Auftragsbearbeitung

Die Beauftragung von Dritten ist im schweizerischen Datenschutzrecht ausdrücklich zulässig (Art. 8a DSG bzw. Art. 9 revDSG). Bei digitalen Arbeitswerkzeugen erfolgt das Outsourcing in erster Linie durch die Nutzung von Cloud-Diensten beziehungsweise Software-as-a-Service (SaaS)-Angeboten¹⁷ sowie teilweise durch Remote Computing mit Fernzugriff auf herkömmliche IT-Infrastruktur, die aber von Dritten betrieben wird. Moderne Software ist häufig und zunehmend nur noch als Cloud-Dienst erhältlich, was auch den Vorteil hat, flexible Arbeitsorte für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer Anwaltskanzlei zu ermöglichen. Wer mit einem Smartphone oder sonstigen Computer online gehen kann, kann grundsätzlich überall im Universum arbeiten. Anwaltskanzleien, die bereits SaaS-Angebote nutzten, konnten ihr Personal durch die Tätigkeit im Home- oder Remote-Office in der COVID-19-Pandemie von Anfang an wirksam schützen, ohne gleichzeitig Einbussen bei der Datensicherheit in Kauf zu nehmen.

Die Auftragsbearbeitung benötigt grundsätzlich keine Einwilligung der Personen, deren Daten bearbeitet werden. Der Auftragsbearbeiter wird – entgegen der Terminologie «Dritte» im geltenden DSG – datenschutzrechtlich der Auftraggeberin zugeordnet, sodass keine Bekanntgabe an «Dritte» erfolgt. Damit verletzen Anwältinnen, die Outsourcing nutzen, keine gesetzliche oder vertragliche Geheimhaltungspflicht, solange sie die datenschutzrechtlichen Anforderungen an die Auftragsbe-

¹⁴ Die Terminologie «Bearbeiten von Personendaten» (DSG, revDSG) und «Verarbeitung personenbezogener Daten» (DSGVO) kann im Alltag als synonym betrachtet werden.

¹⁵ Die technischen und organisatorischen Massnahmen werden üblicherweise als «TOMs» abgekürzt.

¹⁶ [https://perma.cc/NWT7-QUZA].

¹⁷ Vgl. zu diesen Begriffen die entsprechenden Wikipedia-Artikel [https://perma.cc/4Q6W-DF4H] und [https://perma.cc/KBG9-LF4M].

arbeitung erfüllen. Anwälte müssen ihre Mandanten nicht zwingend informieren, dass sie Outsourcing nutzen.

Gemäss Art. 9 Abs. 1 revDSG muss die Auftragsbearbeitung vertraglich abgesichert werden, was üblicherweise mit einem Auftragsverarbeitungsvertrag (AVV)¹⁸ geschieht. Praxis in der Schweiz ist, dass sich solche Verträge an den detaillierten Vorgaben von Art. 28 Abs. 3 DSGVO orientieren. Damit werden unter anderem die erforderlichen Kontroll- und Weisungsrechte sowie der Beizug von weiteren Auftragsbearbeitern, das heisst von Unterauftragsbearbeitern, geregelt (Art. 9 Abs. 3 revDSG).¹⁹

Viele Anbieter von digitalen Arbeitswerkzeugen sitzen im Ausland. Wer solche Angebote nutzt, exportiert Personendaten und muss diesen Export absichern. Kein Datenexport liegt dann vor, wenn die Daten unter eigener Kontrolle und mit ausschliesslichem Zugriff aus der Schweiz Ende zu Ende verschlüsselt werden, was aber selten angeboten wird oder angesichts der verwendeten Art von Software gar nicht praktikabel ist.

Der Datenexport – Art. 16 ff. revDSG tragen den Titel «Bekanntgabe von Personendaten ins Ausland» – ist zulässig, wenn aus schweizerischer Sicht im Ausland ein angemessener Datenschutz gewährleistet ist. Der Bundesrat wird gemäss revDSG eine entsprechende Liste führen, während diese Aufgabe heute dem EDÖB obliegt.²⁰ Bei Staaten, die nicht auf dieser Liste zu finden sind, kann ein «geeigneter Datenschutz» unter anderem durch einen völkerrechtlichen Vertrag oder durch Standarddatenschutzklauseln gewährleistet werden (Art. 16 Abs. 2 lit. a u. d revDSG). Letzteres kann beispielsweise bei Auftragsbearbeitern in den USA versucht werden, nachdem die datenschutzrechtliche Absicherung in Bezug auf amerikanische Anbieter nicht mehr mit den früheren Safe-Harbor- und Privacy-Shield-Regelungen möglich ist.²¹

2. Anwaltsrecht²²

Mit Blick auf die Frage, ob die Nutzung digitaler Arbeitswerkzeuge zulässig ist, ist das in Art. 13 BGFA verankerte Berufsgeheimnis zentral. Gemäss dieser Bestimmung unterstehen Anwältinnen und Anwälte zeitlich unbegrenzt und gegenüber jedermann dem Berufsgeheimnis gegenüber allem, was ihnen infolge ihres Berufes von ihrer Klientschaft anvertraut worden ist.

Dem Berufsgeheimnis gemäss dem BGFA als eidgenössischem Anwaltsgesetz liegt derselbe Vertraulichkeitsbegriff zugrunde wie dem strafrechtlich verankerten Berufsgeheimnis (Art. 321 StGB).²³ Wohl aus diesem Grund wird das Berufsgeheimnis gemäss Art. 13 BGFA in Abklärungen zur Zulässigkeit insbesondere der Cloud-Nutzung durch Anwältinnen teilweise gar nicht erwähnt.²⁴ Während eine Strafverfolgung wegen Verletzung des Berufsgeheimnisses einen Strafantrag voraussetzt, wird das im Anwaltsrecht verankerte Berufsgeheimnis durch die kantonalen Aufsichtsbehörden überwacht. Vorfälle, welche die Berufsregeln verletzen könnten, sind durch kantonale und eidgenössische Gerichts- und Verwaltungsbehörden unverzüglich der kantonalen Aufsichtsbehörde zu melden (Art. 15 BGFA).

Das Bundesgericht bestätigte mit einem im Juni 2019 gefällten Urteil die Verweigerung der Änderung eines Registereintrags durch die Genfer Anwaltsaufsichtsbehörde unter anderem wegen Nichteinhaltung des Berufsgeheimnisses.²⁵ Die anwaltliche Beschwerdeführerin wollte ihre Geschäftsadresse zu einer Aktiengesellschaft verlegen, deren Zweck darin besteht, als Plattform für unabhängige Anwälte zu fungieren und ihnen ein Geschäftsdomicil und/oder Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Benutzung von Räumlichkeiten anzubieten.²⁶ Das Bundesgericht hielt mit Bezug auf das Berufsgeheimnis zunächst fest, dass die Aktiengesellschaft die Voraussetzungen für die Qualifikation als Hilfsperson erfülle, weil sie für die Beschwerdeführerin in Erfüllung eines Servicevertrags Leistungen erbringe, die zur Ausübung ihres Berufs beitrügen. Somit hätte die Beschwerdeführerin dafür sorgen müssen, dass die Aktiengesellschaft das Berufsgeheimnis einhält.²⁷

Im konkreten Fall war dies jedoch nicht im erforderlichen Mass gewährleistet. Insbesondere fehlte es an einer schriftlichen Verpflichtung der Aktiengesellschaft, das Berufsgeheimnis zu respektieren und dafür zu sorgen, dass auch ihre Mitarbeiterinnen dieses respektieren. Aus den allgemeinen Geschäftsbedingungen ergab sich stattdessen, dass die Beschwerdeführerin akzeptierte, dass die Aktiengesellschaft ihre Haftung auf vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verhalten beschränkte. Im Hinblick auf das Erfordernis, dass die Anwältin alle ihr zumutbaren Massnahmen ergreifen muss, um eine Verletzung des Berufsgeheimnisses zu vermeiden, sei das nicht ausreichend. Darüber hinaus wären Telefonate zum Festnetzanschluss der Aktiengesellschaft nicht durch eigene Mitarbeiterinnen, sondern durch Mitarbeiter eines von dieser beauftragten Drittunternehmens geführt worden (Subdelegation). Dritte hätten somit Zugang zu Informationen gehabt, die unter die Schweigepflicht fallen, was mit der Verpflich-

18 Die europäische Terminologie «Auftragsverarbeitungsvertrag», abgekürzt AVV, wird häufig auch in der Schweiz verwendet. Wer schon länger im Datenschutzrecht tätig ist, zeigt das gerne mit dem früher in Deutschland verwendeten Begriff «Auftragsdatenverarbeitungsvertrag» (ADV).

19 Vgl. auch SAV-Fachgruppe Digitalisierung, [https://perma.cc/NUF6-6QQF SAV-Wegleitung für IT-Outsourcing und Cloud-Computing], Juni 2019 (nur mit SAV-Login).

20 EDÖB, [https://perma.cc/9R3R-3C3P Übermittlung ins Ausland], zuletzt abgerufen am 30. 4. 2021.

21 Vgl. MARTIN STEIGER, [https://perma.cc/684F-2DVN Nach dem Ende von Privacy Shield: Wie können amerikanische Internet-Dienste weiterhin genutzt werden?], Cyon, 13. 10. 2020.

22 Vgl. u. a. ausführlich: CHRISTIAN SCHWARZENEGGER ET AL., [https://perma.cc/3M29-BTFB Nutzung von Cloud-Diensten durch Anwältinnen und Anwälte], Zürich 2019 (zit. Gutachten) mit [https://perma.cc/C7ZF-PFMC Zusammenfassung], in: Anwaltsrevue 1/2019, S. 25 ff.

23 HANS NATER ET AL. (Hrsg.), Kommentar zum Anwaltsgesetz, Zürich 2011, Art. 13 N 16.

24 CHRISTIAN SCHWARZENEGGER ET AL., in: Anwaltsrevue 1/2019, S. 25 ff.

25 BGE 145 II 229 E. 9.

26 BGE 145 II 229 Sv. A.

27 BGE 145 II 229 E. 7.5.

tung zur Einhaltung des Berufsgeheimnisses nicht vereinbar sei.²⁸

Die Arbeitsumgebung, in die sich die beschwerdeführende Anwältin begeben wollte, hätte das Berufsgeheimnis nicht garantiert. Somit war es gemäss Bundesgericht korrekt, in der beantragten Änderung einen Verstoß gegen Art. 13 BGFA zu erkennen.²⁹ Das Urteil des Bundesgerichts zeigt, dass der Schutz des Berufsgeheimnisses vertraglich abgesichert werden muss und somit auch vertraglich abgesichert werden kann. Zudem hat das Bundesgericht klargestellt, dass die Haftung der Hilfsperson nicht auf vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verhalten beschränkt werden darf. Einen allfälligen Haftungsausschluss der Anwaltskanzlei gegenüber ihrer Klientschaft hatte das Bundesgericht nicht zu beurteilen.

3. Strafrecht

Das anwaltliche Berufsgeheimnis ist auch durch das Strafrecht geschützt. Nach Art. 321 StGB werden Anwältinnen und Anwälte *sowie ihre Hilfspersonen*, die ein Geheimnis offenbaren, auf Antrag mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft. Das Geheimnis muss ihnen infolge ihres Berufes anvertraut worden sein, oder sie müssen es in dessen Ausübung wahrgenommen haben. Hier stehen drei Fragen im Zentrum: (1.) Unter welchen Voraussetzungen wird ein IT-Dienstleister zur Hilfsperson? (2.) Ist die Einwilligung der Klientschaft für das Hinzuziehen der Hilfsperson erforderlich? (3.) Wann ist das Tatbestandselement der Offenbarung erfüllt?

Für die Nutzung von Cloud-Diensten, deren Anbieter ihren Sitz in den USA haben, stellt sich zudem die Frage, welche Auswirkungen der amerikanischer CLOUD Act auf den Schutz des Berufsgeheimnisses hat.

Hilfsperson ist, «wer bei der Berufstätigkeit eines (Haupt-)Geheimnisträgers in einer Weise mitwirkt, die es ihr oder ihm grundsätzlich ermöglicht, von Geheimnissen Kenntnis zu nehmen».³⁰ Wenn ein IT-Dienstleister grundsätzlich keine Möglichkeit hat, die bei ihm liegenden Daten einer Anwältin zu lesen, ist er somit nicht Hilfsperson. Wenn die Daten unverschlüsselt auf dem Server des Dienstleisters liegen, kann er grundsätzlich davon Kenntnis nehmen und ist somit auch Hilfsperson.

Wenn ein IT-Dienstleister wegen der grundsätzlichen Möglichkeit, von Geheimnissen Kenntnis zu nehmen, Hilfsperson ist, stellt sich die Frage, ob für das Hinzuziehen dieser Hilfsperson die Einwilligung der Klientschaft erforderlich ist. Das Einholen einer solchen Einwilligung ist nicht notwendig, wird aber im Sinne einer zusätzlichen Absicherung generell³¹ oder für bestimmte Konstellationen³² empfohlen.

Art. 321 StGB ist ein Erfolgsdelikt. Die Strafbarkeit setzt somit voraus, dass eine unberechtigte Person tatsächlich Kenntnis vom Geheimnis erlangt hat. Die blosse Möglichkeit zur Kenntnisnahme genügt somit nicht. Das Abspeichern von Daten auch in unverschlüsselter Form erfüllt das Tatbestandselement der Offenbarung somit nicht. Das Berufsgeheimnis wird erst dann verletzt, wenn ein IT-Dienstleister tatsächlich Kenntnis von den Daten er-

langt und zugleich nicht als Hilfsperson der Anwältin fungiert.

CLOUD Act steht für den amerikanischen Clarifying Lawful Overseas Use of Data Act, was mit Gesetz betreffend die Klarstellung der rechtmässigen Verwendung von Daten im Ausland übersetzt werden kann. Das Gesetz erlaubt es den US-Strafverfolgungsbehörden auf Bundesebene, Technologieunternehmen mit Sitz in den USA zu zwingen, Daten auch dann zur Verfügung zu stellen, wenn die verwendeten Server nicht in den USA stehen. Dies wirkt auf den ersten Blick höchst problematisch, bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass die Risiken meist überbewertet werden. Zunächst ist daran zu erinnern, dass der CLOUD Act nur für Strafuntersuchungen gilt und in jedem Fall einen Gerichtsbeschluss erfordert. Der Erlass zielt in erster Linie auf die Beschlagnahmung von Material im Ausland für Untersuchungen in den USA gegen sogenannte US-Personen ab.

Anwaltskollege David Rosenthal hat ein Modell zur Berechnung der Wahrscheinlichkeit eines Lawful Access im Ausland entwickelt und aufgezeigt, dass sieben (!) Voraussetzungen kumulativ erfüllt sein müssen, damit es zu einem Lawful Access durch eine ausländische Behörde kommen kann.³³ Um die Gesamtwahrscheinlichkeit eines Lawful Access zu berechnen, ist die Wahrscheinlichkeit für jede der sieben Voraussetzungen zu schätzen. Im von Rosenthal durchgerechneten Beispiel resultiert eine Gesamtwahrscheinlichkeit eines erfolgreichen Lawful Access über den Cloud-Provider von 0,67 Prozent in der (auf fünf Jahre festgelegten) Betrachtungsperiode. Das bedeutet, dass es in diesem Beispiel erst nach 513 Jahren mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 Prozent zu einem erfolgreichen Lawful Access kommen würde. Für die genaue Berechnung und die Begründung der getroffenen Annahmen wird auf das Excel-Dokument von Rosenthal verwiesen.³⁴

III. Beispiele für digitale Arbeitswerkzeuge

Die nachfolgenden Beispiele zeigen für gängige digitale Arbeitswerkzeuge, ob und, falls ja, wieso und unter welchen Voraussetzungen die Nutzung für Anwältinnen und Anwälte zulässig ist. Die Beispiele unterscheiden sich insbesondere durch das Vorhandensein von Ende-zu-Ende-Verschlüsselung sowie den Standort von Anbietern und Daten.

²⁸ BGE 145 II 229 E. 7.5.

²⁹ BGE 145 II 229 E. 7.6.

³⁰ CHRISTIAN SCHWARZENEGGER ET AL., in: Anwaltsrevue 1/2019, S. 28.

³¹ CHRISTIAN SCHWARZENEGGER ET AL., in: Anwaltsrevue 1/2019, S. 30.

³² DAVID ROSENTHAL, [https://perma.cc/VET8-ZLH3 Mit Berufsgeheimnissen in die Cloud: So geht es trotz US CLOUD Act], in: Jusletter 10. 8. 2020, Rz. 49 ff.

³³ ROSENTHAL (Fn. 32), Rz. 109 ff.

³⁴ DAVID ROSENTHAL, [https://perma.cc/D92U-GXGS Cloud-Computing: Risikobeurteilung eines Lawful Access durch ausländische Behörden].

1. *Digitale Ablage: Tresorit*

Tresorit ist ein kostenpflichtiger Dienst der schweizerischen Tresorit AG, der das Speichern, Synchronisieren und Teilen von Dateien in der Cloud ermöglicht.³⁵ Anwaltskanzleien können damit ihre Daten wie beispielsweise Mandantendossiers digital ablegen. Alle Daten werden durch Ende-zu-Ende-Verschlüsselung geschützt, das heisst, Tresorit hat keinen Zugriff auf die Daten der Nutzerinnen und Nutzer. Vorteilhaft ist, dass die Daten nicht nur in der Cloud liegen, sondern lokal synchronisiert und damit bei Bedarf unabhängig von Tresorit gesichert werden können.

Die Nutzung von Tresorit ist für Anwältinnen und Anwälte in der Schweiz aus datenschutz-, anwalts- und strafrechtlicher Sicht ohne Weiteres zulässig. Der Dienst unterliegt vollumfänglich schweizerischem Recht, und die Daten liegen in der Schweiz. Tresorit erklärt ausserdem, die DSGVO einzuhalten. Für jene wenigen Daten, die nicht Ende zu Ende verschlüsselt werden können, zum Beispiel die Namen der Nutzer und die E-Mail-Adressen der Nutzerinnen, sodass eine Auftragsbearbeitung stattfindet, kann ein Auftragsverarbeitungsvertrag abgeschlossen werden.

2. *Kanzleiverwaltung: Bexio*

Bexio ist ein kostenpflichtiger Dienst der schweizerischen Bexio AG, der die Online-Verwaltung von Unternehmen wie beispielsweise Anwaltskanzleien ermöglicht.³⁶ Anwältinnen und Anwälte können damit unter anderem Projekte und die geleistete Zeit erfassen, ihre Buchhaltung führen und Rechnungen erstellen sowie ihre Kontakte verwalten.

Die Nutzung von Bexio ist für Anwälte in der Schweiz aus datenschutz-, anwalts- und strafrechtlicher Sicht grundsätzlich zulässig. Die Daten sind zwar nicht Ende zu Ende verschlüsselt, aber der Dienst unterliegt vollumfänglich schweizerischem Recht. Die Daten liegen zwar bei Google, aber in der Schweiz und im Verantwortungsbereich der Google Ireland Limited und nicht der amerikanischen Google LLC. Bexio erklärt, die DSGVO einzuhalten. Der Auftragsverarbeitungsvertrag, mit dem die Kontrolle der Nutzerinnen und Nutzer über ihre Daten vertraglich sichergestellt wird, ist Bestandteil der allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB).

3. *Übersetzung: DeepL*

DeepL ist ein Übersetzungsdienst der deutschen DeepL GmbH, der das Übersetzen von Texten in über einem Dutzend Sprachen ermöglicht. Als deutscher Dienst unterliegt DeepL der DSGVO und wird von der nordrhein-westfälischen Datenschutz-Aufsichtsbehörde beaufsichtigt. Die AGB stellen klar, dass die Rechte an ihren Daten bei den Nutzerinnen und Nutzern verbleiben.

DeepL kann kostenlos genutzt werden, doch ist die Bearbeitung von Personendaten bei dieser Version ausdrücklich untersagt.³⁷ Da Texte, die übersetzt werden sollen, häufig Personendaten enthalten, muss regelmässig die kostenpflichtige DeepL-Pro-Version genutzt wer-

den. In dieser Version besteht die Garantie, dass Texte der Nutzerinnen nicht gespeichert, sondern sofort nach der Übersetzung gelöscht werden.³⁸ Der erforderliche Auftragsverarbeitungsvertrag ist sowieso nur für die DeepL-Pro-Version erhältlich.

Die Nutzung von DeepL ist für Anwältinnen und Anwälte in der Schweiz aus datenschutz-, anwalts- und strafrechtlicher Sicht in der kostenpflichtigen Pro-Version grundsätzlich zulässig. Das deutsche Datenschutzrecht einschliesslich DSGVO gewährt mindestens einen angemessenen Datenschutz, sodass der Datenexport aus der Schweiz zulässig ist. Die Daten zumindest aus den Übersetzungen werden nur kurzzeitig gespeichert und liegen in der Europäischen Union (EU).

4. *Office: Microsoft 365*

Microsoft 365 verbindet die traditionellen und lokal genutzten Microsoft-Office-Anwendungen wie Outlook und Word mit Cloud-Speichern, Cloud-Versionen der traditionellen Anwendungen sowie zusätzlichen Cloud-Diensten wie beispielsweise dem Zusammenarbeits- und Videokonferenztool Teams. Microsoft 365 ist ein Angebot der amerikanischen Microsoft Corporation, ermöglicht aber die Auswahl der Schweiz als Datenstandort.

Die Nutzung von Microsoft 365 ist für Anwältinnen und Anwälte in der Schweiz aus datenschutz-, anwalts- und strafrechtlicher Sicht zulässig, sofern beim Umstieg bestimmte technische, organisatorische und vertragliche Massnahmen zum Schutz der Datensicherheit und des Berufsgeheimnisses umgesetzt werden.³⁹ Es ist zu empfehlen, die getroffenen Massnahmen zu dokumentieren, um auf Verlangen einer Aufsichtsbehörde nachweisen zu können, dass insbesondere die Datensicherheit und das Berufsgeheimnis gewährleistet sind. Microsoft bietet unter anderem Anwaltskanzleien den Abschluss eines Professional-Secrecy-Addendums an. In diesem steht, dass Microsoft sich bewusst ist, dass Kundendaten unter das Berufsgeheimnis im Sinne von Art. 321 StGB fallen können. Indem Microsoft bestätigt, zu wissen, dass Daten eines bestimmten Kunden unter das Berufsgeheimnis fallen können, wird Microsoft zur Hilfsperson.

IV. Fazit

Gesetzgeber und Markt verlangen von der *gesamten* Anwaltschaft, mit der längst laufenden Digitalisierung mitzugehen und nicht länger stehen zu bleiben. Die Verwen-

³⁵ [<https://tresorit.com/de>].

³⁶ [<https://www.bexio.com/de-CH/>].

³⁷ Vgl. [<https://perma.cc/WS73-ZFLZ> Datenschutzerklärung DeepL], Ziff. 3.

³⁸ Vgl. [<https://perma.cc/WS73-ZFLZ> Datenschutzerklärung DeepL], Ziff. 4.

³⁹ Für die detaillierte Begründung sei auf das Referat [<https://youtu.be/OdJizFRyRQ> «Kanzlei in der Cloud – wie es funktioniert»] von Anwaltskollege Christian Laux vom 11. 3. 2021 verwiesen.

derung moderner Software zwingt zum Schritt in die Cloud und dabei auch zur Nutzung von Cloud-Diensten im Ausland. Jüngere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kennen nur noch die Arbeit mit solchen digitalen Arbeitswerkzeugen. Immer mehr Mandantinnen und Mandanten sind nur noch über digitale Kommunikationskanäle wie Instant Messaging und Social Media erreichbar.

Dieser Beitrag zeigt, dass der Weg zur digitalen Anwaltskanzlei und damit in die Cloud datenschutz-, anwalts- und strafrechtlich möglich ist. Dafür müssen entsprechende Beurteilungen und Diskussionen mit Blick auf die tatsächlichen Risiken geführt werden. Sogar der amerikanische CLOUD Act verliert seinen Schrecken, wenn man ihn nüchtern betrachtet. Umgekehrt verblasst der Glanz des Datenstandortes Schweiz, sobald man hinter die Kulissen des ausgebauten Überwachungsstaates blickt. Schliesslich muss berücksichtigt werden, dass der Verzicht auf digitale Arbeitswerkzeuge oder das Festhalten an alternder lokaler Software genauso mit Risiken verbunden ist.

Es ist zu wünschen, dass sich eine risikobasierte Betrachtung auch bei Aufsichtsbehörden und Gerichten durchsetzt. So wäre es beispielsweise problematisch, wenn Anwältinnen und Anwälte nur IT-Dienstleister beauftragen dürften, die auf die Beschränkung ihrer Haftung auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit verzichten. Es stünden – wenn überhaupt – nur noch einige wenige IT-Dienstleister zur Auswahl, die weder funktional noch preislich konkurrenzfähig wären. Anwaltskanzleien und ihre nicht regulierte Konkurrenz benötigen gleich lange Spiesse. Ansonsten droht tatsächlich «The End of Lawyers», wie es Richard D. Susskind bereits 2008 in den Raum gestellt hat.⁴⁰

⁴⁰ Vgl. auch CHRISTIAN LAUX, [https://perma.cc/FS2W-G2FX The End of Lawyers? – Ableitungen aus Susskinds Thesen mit Blick auf IT in der Anwaltskanzlei], in: Anwaltsrevue 1/2015, S. 5 ff.

Anzeigen

Schriften zum Schweizerischen Arbeitsrecht

Dissertationen aus dem öffentlichen,
kollektiven und vertraglichen Arbeitsrecht.

www.staempflishop.com

Wir suchen: Mehrfamilienhäuser/Wohnüberbauungen

Ab CHF 8 Mio., bis hin zu grossen Überbauungen.
Gut besiedelte Gebiete in der Deutschschweiz.
Alt oder neu, mit oder ohne Renovationsbedarf.

Wir freuen uns sehr auf Ihren Kontakt.

SPEH + PARTNER
41 55 410 26 26

HuberPartners
THE FAMILY PLATFORM



Suchen Sie für Ihre Kunden einen praktisch denkenden, unabhängigen und in der Zukunft von der FINMA bewilligten Trustee?

Wir sind heute bereits Finanzdienstleister unter der SRO Polyreg und sind daran uns von der FINMA als Trustee bewilligen zu lassen. Wir suchen Mandate, die wir gemeinsam mit Ihnen oder für Sie als Trustee betreuen können.

Seit 35 Jahren betreuen wir, heute in einem kleinen Team, gut 60 Familien. Sehr gerne werden wir auch für Sie und Ihre Kunden tätig. Als Familienunternehmung mit geregelter Nachfolge sind wir unabhängig und flexibel.

Vertrauensvolle Zusammenarbeit, das streben wir an!

Wenn wir Ihr Interesse geweckt haben, melden Sie sich doch bei uns:

Walter Huber, Regula Huber und Renata Pellegrino
Huber Partners AG, Rämistrasse 7, 8001 Zürich
044 396 88 33, w.huber@huberpartners.ch

www.huberpartners.ch

Alain Macaluso, Laurent Moreillon, Carlo Lombardini, Andrew M. Garbarski (éditeurs)

Développements récents en droit pénal de l'entreprise II



› L'actualité d'un droit en perpétuelle mutation

Dédié à la 2^e journée du droit pénal de l'entreprise organisée par le CEDIDAC, cet ouvrage aborde la jurisprudence marquée par des arrêts de principe du Tribunal fédéral sur des questions d'actualité telles que : l'appréhension des rétrocessions en droit pénal dans la relation de mandat ou encore la nature juridique de l'article 102 CP en matière de responsabilité de l'entreprise.

Y sont également traités : les risques pénaux encourus dans la gestion de fortune, la mise sous scellés notamment dans la perspective du juge de la procédure, l'accueil favorable des solutions consensuelles de l'article 53 CP, la question de la pratique de la FINMA en matière d'entraide judiciaire et la question des droits des banques en tant que créancières touchées par des affaires de criminalité financière.

CEDIDAC 109, 102 pages, broché, avril 2021, CHF 72.–
978-3-7272-8623-0



Commandez directement en ligne : www.staempflishop.com

Stämpfli Editions SA

Wölflistrasse 1 | Case postale | 3001 Berne | Tél. +41 31 300 66 77 | Fax +41 31 300 66 88 | order@staempfli.com
Sous réserve de modifications de prix et d'erreur | 1789-101/21

Stämpfli
Editions

LE SÉQUESTRE DES ARTICLES 271 ss LP: QUOI DE NEUF 10 ANS APRÈS?

AYLIN GÜNEY KING¹

LL. M., avocate au barreau de Genève, Bonnard Lawson

Mots-clés: séquestre, LP modifiée au 1^{er} janvier 2011, développements apportés par la jurisprudence depuis lors

Mesure conservatoire visant à garantir une créance pécuniaire en souffrance, le séquestre est régi par les art. 271 ss LP. Ces dispositions ont subi d'importantes modifications entrées en vigueur le 1^{er} janvier 2011 dans le but d'adapter le droit du séquestre aux nouvelles exigences de la Convention de Lugano révisée. La jurisprudence a, depuis lors, eu l'occasion de délimiter les contours de cette réforme et d'apporter des développements relatifs aux dispositions inchangées.

I. Introduction

Régi par les art. 271 à 281 de la Loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite (LP)², le séquestre est une mesure conservatoire urgente qui tend à éviter que le débiteur ne dispose de ses biens pour les soustraire à la poursuite pendante ou future de son créancier. Il est ordonné par le juge à la requête du créancier (art. 272 al. 1 LP) et exécuté, sur mandat du juge (art. 274 al. 1 LP), par l'office des poursuites compétent.

Cette année marque le 10^e anniversaire de l'entrée en vigueur de la nouvelle teneur des art. 271 ss LP. Diverses dispositions de la LP avaient en effet subi d'importantes modifications au 1.1.2011, à l'occasion de la révision de la Convention concernant la compétence judiciaire, la reconnaissance et l'exécution des décisions en matière civile et commerciale (Convention de Lugano, CL)³, dans le but d'adapter notre droit interne aux nouvelles exigences de la CL. Ces changements ont amélioré l'efficacité de la procédure de séquestre, notamment avec l'introduction d'un nouveau cas de séquestre et l'extension de la compétence accordée aux juridictions. La mise en œuvre de ces dispositions a cependant soulevé de nombreuses questions. La présente contribution a ainsi pour but de donner un aperçu du mécanisme de protection offert aux créanciers par la LP modifiée au 1.1.2011 et des développements apportés par la jurisprudence depuis lors.

II. Conditions de l'autorisation de séquestre

1. Généralités

Le séquestre est autorisé aux conditions de l'art. 272 al. 1 LP, aux termes duquel le créancier doit rendre vraisemblable que sa créance existe, qu'on est en présence d'un cas de séquestre et qu'il existe en Suisse⁴ des biens appar-

tenant au débiteur. La procédure d'autorisation de séquestre est soumise à la procédure sommaire (art. 251 let. a du Code de procédure civile, CPC⁵), le degré de la preuve est celui de la simple vraisemblance – le créancier n'a ainsi pas à fournir la démonstration stricte des faits qu'il allègue – et la preuve des conditions est à rapporter par titre (art. 254 al. 1 CPC), soit par un document propre à prouver le fait pertinent (art. 177 CPC).

2. Existence de la créance

Le créancier qui souhaite obtenir un séquestre doit premièrement rendre vraisemblable qu'il est au bénéfice d'une créance pécuniaire à l'encontre du débiteur séquestré. Il doit également rendre vraisemblable que cette créance est échue et qu'elle n'est pas garantie par un gage (art. 271 al. 1 LP). L'absence de gage étant un fait négatif, il suffira que le créancier l'allègue valablement dans sa requête de séquestre.

Si la créance invoquée découle d'un titre de mainlevée définitive ou provisoire, la production par le créancier dudit titre suffira en principe à rendre vraisemblable l'existence de la créance⁶. Nous préciserons à cet effet que le Tribunal

¹ L'auteur remercie M. Joël Pahud pour sa précieuse contribution lors de la rédaction de cet article.

² RS 281.1.

³ RS 0.275.12.

⁴ Art. 271 al. 1 LP.

⁵ RS 272.

⁶ JOËL PAHUD, *Le séquestre et la protection provisoire des créances pécuniaires*, Genève, Zurich, Bâle 2018, para. 147.

fédéral a retenu qu'un jugement étranger non susceptible de reconnaissance en Suisse pouvait néanmoins constituer un titre apte à établir la vraisemblance de la créance⁷.

Lorsque la créance n'est pas constatée dans un titre de mainlevée, il revient au créancier de rendre vraisemblable l'existence de la créance en fait, mais aussi son existence juridique⁸. Dans les cas où la créance est soumise au droit étranger, cela impliquera, à notre sens, d'établir son fondement juridique selon le droit étranger en produisant par exemple les articles de loi pertinents, des extraits de décisions judiciaires et/ou de doctrine applicable et, à chaque fois que cela est possible, un avis de droit d'un expert indépendant⁹.

Nous préciserons encore que le montant de la créance doit impérativement être exprimé en valeur légale suisse dans la requête de séquestre, sous peine d'irrecevabilité¹⁰.

3. Existence de biens appartenant au débiteur

A) Problématique de l'appartenance des biens au débiteur

Le séquestre s'attaquant uniquement aux biens appartenant au débiteur, le créancier doit rendre vraisemblable que le débiteur est titulaire des droits patrimoniaux dont le séquestre est demandé. Il s'agit en principe d'une appartenance juridique et non économique.

Dans certaines circonstances, le Tribunal fédéral admet cependant de longue date que le créancier puisse requérir le séquestre de biens au nom ou en possession d'un tiers avec lequel le débiteur forme une identité économique¹¹. C'est alors le principe de la transparence (*Durchgriff*) qui est appliqué. Ce principe suppose, tout d'abord, une identité des personnes conformément à la réalité économique ou, en tous les cas, la domination économique d'un sujet de droit sur l'autre. Il faut, ensuite, que le fait d'invoquer la dualité juridique constitue un abus de droit ou entraîne une atteinte manifeste à des intérêts légitimes¹². Il n'y a pas de définition de l'abus de droit spécifique au *Durchgriff*. De jurisprudence constante, notre Haute Cour retient qu'il n'est pas nécessaire que la fondation elle-même de la personne morale poursuive un but abusif. Il suffit que la personne morale ou la dualité juridique soit utilisée de manière abusive pour ne pas remplir des obligations légales ou contractuelles. On exige également une accumulation de comportements différents et extraordinaires desquels résultent une machination et atteinte qualifiée d'un tiers¹³.

Lorsque le créancier souhaite faire appréhender des biens qui appartiennent juridiquement à un tiers, il devra indiquer, dans sa requête de séquestre et notamment dans les conclusions, le nom du tiers auquel appartiennent formellement les biens. Dans un arrêt du 20.12.2016¹⁴, le Tribunal fédéral a eu l'occasion de rappeler que lorsque le séquestre vise des biens dont le détenteur formel est un tiers mais dont le débiteur serait l'ayant droit économique, l'ordonnance de séquestre doit expressément désigner ce tiers, faute de quoi elle serait inexécutable.

B) Séquestre générique vs séquestre investigatoire

Dans sa requête de séquestre, le créancier a le devoir de désigner avec précision les droits patrimoniaux visés par la mesure¹⁵. Cette exigence peut cependant s'avérer problématique lorsque le séquestre doit s'appliquer à un ensemble de biens tel que des avoirs bancaires pour lesquels une désignation individualisée ne serait pas praticable. Il est dès lors admis que lorsqu'il n'est pas possible de lister individuellement chacun des objets à séquestrer, les biens soient désignés par leur genre uniquement, à la condition toutefois que l'ordonnance indique leur lieu de situation ou la personne qui les détient. Il s'agit alors d'un séquestre générique (*«Gattungsarrest»*)¹⁶. Appliqué aux avoirs bancaires du débiteur séquestré, cela implique d'indiquer la banque en mains de laquelle les biens sont détenus. Il suffira dans ce cas que le créancier rende vraisemblable l'existence de la relation entre le débiteur et la banque, sans devoir désigner avec précision le type d'avoir détenu. Dès lors que les conditions auxquelles la jurisprudence admet le séquestre générique ne sont pas réalisées, il y a lieu de considérer la présence d'un séquestre investigatoire (*«Sucharrest»*) qui n'est pas admissible. Ainsi, le fait d'obtenir un séquestre sans soupçon concret sur l'existence de biens auprès d'une banque déterminée est constitutif d'un séquestre investigatoire prohibé et représente un abus de droit¹⁷.

Dans un arrêt du 23.2.2016¹⁸, le Tribunal fédéral a eu à se prononcer sur un séquestre contre une banque débitrice et a jugé que le séquestre portant sur l'ensemble des biens, désigné de manière générique, dont la banque est propriétaire auprès de son propre établissement, était admissible. Il a précisé qu'il incombait ensuite au débiteur, donc à la banque, d'indiquer les biens du genre désigné qui lui appartiennent à l'endroit déterminé.

4. Présence d'un cas de séquestre: le séquestre de l'art. 271 al. 1 ch. 6 LP

A) Généralités

L'une des modifications majeures apportée lors de la révision des art. 271 ss LP a été l'introduction d'un nouveau cas de séquestre, consacré à l'art. 271 al. 1 ch. 6 LP. Ce cas de séquestre est applicable sitôt que le créancier est au

⁷ TF 5A_832/2015 du 19.2.2016, c. 4.1.2.

⁸ ATF 138 III 232, c. 4.1.1.

⁹ Sur la problématique de l'application de l'art. 16 LDIP au stade de la requête de séquestre, voir PAHUD, *op. cit.*, para. 151 ss.

¹⁰ TF 5A_197/2012 du 26.9.2012, c. 2.1.

¹¹ Voir notamment TF 5A_654/2010 du 24.11.2011 ou TF 5A_824/2020 du 12.2.2021.

¹² TF 5A_876/2015 du 22.4.2016.

¹³ TF 5A_824/2020 du 12.2.2021.

¹⁴ TF 5A_730/2016, c. 3.2.2 du 20.12.2016.

¹⁵ PAHUD, *op. cit.*, para. 514 ss.

¹⁶ ATF 142 III 291.

¹⁷ WALTER A. STOFFEL/ISABELLE CHABLOZ, *Voies d'exécution, Poursuite pour dettes, exécution de jugements et faillite en droit suisse*, 3^e éd., Berne 2016, p. 264.

¹⁸ ATF 142 III 291.

bénéfice d'un titre de mainlevée définitive contre le débiteur, sans exigence relative au domicile de ce dernier et sans qu'il soit nécessaire d'examiner si les droits du créancier sont menacés. Il est principalement utilisé par le créancier qui détient un jugement exécutoire à l'encontre du débiteur.

Le cas de séquestre de l'art. 271 al. 1 ch. 6 LP a été introduit à l'occasion de la mise en œuvre de la CL révisée et afin que le créancier au bénéfice d'un jugement émanant d'un État lié par la CL («jugement Lugano») puisse le faire exécuter avec l'effet de surprise prévu aux art. 41 et 47 ch. 2 CL. La première question qui s'est posée a donc été celle de savoir s'il fallait réserver ce cas de séquestre aux jugements Lugano. Le Tribunal fédéral a répondu à cette question par la négative en précisant que toute décision exécutoire permettait de requérir un séquestre sans distinction quant à son origine ou à l'autorité dont il émane, soit y compris les jugements suisses, les jugements étrangers rendus dans un État qui n'est pas lié par la CL («jugement non Lugano») et les sentences arbitrales rendues par un tribunal arbitral dont le siège est en Suisse ou à l'étranger¹⁹.

La jurisprudence a par ailleurs précisé que le caractère exécutoire du titre invoqué se rapportait à l'État d'origine. Ainsi, un créancier qui requiert un séquestre sur la base d'un jugement étranger ou d'une sentence arbitrale étrangère n'a pas besoin d'en obtenir l'exequatur avant de requérir le séquestre²⁰. Ce dernier point mérite cependant quelques précisions.

B) Jugement non Lugano et sentence arbitrale

Le créancier qui souhaite se prévaloir du cas de séquestre de l'art. 271 al. 1 ch. 6 LP en invoquant un jugement non Lugano ou une sentence arbitrale doit rendre vraisemblable non seulement que cette décision est exécutoire dans son état d'origine, mais également qu'elle est susceptible d'exequatur en Suisse, soit qu'il n'existe pas de motifs tirés des art. 25 et 26 de la Loi fédérale sur le droit international privé (LDIP)²¹ ou d'une convention internationale qui s'opposeraient à sa mise à exécution. Il ne revient cependant pas au juge du séquestre de se prononcer de manière définitive sur l'absence de motifs de refus de reconnaissance et d'exécution, son examen étant à ce stade limité à la vraisemblance²². L'examen complet de cette question est en effet réservé au juge de la mainlevée – dans le cadre de la poursuite en validation du séquestre –, puisque c'est ce dernier qui statuera sur le prononcé du caractère exécutoire de la décision en question.

Une précision s'impose s'agissant des sentences arbitrales. Aux termes des art. IV et V de la Convention du 10.6.1958 pour la reconnaissance et l'exécution des sentences arbitrales étrangères (Convention de New York, CNY)²³, la reconnaissance des sentences étrangères est non seulement soumise à des conditions de fond mais aussi à des conditions de forme. L'art. IV CNY exige en effet de quiconque demande l'exequatur d'une sentence arbitrale, la production de l'original ou une copie certifiée conforme de la sentence et de la clause compromissoire

accompagnés d'une traduction certifiée conforme de ces documents s'ils ne sont pas dans la langue de l'autorité. Il revient donc au créancier séquestrant de rendre vraisemblable qu'il sera en mesure de produire ces documents au stade de l'exequatur. Le Tribunal fédéral retient cependant que tout formalisme excessif dans l'application de l'art. IV CNY doit être évité au stade du séquestre. Notre Haute Cour a, en particulier, jugé que le grief d'absence d'authentification de la clause compromissoire devait être écarté lorsque la partie qui s'en prévaut ne conteste pas l'authenticité de celle-ci²⁴. Il a également nié l'exigence de production d'une traduction de la sentence lorsque celle-ci est rédigée en langue anglaise et qu'elle est accompagnée d'une traduction partielle des passages topiques²⁵.

C) Jugement Lugano

Le régime est quelque peu différent s'agissant des jugements Lugano. Lors de la modification de la LP, entraînée par la nouvelle CL, le législateur a décidé de coupler la procédure d'exequatur prévue par la CL et la procédure d'autorisation de séquestre. Concrètement, cela a donné naissance à l'al. 3 de l'art. 271 LP selon lequel lorsque le séquestre est fondé sur un jugement Lugano, le juge du séquestre «statue aussi sur la constatation de la force exécutoire».

Lorsque le créancier est au bénéfice d'un jugement Lugano, le juge devra ainsi se prononcer sur l'exequatur dudit jugement au moment de l'autorisation de séquestre et cela même si aucune requête spécifique n'a été faite sur ce point²⁶. Dans ce cadre, le contrôle du juge sera limité à la production par le créancier des documents requis aux art. 53 et 54 CL, sans examen même sous l'angle de la vraisemblance des motifs de refus de reconnaissance prévus aux art. 34 et 35 CL. Ces motifs ne devront être revus que dans le cadre d'un éventuel recours du débiteur à diriger contre la décision de constat du caractère exécutoire de la décision.

¹⁹ ATF 139 III 135.

²⁰ ATF 139 III 135 c. 4.5.2.

²¹ RS 291.

²² ATF 139 III 135, c. 4.5.2.

²³ RS 0.277.12.

²⁴ TF 5A_427/2011 du 10.10.2011.

²⁵ ATF 138 III 520.

²⁶ Message CL FF 2009 1538: «Le nouvel al. 3 précise clairement que le tribunal qui prononce le séquestre en vertu de l'art. 271, al. 1, ch. 6, LP, sur la base d'un jugement exécutoire rendu d'après la CLrév (et, de ce fait, d'un titre de mainlevée définitive), doit lui aussi prononcer à chaque fois une décision d'exequatur indépendante (cf. art. 47, al. 2, CLrév) même si aucune requête spécifique n'a été faite sur ce point»; BLAISE STUCKI/LOUIS BURRUS, *Les adaptations du droit du séquestre dans le cadre de la mise en œuvre de la Convention de Lugano de 2007*, in SJ 2013 II 65, p. 80; À noter que certains auteurs considèrent au contraire que le créancier a la possibilité d'obtenir un séquestre sur la base d'un jugement Lugano sans nécessairement coupler cette démarche avec une requête d'exequatur; voir notamment NICOLAS JEANDIN, *Point de situation sur le séquestre à la lumière de la Convention de Lugano*, in SJ 2017 II 27, p. 33-34.

D) Jugement étranger sur mesures provisionnelles

Le Tribunal fédéral s'est penché sur la possibilité de requérir le séquestre en Suisse sur la base d'un jugement sur mesures provisionnelles rendu par une juridiction étrangère²⁷. Il a rappelé que conformément à la CL, les décisions sur mesures provisionnelles peuvent être reconnues et déclarées exécutoires en Suisse et la déclaration constatant la force exécutoire emporte l'autorisation de procéder à des mesures conservatoires (art. 47 ch. 2 CL). Il a ainsi retenu qu'un créancier au bénéfice d'une décision sur mesures provisionnelles prononcée dans un État lié par la CL et reconnue exécutoire en Suisse peut requérir un séquestre en Suisse. Pour pouvoir fonder un séquestre, la décision doit néanmoins condamner au paiement d'une somme d'argent ou à la fourniture de sûretés. Lorsqu'il s'agit d'imposer au débiteur une obligation de faire, de s'abstenir ou de tolérer, ce sont les dispositions du CPC et en particulier les mesures provisionnelles des art. 261 ss CPC qui sont applicables.

Est moins évidente la question de savoir si des mesures provisionnelles rendues dans un État qui n'est pas lié par la CL sont susceptibles de reconnaissance en Suisse et *a fortiori* de fonder le séquestre de l'art. 271 al. 1 ch. 6 LP. La doctrine majoritaire considère que le fait que la LDIP ne contienne pas de disposition générale sur la reconnaissance des mesures provisionnelles étrangères constitue un silence qualifié qui empêcherait l'exequatur en Suisse de telles mesures²⁸. La conséquence directe de ce constat est qu'en l'état, il ne serait pas envisageable d'obtenir un séquestre en Suisse sur la base d'une décision étrangère sur mesures provisionnelles si cette décision n'émane pas d'un État lié par la CL.

III. Autorisation de séquestre et exécution du séquestre

1. Généralités

Le séquestre déploie ses effets en deux temps. Il est premièrement autorisé par un juge civil suite au dépôt par le créancier d'une requête de séquestre, accompagné du formulaire ordonnance de séquestre dûment complété. C'est ce formulaire signé par le juge compétent qui vaudra décision autorisant le séquestre et qui sera transmis à un office des poursuites pour exécution (art. 274 al. 1 LP). Le séquestre est deuxièmement exécuté par l'office des poursuites compétent à qui il revient d'estimer la valeur des biens, notifier un avis de séquestre aux tiers qui détiennent les avoirs du débiteur, d'établir le procès-verbal de séquestre et de communiquer ce procès-verbal aux parties.

2. Compétence *ratione loci* du juge

La modification législative de 2011 a introduit une compétence alternative supplémentaire du juge du séquestre qui, en plus d'être désigné par le lieu de situation des biens, est désormais également celui du for de poursuite général (art. 272 al. 1 LP). Cette extension de la compétence *ratione loci* du juge du séquestre a été rendu néces-

saire pour tenir compte de l'art. 39 ch. 2 CL aux termes duquel «la compétence territoriale est déterminée par le domicile de la partie contre laquelle l'exécution est demandée, ou par le lieu de l'exécution».

Le for de poursuite général est défini aux art. 46 ss LP et ne nécessite pas de clarification particulière. Le for du lieu de situation des biens implique, quant à lui, de déterminer la localisation des biens qui seront visés par le séquestre. Si la localisation des biens mobiliers, des biens immobiliers et des papiers-valeurs, qui ont un lieu de présence physique, ne pose guère de problème, la localisation des droits immatériels et des créances non incorporées dans des papiers-valeurs, dont le lieu de situation n'est pas physiquement déterminable, repose sur une fiction juridique. Selon cette fiction, les créances non constatées par titres sont réputées situées au domicile ou au siège du débiteur séquestré lorsque celui-ci est domicilié ou a son siège en Suisse²⁹. Ainsi, si le débiteur séquestré est domicilié ou a son siège en Suisse, ses créances contre des tiers, où qu'ils se trouvent, sont réputées localisées en Suisse.

Lorsque le débiteur séquestré est domicilié ou a son siège à l'étranger, ses créances sont alors réputées localisées au domicile ou au siège en Suisse du tiers débiteur (par exemple la banque dans les livres de laquelle le débiteur séquestré a des avoirs)³⁰. La localisation des droits immatériels (tel que les brevets ou les marques) suit la même logique. Ils sont ainsi réputés situés au domicile ou au siège du débiteur si ce dernier est domicilié ou a son siège en Suisse. Dans le cas contraire, les droits immatériels sont considérés localisés au siège de leur autorité d'enregistrement, soit à Berne pour les droits déposés en Suisse³¹.

3. Biens soumis à la compétence du juge et compétence de l'autorité d'exécution

L'on se souviendra qu'avant le 1.1.2011, le créancier qui cherchait à appréhender des biens appartenant au débiteur dans plusieurs arrondissements devait déposer plusieurs requêtes de séquestre. L'une des nouveautés apportées par la modification du droit du séquestre a été l'art. 271 al. 1 LP dans sa nouvelle teneur, qui permet qu'une seule autorisation de séquestre soit rendue pour l'ensemble des biens du débiteur en Suisse³². Ainsi, selon cette disposition, une fois sa compétence admise, le juge peut autoriser le séquestre de tous les biens du débiteur, où qu'ils se trouvent en Suisse. Par voie de conséquence,

²⁷ TF 5A_151/2020 du 13. 5. 2020; ATF 143 III 693.

²⁸ PAHUD, *op. cit.*, para. 283 et références citées.

²⁹ ATF 140 III 512 c. 3.2.

³⁰ ATF 107 III 147 c. 4a.

³¹ ATF 142 III 348.

³² L'art. 271 al. 1 LP mentionne désormais la possibilité pour le créancier de requérir le séquestre des biens du débiteur «qui se trouvent en Suisse».

le créancier séquestrant peut se contenter d'une seule requête de séquestre pour viser l'ensemble des avoirs en Suisse de son débiteur.

Au contraire de celle du juge du séquestre, la compétence à raison du lieu de l'office des poursuites saisi d'une ordonnance de séquestre se limite cependant aux valeurs localisées dans son arrondissement. Il ne peut donc exécuter une ordonnance de séquestre portant sur des biens relevant de la compétence territoriale d'un autre office³³. Il découle de ce qui précède que lorsque les biens dont il ordonne le séquestre sont situés dans plusieurs arrondissements de poursuite, le juge du séquestre devra communiquer l'ordonnance de séquestre à chaque office des poursuites compétent, charge à chacun d'eux d'exécuter le séquestre sur les biens se trouvant dans leur arrondissement.

Lorsque l'exécution du séquestre est de la compétence de plusieurs offices des poursuites, la question de savoir si le juge du séquestre peut charger l'un d'entre eux du *leadership* de l'exécution est discutée depuis plusieurs années³⁴. Dans ce cadre, les pratiques varient diamétralement d'un canton à l'autre³⁵. Bon nombre de cantons appliquent la pratique dite zurichoise selon laquelle le juge du séquestre désigne un office *leader* qu'il charge de coordonner l'exécution du séquestre et de déléguer celle-ci aux autres offices concernés pour la partie des biens qui se situent dans leur arrondissement (par application analogique de l'art. 4 LP). Cette pratique reste cependant proscrite dans plusieurs cantons – dont Genève³⁶ – dans lesquels l'office des poursuites saisi d'une demande de délégation provenant d'un autre office qui aurait été désigné comme *leader* pourrait alors refuser de l'exécuter.

IV. Validation du séquestre opéré dans plusieurs arrondissements de poursuite

Pour rappel, une fois le séquestre autorisé et exécuté, il doit impérativement être validé par le créancier dans un délai de 10 jours dès réception du procès-verbal de séquestre, faute de quoi il cessera de produire ses effets (279 LP). L'une des questions principales qui a découlé de la possibilité pour un seul juge d'autoriser le séquestre de biens localisés dans plusieurs arrondissements de poursuite était de savoir où ledit séquestre devait être validé. Le créancier peut-il se contenter de valider le séquestre auprès d'un seul des offices ayant exécuté le séquestre – que ce dernier tire sa compétence du for général de poursuite selon l'art. 46 LP ou du for spécial de séquestre de l'art. 52 LP – ou doit-il le valider auprès de chacun d'entre eux?

Si la doctrine est divisée, la Chambre de surveillance des Offices des poursuites et faillites du canton de Genève s'est plusieurs fois prononcée sur la question de la validation d'un séquestre exécuté dans plusieurs arrondissements. Par arrêt du 11.8.2016³⁷, elle a retenu «*qu'un séquestre obtenu en différents lieux en Suisse doit encore être validé par une poursuite intentée dans chaque arrondissement de poursuite où des biens ont été séquestrés, en l'absence d'un for ordinaire de la poursuite*». En 2014, la

même autorité avait déjà eu l'occasion de relever que «*les dispositions relatives à la validation du séquestre, en particulier les art. 279 al. 1 et 52 LP, n'ont pas été modifiées avec la réforme du droit de séquestre. Or, il ressort clairement de la lecture conjuguée de ces deux dispositions que, en l'absence d'un for ordinaire de la poursuite, le créancier doit valider les séquestres obtenus par une poursuite intentée aux différents lieux où les objets séquestrés se trouvent*»³⁸. Elle en avait conclu que le dépôt d'une seule poursuite au for où le séquestre est ordonné ne suffisait pas pour valider l'ensemble des séquestres obtenus en différents lieux et retenu que le créancier devait valider le séquestre dans chaque arrondissement dans lequel le séquestre a été exécuté, à moins que l'un de ces arrondissements ne corresponde au for ordinaire du domicile du débiteur, puis qu'une validation à ce for vaut validation dans tous les arrondissements³⁹.

Ainsi, le Tribunal fédéral n'ayant pas eu pour l'heure à se prononcer sur la question, il convient de considérer qu'un séquestre obtenu en différents lieux en Suisse doit être validé par une poursuite dans chaque arrondissement où des biens ont été séquestrés. On notera par ailleurs que le délai de validation de 10 jours de l'art. 279 LP commence à courir dès la notification au créancier du procès-verbal de séquestre de l'office en question et non dès la notification du dernier procès-verbal⁴⁰.

V. Opposition à séquestre

1. Généralité

L'art. 278 al. 1 LP donne le droit à quiconque a été touché par un séquestre de former opposition auprès du juge civil dans les dix jours à compter de celui où il en a eu connaissance. Ce délai court dès la communication du procès-verbal de séquestre au débiteur⁴¹. Le séquestre ayant été autorisé puis exécuté *ex parte*, c'est uniquement au stade

³³ BLAISE STUCKI/LOUIS BURRUS, in SJ 2013 II 65, p. 87.

³⁴ Voir notamment JEANDIN, in SJ 2017 II 27, p. 49.

³⁵ Voir FELIX C. MEIER-DIETERLE, www.arrestpraxis.ch – update 125/26.1.2021, qui fait référence au mémoire de master à l'Université de Lucerne de Rahel Steiner intitulé *Der schweizweite Arrest – Umsetzungsprobleme und Lösungsvorschläge*, qui présente un panorama complet de la pratique dans les cantons.

³⁶ Voir notamment DCSO/244/2016 du 11.8.2016 dans laquelle la Chambre de surveillance des OPF de la Cour de justice de Genève retient qu'il ne peut être fait appel à l'entraide prévue à l'art. 4 LP dans le cadre de l'exécution du séquestre, dans la mesure où il n'existe pas, en l'état actuel du droit, d'office leader qui pourrait déléguer l'exécution aux autres offices concernés.

³⁷ DCSO/244/2016 du 11.8.2016.

³⁸ L'autorité de surveillance rappelle que l'art. 52 LP mentionne clairement que la «*poursuite après séquestre peut s'opérer au lieu où l'objet séquestré se trouve*», et non à l'un des lieux où l'objet séquestré se trouve.

³⁹ DCSO/267/2014 du 9.10.2014 publié en partie in SJ 2015 I 49; cette solution était déjà celle préconisée par la jurisprudence sous l'ancien droit, voir notamment ATF 88 III 59 c. 4.

⁴⁰ JEANDIN, in SJ 2017 II 27, p. 56.

⁴¹ ATF 135 III 232.

de l'opposition que la procédure devient contradictoire et que le débiteur peut mettre en cause les conditions de son autorisation. L'objet de la procédure d'opposition est ainsi la même que celle d'autorisation, à savoir l'examen des conditions d'octroi du séquestre. Il revient au débiteur de montrer que sa position est plus vraisemblable que celle du créancier⁴². Comme la procédure d'autorisation de séquestre, celle d'opposition est une procédure sur pièces (art. 254 al. 1 CPC) soumise à la procédure sommaire (art. 251 let. a CPC).

2. Possibilité d'invoquer des faits nouveaux

La règle en matière d'opposition à séquestre est que le juge réexamine, en contradictoire, la réalisation des conditions du séquestre qu'il a ordonné. Il statue donc selon la situation de fait et de droit du jour de sa décision sur opposition et non celle du jour de l'autorisation de séquestre. Selon le Tribunal fédéral, «la procédure d'opposition ayant le même objet que la procédure d'autorisation de séquestre, le juge doit revoir la cause dans son entier et tenir compte de la situation telle qu'elle se présente au moment de la décision sur opposition»⁴³. Le débiteur qui souhaite remettre en cause le séquestre ne doit ainsi pas rester dans le cadre de la requête du créancier. Il peut librement avancer des faits et arguments juridiques nouveaux dans son opposition⁴⁴.

La problématique des faits nouveaux se pose en particulier dans la procédure de recours. Pour rappel, la décision de première instance sur opposition à séquestre est sujette à recours au sens de l'art. 319 let. a CPC et l'art. 278 al. 3 LP réserve le droit pour les parties d'alléguer des faits nouveaux⁴⁵. Cela soulève la question de savoir quel type de *nova* est recevable dans la procédure de recours. La question, qui avait longtemps été laissée ouverte par le Tribunal fédéral, a finalement été résolue dans un arrêt du 3. 4. 2019⁴⁶ dans lequel le Tribunal fédéral a retenu que les faits nouveaux qui peuvent être invoqués devant l'instance de recours selon l'art. 278 al. 3 LP comprennent autant les vrais *nova* que les pseudo *nova*; les pseudo *nova* désignant les faits et moyens de preuves qui existaient déjà avant la décision sur opposition. Ces derniers sont recevables aux mêmes conditions que dans le cadre d'un appel, soit aux conditions de l'art. 317 al. 1 CPC appliqué par analogie.

3. Effets du séquestre pendant la procédure de recours

Aux termes de l'art. 278 al. 4 LP, l'opposition et le recours n'empêchent pas le séquestre de produire ses effets. Le recours cantonal et celui au Tribunal fédéral n'ont, par ailleurs, pas d'effet suspensif automatique (art. 325 CPC, art. 103 al. 1 et 117 LTF). Qu'en est-il alors si la décision rendue en seconde instance cantonale admet l'opposition? La question se pose de savoir si le séquestre doit alors être levé immédiatement.

Tel ne doit pas être le cas selon un arrêt de la Chambre de surveillance des Offices des poursuites et faillites du canton de Genève du 13.12.2018⁴⁷. L'autorité de recours genevoise a en effet considéré que l'office des poursuites

ne saurait prendre une mesure aussi lourde de conséquences qu'une levée du séquestre sans autre vérification. Elle a par ailleurs retenu que l'office doit veiller à ne pas priver le créancier de son droit de recours au Tribunal fédéral, ce qui serait le cas si le séquestre était levé de manière prématurée. Elle a ainsi considéré que, «saisi par le débiteur séquestré d'une requête de levée du séquestre fondée sur une décision rendue en seconde instance cantonale sur opposition à séquestre, l'Office doit interpellier le créancier séquestrant et lui impartir un court délai pour justifier du dépôt, auprès du Tribunal fédéral, d'une requête d'effet suspensif. Ce n'est que si le créancier séquestrant, dans le délai imparti, ne fait valoir aucun motif pertinent et ne justifie pas avoir déposé une requête d'effet suspensif, que l'Office devra exécuter la décision invoquée et lever le séquestre. Il en ira évidemment de même s'il justifie avoir déposé une requête d'effet suspensif mais que celle-ci est rejetée par le Tribunal fédéral».

VI. Conclusion

En instaurant un nouveau cas de séquestre applicable à tout créancier au bénéfice d'un titre exécutoire et en élargissant la compétence du juge du séquestre, la modification des dispositions des art. 271 ss LP entrée en vigueur le 1.1.2011 a apporté une amélioration notable de la protection accordée au créancier. Ce renforcement de l'efficacité de la procédure de séquestre transparaît également des arrêts rendus en la matière depuis lors. L'un des constats que l'on peut cependant tirer de ces dix années de pratique est que tant la modification législative que la jurisprudence qui a suivi ont traité, dans une large mesure, à la phase d'autorisation du séquestre. Il reste ainsi bon nombre de controverses liées à son exécution par le ou les office(s) des poursuites compétent(s) et sa validation par le créancier, en particulier lorsque les biens visés par le séquestre se trouvent dans plusieurs lieux. Reste notamment ouverte la question de l'uniformisation des pratiques cantonales relatives au recours à un office *leader* pour l'exécution du séquestre et celle de la possibilité de valider, par une poursuite unique, un séquestre opéré dans plusieurs arrondissements. Il est à espérer que la jurisprudence des prochaines années ou une future réforme législative apportent des réponses à ces questions.

⁴² ATF 140 III 466, c. 4.2.3.

⁴³ ATF 140 III 466, c. 4.2.3.

⁴⁴ JEANDIN, in SJ 2017 II 27, p.42-43.

⁴⁵ L'art. 278 al. 3 LP constitue ainsi l'une des exceptions prévues par la loi au principe général selon lequel les faits et les preuves nouveaux sont irrecevables pendant la procédure de recours (art. 326 CPC).

⁴⁶ TF 5A_626/2018 du 3. 4. 2019.

⁴⁷ DCSO/655/2018 du 13. 12. 2018.

VERTRAULICHKEIT VON VERGLEICHSGESPRÄCHEN UND IRREFÜHRUNG DES GERICHTS – BGER 2C_500/2020 VOM 17. MÄRZ 2021

WALTER FELLMANN

Prof. Dr. iur., Professor an der Universität Luzern, Fachanwalt SAV
Haftpflicht- und Versicherungsrecht, Rechtsanwalt bei
SwissLegal Fellmann Rechtsanwälte AG in Meggen (LU)

Stichworte: Vertraulichkeit von Vergleichsgesprächen und Irreführung des Gerichts

Das Bundesgericht bestätigt seine konstante Rechtsprechung, wonach nicht nur der Inhalt von zwischen Rechtsanwälten mündlich oder schriftlich geführten Vergleichsgesprächen, sondern bereits die Tatsache, dass überhaupt Vergleichsgespräche geführt werden, automatisch, d.h. auch ohne einen entsprechenden, ausdrücklichen Vorbehalt, als vertraulich gilt. Ferner ruft es in Erinnerung, dass es Anwältinnen und Anwälten untersagt ist, «positiv störend» in die Wahrheitsfindung einzugreifen und das Gericht bewusst durch aktives Handeln in die Irre zu führen.

I. Sachverhalt

Im Rahmen eines Scheidungsverfahrens vor dem Zivilgericht des Kantons Basel-Stadt reichte Advokat Dr. C. als Vertreter des Ehemannes im Verlauf des Einigungsverfahrens am 23.2.2016 beim Zivilgericht Basel-Stadt ein Schreiben vom 3.2.2016 an den Vertreter der Ehefrau, Fürsprecher A., ein. Dieses Schreiben enthielt einen Vergleichsvorschlag an die Ehefrau. Nachdem das Einigungsverfahren ergebnislos verlaufen war, reichte Fürsprecher A. zusammen mit seiner Klageantwort vom 13.7.2016 einen Auszug aus dem fraglichen Schreiben des Gegenanwalts ein. In dieser als «Auszug aus Schreiben Advokat Dr. C./A. vom 3.2.2016» bezeichneten Beilage deckte er verschiedene Passagen ab.

Am 29.5.2018 zeigte Advokat Dr. C. Fürsprecher A. bei der Aufsichtskommission über die Anwältinnen und Anwälte des Kantons Basel-Stadt an und warf ihm eine Verletzung der Berufsregeln vor. Die Aufsichtskommission sprach am 26.2.2019 gestützt auf Art. 12 lit. a i. V. m. Art. 17 Abs. 1 lit. a BGFA wegen der Verletzung der Vertraulichkeit von Vergleichsvorschlägen und Irreführung des Zivilgerichts mittels teilweiser Abdeckung des Vergleichsvorschlags des Gegenanwalts gegen Fürsprecher A. eine Verwarnung aus. Das Appellationsgericht des Kantons Basel-Stadt als Verwaltungsgericht wies den Rekurs von Fürsprecher A. gegen diesen Entscheid mit Urteil vom

23.4.2020 ab, weshalb Fürsprecher A. mit Beschwerde an das Bundesgericht gelangte. In seiner Beschwerde rügte er eine rechtswidrige Anwendung von Art. 12 lit. a BGFA. Zwar bestritt er nicht, dass unter anwaltlich vertretenen Parteien zirkulierende Vergleichsvorschläge grundsätzlich als vertraulich gelten würden. Er stellte sich jedoch auf den Standpunkt, indem der Anzeiger den Vergleichsvorschlag dem Zivilgericht im Einigungsverfahren selbst zugestellt habe, habe er die Vertraulichkeit aufgehoben. Ausserdem habe ihm das Zivilgericht mit Verfügung vom 1.3.2016 den Vergleichsvorschlag zugestellt und die Vertraulichkeit damit nochmals aufgehoben. Im Weiteren rügte der Beschwerdeführer, dass auch der Umstand, wonach er den Vergleichsvorschlag bei seiner Einreichung mit der Klageantwort am 13.7.2016 teilweise abgedeckt habe, keinen Verstoss gegen Art. 12 lit. a BGFA darstelle.

II. Erwägungen

Das Bundesgericht rekapitulierte seine Rechtsprechung zur Vertraulichkeit von Vergleichsgesprächen (E. 4.5.), wonach nicht nur der Inhalt von zwischen Rechtsanwälten mündlich oder schriftlich geführten Vergleichsgesprächen, sondern bereits die Tatsache, dass überhaupt Vergleichsgespräche geführt werden, automatisch, d.h. auch ohne einen entsprechenden, ausdrücklichen Vorbehalt,

als vertraulich gilt.¹ Ein schriftlicher Vergleichsvorschlag des Gegenanwalts sei demnach automatisch vertraulich und dürfe nicht ohne dessen ausdrückliche Zustimmung vom anderen Anwalt beim Gericht eingereicht werden. Andernfalls liege eine Verletzung von Art. 12 lit. a BGFA vor. Diese Verhaltenspflicht widerspiegle das öffentliche Interesse, eine gütliche Einigung über Rechtsstreitigkeiten zu fördern. Die Parteien müssten sich dazu bzw. bei der Suche nach einer aussergerichtlichen, vergleichswisen Lösung frei äussern können.² Jedenfalls würden aussergerichtliche Vergleichsverhandlungen erheblich erschwert, wenn nicht verunmöglicht, wenn eine Partei bzw. ihr Rechtsvertreter damit rechnen müsste, dass ein Vergleichsvorschlag anschliessend vom Anwalt der Gegenseite an das Gericht weitergeleitet werde.

Im zu beurteilenden Fall war die Frage nach Meinung des Bundesgerichts aber (E. 4.6.), ob dieses öffentliche Interesse noch geschützt werden müsse, wenn der Anzeiger seinen Vergleichsvorschlag tel quel bzw. ungekürzt im Rahmen einer Einigungsverhandlung (Art. 291 ZPO) dem Zivilgericht übermittelt und dieses ihn anschliessend dem Beschwerdeführer zugestellt habe. Diese Frage liess das Bundesgericht letztlich offen, indem es zum Schluss kam, angesichts der vielschichtigen, noch nicht höchststrichterlich geklärten und in der Lehre umstrittenen Natur der Einigungsverhandlung sei offen, ob Art. 205 ZPO auf das Verfahren anwendbar sei und die beteiligten Anwälte daher anlässlich einer Einigungsverhandlung (im Sinne von Art. 291 ZPO) vorgelegte Vergleichsvorschläge anschliessend vertraulich behandeln müssten. Dem Beschwerdeführer könne daher keine Verletzung der Vertraulichkeit im Sinne einer qualifizierten Norm- bzw. Sorgfaltswidrigkeit und damit kein Verstoß gegen Art. 12 lit. a BGFA vorgeworfen werden, für welche zu einer Disziplinierung zu schreiten wäre (E. 4.9.).

Während der Beschwerdeführer mit seiner Rüge, er habe das Gebot der Vertraulichkeit von Vergleichsgesprächen nicht verletzt, Recht erhielt, schützte das Bundesgericht die Auffassung der Vorinstanz, der Beschwerdeführer habe mit der Abdeckung der Einleitung des Schreibens vom 3. 2. 2016 pflichtwidrig vertuscht, dass es sich bei den nachfolgenden Ausführungen nur um eine unpräjudizielle Erklärung im Rahmen von Vergleichsverhandlungen gehandelt habe. Nach Meinung des Bundesgerichts (E. 5.3.) hat der Anwalt zwar primär die Interessen seines Klienten zu vertreten und ist im Gegensatz zum Richter nicht der objektiven Wahrheits- und Rechtsfindung verpflichtet. Er sei nicht Gehilfe des Richters, sondern Verfechter von Parteiinteressen.³ Dem Anwalt komme jedoch aufgrund seiner Befugnisse und Pflichten auch eine besondere Stellung in der Rechtspflege zu. Er habe deshalb gleichzeitig die Regeln, die den geordneten Gang der Rechtspflege gewährleisten sollten, einzuhalten.⁴ Der Anwalt verfüge zur Verteidigung der Klienteninteressen hinsichtlich der Festlegung der Strategie und der Wahl der Mittel über einen grossen Handlungsspielraum.⁵ Dieser sei jedoch nicht uferlos; vielmehr habe der Anwalt alles zu unterlassen, was die Vertrauenswürdigkeit der

Anwaltschaft – gerade auch im Verhältnis zu den Justizbehörden – infrage stelle und sich in diesem Sinne umsichtig zu verhalten.⁶

Bei der Wahl der Mittel ist der Anwalt nach Auffassung des Bundesgerichts (E. 5.4.) auf gesetzeskonforme Mittel beschränkt. Art. 12 lit. a BGFA gebiete, dass er sich bei der Vertretung der Parteiinteressen innerhalb der Rechtsordnung bewege, andernfalls die Sorgfaltspflicht verletzt sei.⁷ In diesem Sinne sei es dem Anwalt unter anderem untersagt, zu Beweis Zwecken Urkunden zu fälschen. Darüber hinaus sei es – auch unterhalb einer strafrechtlichen Verantwortlichkeit – nicht mit der Verpflichtung zur sorgfältigen und gewissenhaften Berufsausübung vereinbar, wenn der Anwalt «positiv störend» in die Wahrheitsfindung eingreife, d. h. bewusst durch aktives Handeln das Gericht in die Irre führe. Umgekehrt sei er jedoch nicht gehalten, falsche Annahmen des Gerichts richtigzustellen, wenn dies dem Klienteninteresse diene, oder auf für den Klienten ungünstige Sachverhaltselemente hinzuweisen.

Diese Überlegungen führten das Bundesgericht zum Schluss (E. 5.5.), der Beschwerdeführer habe die ins Recht gelegte Antwortbeilage 18 in der Klageantwort zwar als «Auszug aus Schreiben Advokat Dr. C. _____/A. _____ vom 3. 2. 2016» bezeichnet. Die Einleitung des Schreibens, in welcher festgehalten worden sei, dass die nachfolgenden Ausführungen Teil eines Vergleichsvorschlages bildeten, habe der Beschwerdeführer jedoch abgedeckt, womit er die nicht abgedeckte Passage aus dem Zusammenhang gerissen habe. Dies bedeute nicht, dass jede Abdeckung unzulässig sei. Im zu beurteilenden Fall sei jedoch beim Leser aufgrund der Ausblendung des Kontextes der Eindruck entstanden, der Betrag von CHF 700 000.– sei als Schuld anerkannt worden. Ein solches Vorgehen sei aufsichtsrechtlich nicht zulässig, weil der Beschwerdeführer damit durch aktives Handeln störend in die Wahrheitsfindung eingegriffen habe. Ob das Zivilgericht aufgrund der genannten Antwortbeilage letztlich tatsächlich getäuscht worden sei, habe die Vorinstanz nicht festgestellt. Dies könne jedoch bei der Beurteilung der Verletzung der Berufspflichten, jedenfalls in der vorliegenden Konstellation, keine Rolle spielen.

¹ BGE 144 II 473, 478 E. 4.6.1.

² BGE 144 II 473, 478 E. 4.5; BGE 140 III 6, 8 ff. E. 3.

³ BGE 138 IV 161, 167 f. E. 2.5.4; BGE 106 Ia 100, 104 f. E. 6.b; BGE 6B_247/2019 vom 22. 6. 2020 E. 2.1.1; BGE 6B_76/2020 vom 10. 3. 2020 E. 3.1.

⁴ BGE 144 II 473, 477 E. 4.3; BGE 106 Ia 100, 104 ff. E. 6.b.

⁵ BGE 144 II 473, 477 E. 4.3; BGE 106 Ia 100, 103 f. E. 6.a; BGE 2C_243/2020 vom 25. 6. 2020 E. 3.5.1; vgl. auch BGE 130 II 270, 277 f. E. 3.2.2.

⁶ BGE 144 II 473, 477 E. 4.3 m. w. H.; BGE 2C_507/2019 vom 14. 11. 2019 E. 5.1.3 m. w. H.; im Verhältnis zur Gegenpartei vgl. BGE 131 IV 154, 157 f. E. 1.3.2 und BGE 2C_507/2019 vom 14. 11. 2019 E. 5.1.3.

⁷ BGE 144 II 473, 481 f. E. 5.1.

III. Bemerkungen

Nach Art. 6 der Schweizerischen Standesregeln informieren Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte das Gericht nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Gegenpartei über deren Vorschläge zur Beilegung der Streitsache. Im Übrigen müssen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, die Kolleginnen oder Kollegen (ausserhalb von Vergleichsgesprächen) eine Mitteilung senden, die vertraulich sein soll, diesen Willen in der Mitteilung nach Art. 26 der Standesregeln klar zum Ausdruck bringen. Als vertraulich bezeichnete Dokumente und Gesprächsinhalte dürfen keinen Eingang in gerichtliche Verfahren finden.

Nach Auffassung des Bundesgerichts decken sich diese Grundsätze mit den Berufsregeln des BGFA. Vergleichsgespräche gelten «automatisch», d.h. auch ohne einen entsprechenden ausdrücklichen Vorbehalt, als vertraulich. Wichtig ist der Hinweis des Gerichts, dass dies nicht nur für den Inhalt von zwischen Rechtsanwälten mündlich oder schriftlich geführten Vergleichsgesprächen gilt, sondern schon für die Tatsache, dass überhaupt Vergleichsgespräche geführt werden. Die Pflicht zur Geheimhaltung von Vergleichsgesprächen widerspiegelt nach Meinung des Bundesgerichts das öffentliche Interesse, eine gütliche Einigung über Rechtsstreitigkeiten zu fördern. Die Parteien müssten sich dazu bzw. bei der Suche nach einer aussergerichtlichen, vergleichswisen Lösung frei äussern können.

Die Rechtsprechung des Bundesgerichts hinsichtlich der Geheimhaltung von Vergleichsgesprächen überzeugt in allen Teilen. Wie das Gericht richtig feststellt, würden aussergerichtliche Vergleichsverhandlungen nämlich erheblich erschwert, wenn nicht verunmöglicht, wenn eine Partei bzw. ihr Rechtsvertreter damit rechnen müsste, dass ein Vergleichsvorschlag anschliessend vom Anwalt der Gegenseite an das Gericht weitergeleitet wird.

Bedeutsam sind die Ausführungen des Bundesgerichts zur Stellung des Anwalts im Prozess. Das Gericht hat die früher übliche Bezeichnung des Anwalts als «Diener des Rechts» und als «Mitarbeiter der Rechtspflege» schon in BGE 106 Ia 104 f. zu Recht relativiert und anerkannt, der Anwalt habe die Aufgabe, die Rechtsuchenden bei der Verfolgung ihrer subjektiven Rechtsschutzinteressen zu beraten und zu schützen. Er nehme damit eine Aufgabe wahr, ohne deren Erfüllung der Bürger seine Rechts-

ansprüche häufig nicht durchsetzen könnte und ohne deren Wahrnehmung die Verwirklichung der Rechtsordnung ganz allgemein infrage gestellt wäre. Der Anwalt sei daher nicht staatliches Organ und auch nicht Gehilfe des Richters, sondern Verfechter von Parteiinteressen und als solcher einseitig für seinen jeweiligen Mandanten tätig. Bei ihrer Tätigkeit sind Anwälte zwar auch den Zielen des Rechtsstaats verpflichtet; in erster Linie haben sie aber die Interessen ihrer Auftraggeber zu wahren.⁸ «Der Anwalt erfüllt [...] eine eigenständige Funktion innerhalb der Rechtspflege und ist in keiner Weise Hilfsperson des Richters oder diesem untergeordnet.»⁹ Die Pflicht zur sorgfältigen und gewissenhaften Ausübung des Anwaltsberufs nach Art. 12 lit. a BGFA schränkt ihn bei seiner Tätigkeit nur insoweit ein, als sie ihm gebietet, die Interessen des Klienten ausschliesslich mit zulässigen Mitteln zu wahren.¹⁰

Diese Grundsätze werden in BGR 2C_500/2020 vom 17.3.2021 mit Hinweisen auf die bisherige, konstante Rechtsprechung nochmals zusammengefasst. Danach haben Anwältinnen und Anwälte im Prozess in ihrer Funktion innerhalb der Rechtspflege insbesondere die Regeln, die den geordneten Gang der Rechtspflege gewährleisten sollen, einzuhalten und alles zu unterlassen, was die Vertrauenswürdigkeit der Anwaltschaft – gerade auch im Verhältnis zu den Justizbehörden – infrage stellt. Das Bundesgericht untersagt ihnen namentlich, «positiv störend» in die Wahrheitsfindung einzugreifen und das Gericht bewusst durch aktives Handeln in die Irre zu führen. Umgekehrt sind sie aber nicht gehalten, aktiv falsche Annahmen des Gerichts richtigzustellen, wenn dies dem Interesse ihrer Klienten dient, oder aktiv auf für den Klienten ungünstige Sachverhalte hinzuweisen, die dem Gericht nicht bekannt sind.

⁸ WALTER FELLMANN, *Anwaltsrecht*, 2. Aufl., Bern 2017, N 218 m. w. H.

⁹ FELIX WOLFFERS, *Der Rechtsanwalt in der Schweiz, seine Funktion und öffentlich-rechtliche Stellung*, Diss. Bern/Zürich 1986, 38 m. w. H.

¹⁰ ZR 106/2007 S. 170.

JAHRESBERICHT 2020/2021

RAPPORT ANNUEL 2020/2021

120. DELEGIERTENVERSAMMLUNG

120^e ASSEMBLÉE DES DÉLÉGUÉS

Introduction

(ALBERT NUSSBAUMER)

En 2020, la pandémie a bouleversé la façon de fonctionner des études d'avocats et des tribunaux. Aujourd'hui, les avocats se sont organisés et se sont donnés les moyens technologiques de fonctionner lors de telles crises. Une des composantes de l'État de droit est un bon fonctionnement de la justice, qui nécessite des avocats complètement opérationnels en tout temps, y compris en cas de pandémie. Aujourd'hui, les avocats sont et resteront prêts. L'évolution technologique, dans le domaine de la numérisation ainsi que dans celui du recours aux outils de téléconférence, pose plusieurs questions en lien avec les droits fondamentaux que sont le droit à un procès équitable, le respect du principe d'immédiateté, le respect du secret professionnel, le respect des règles déontologiques en général, ce qui pose finalement la question plus générale de la nécessité d'adapter nos règles déontologiques à l'évolution technologique.

En 2019, le Conseil de la FSA avait fixé deux objectifs particuliers pour les deux années à venir: «d'une part la réalisation d'une analyse approfondie des questions nouvelles qui se posent dans le domaine du droit professionnel, et d'autre part une analyse des suites que le barreau pourrait donner aux réflexions faites particulièrement depuis le 14. 6. 2019 sur la question de l'égalité femme/homme. S'agissant de l'ensemble des règles régissant la profession d'avocat, l'évolution des technologies et des façons de travailler a conduit le Conseil à décider la création d'un ressort «droit de la profession», et un groupe de réflexion a été mis en place, composé de spécialistes du droit de la profession d'avocat représentant les différentes opinions sur la compréhension de la profession, et représentant aussi les différentes régions de Suisse» (Rapport annuel 19/20, p. 2). Ce groupe de travail, conduit par Georg Rauber, responsable au Conseil du ressort «Droit de la profession», a avancé dans ses travaux durant l'année 2020, et fera prochainement des propositions de mise à jour de notre réglementation professionnelle qui tiendront aussi compte de cette rapide et récente évolution technologique. Le Conseil avait souhaité placer son congrès 2021 sous le thème de la numérisation de la profession d'avocat et de la justice, afin de faire un bilan de la crise 2020 et de susciter une réflexion sur les effets de cette numérisation; la pandémie nous a contraint à renoncer au congrès dans

sa forme complète; ce n'est que partie remise, car il sera urgent et nécessaire de faire cette réflexion.

Quant au deuxième objectif particulier, la question de l'égalité femme/homme, elle est traitée par un groupe de travail conduit par le représentant du Conseil Amédée Kasser; dans sa formule réduite, la rencontre à Lucerne les 11 et 12 juin prochain permettra de donner un premier écho aux travaux effectués, avec une table ronde le vendredi et la remise du prix nouvellement créé par la FSA pour récompenser une personne méritante par rapport à cette égalité: le Prix FSA Emilie Kempin-Spyri.

S'agissant des interventions de la FSA dans les affaires parlementaires, elles sont énumérées et commentées plus bas dans ce rapport. Il s'agit de l'une des activités importantes de la FSA, qui se doit de suivre attentivement l'évolution législative et de donner aux parlementaires un avis circonstancié sur tous les sujets qui touchent, de près ou de loin, la profession d'avocat et, d'une manière plus générale, l'État de droit.

Les liens entre les Ordres cantonaux et la FSA sont importants et doivent être entretenus. La pandémie a réduit à très peu de chose les occasions de rencontres avec les ordres cantonaux; nous n'avons eu qu'une seule conférence des bâtonniers, qui s'est tenue en vidéoconférence. Et nous avons dû interrompre la série des rencontres de trois ordres cantonaux à la fois, autour d'une conviviale raclette. Nous espérons vivement pouvoir reprendre rapidement les rencontres «en présentiel», qui sont irremplaçables.

Vous trouverez encore ci-dessous les rapports respectifs des membres du Conseil et du Secrétaire général, sous la forme d'une synthèse des activités les plus importantes pour cette dernière année.

Un mot enfin concernant une bonne nouvelle: la Session plénière du CCBE de novembre passé a désigné comme 3^e vice-Président, dès le 1.1.2021, notre ancien Président Pierre-Dominique Schupp, qui deviendra donc Président du CCBE pour l'année 2024! D'ores et déjà bravo à Pierre-Dominique Schupp, et vous trouverez cette information détaillée plus bas dans la partie concernant le CCBE.

J'exprime enfin ma gratitude à mes collègues du Conseil de la FSA, à notre Secrétaire général René Rall, aux Présidents des Commissions et Groupes de travail, ainsi qu'à toutes les Consœurs et à tous les Confrères qui

soutiennent la FSA dans ses prises de position en leur apportant leurs connaissances et leur expertise.

Aus den Ressorts / Informations des ressorts

(VORSTAND SAV / CONSEIL FSA)

Weiterbildung / Formation continue

(MARC LABBÉ, HANSJÜRG RHYNER)

Anwaltskongress (HANSJÜRG RHYNER)

COVID hat auch die Planung des Anwaltskongresses erschwert. Aufgrund der weiterhin unsicheren Situation sah sich der Vorstand schliesslich im Februar dieses Jahres veranlasst, den Anwaltskongress in seiner ursprünglichen allseits bekannten Form auf die ordentliche Delegiertenversammlung sowie die für den Kongress vorgesehenen Panelveranstaltungen zu reduzieren. Die COVID-Situation bleibt unklar, und die Aussichten auf eine Besserung für Juni sind leider weiterhin höchst ungewiss. Das Generalsekretariat hat indessen keine organisatorische Mühe gescheut, damit in letzter Minute über eine definitive Durchführung entschieden werden kann. Im Sinne dieser von Optimismus geprägten Vorgehensweise soll nachstehend kurz auf die beiden Highlights eingegangen werden.

Panel zum Thema Gleichstellung Frau–Mann

Wenn es einen Beruf gibt, in dem Chancengleichheit eine Selbstverständlichkeit sein sollte, dann ist es die Anwaltschaft. Es gibt Anzeichen dafür, dass dies nicht der Fall ist. Erstens verlassen viele Anwältinnen den Beruf nach einigen Jahren der Praxis, um in die Justiz einzutreten oder eine Beschäftigung im privaten oder öffentlichen Sektor anzunehmen. Die Kolleginnen nutzen Teilzeitarbeit stärker als ihre Kollegen. Schliesslich sind die weiblichen Associates in den Kanzleien, insbesondere in den mittleren und grossen, nicht repräsentativ für die Anzahl der Frauen im Beruf. Die Vereinbarkeit von Familienleben und Anwaltskarriere sollte jedoch sowohl für Männer als auch für Frauen ein Thema sein.

Nach den Eröffnungsvorträgen von Frau Esther-Mirjam de Boer und Frau Prof. Karin Lempen wird die Abschlussdiskussion den Übergang von der Theorie zur Praxis ermöglichen, insbesondere eine Bestandsaufnahme der Anpassung der Anwaltschaft an den rechtlichen und institutionellen Rahmen. Was sind die Mittel, um sie zu implementieren? Wie kann Gleichberechtigung wirksam gemacht werden? Das Panel wird den Referierenden und Teilnehmenden die Möglichkeit geben, ihre Sichtweise zu konfrontieren und ihre persönlichen Erfahrungen zu teilen. Im Rahmen dieser Veranstaltung erfolgt eine Präsentation der Studie der Hochschule für Wirtschaft in Freiburg (HEG-FR) über die Gleichstellung im Beruf. Es folgen zwei Referate zu den Themen «Diversität leicht gemacht – mit Verhaltensökonomie zur Chancengerechtigkeit» von Esther-Mirjam de Boer, CEO GetDiversity GmbH, Zürich, und «25 Jahre Bundesgesetz über die Gleichstellung: ein Rückblick auf die Rechtsprechung» von Prof. Karine Lempen, Ordinarius, Abteilung für Zivilrecht, Universität Genf.

Abgerundet wird das Thema mit einer Paneldiskussion unter der Moderation von Reto Brennwald, Journalist und ehemaligem Moderator im Schweizer Fernsehen, sowie folgenden Beteiligten: Nicola Benz, Anwältin und Partnerin, Anwaltskanzlei Froriep, Zürich; Esther-Mirjam De Boer, CEO GetDiversity GmbH, Zürich; Prof. Karine Lempen, Ordinarius, Abteilung für Zivilrecht, Universität Genf; Adrien Alberini, Rechtsanwalt und Partner, Sigma Legal, Genf.

Panel zur Digitalisierung der Anwaltschaft und der Justiz
Die COVID-Krise hat der Digitalisierung in unserem täglichen Alltag einen enormen Schub versetzt: Homeoffice, Onlineshopping, Videokonferenzen statt physischer Besprechungen und Meetings – all das war vor März 2020 wohl in der Pipeline –, mit Beginn der staatlich verfügbaren Coronamassnahmen wurden diese Werkzeuge gezwungenermassen täglich mehr und mehr eingesetzt. Schnelles handeln war und ist gefragt – die Reflektion über die Willensbildung, die Arbeitsmethodik, der Umgang mit den digitalen Werkzeugen im Spannungsfeld der rechtsstaatlichen Prinzipien und dem Primat der Politik im Zuge von Homeoffice-Zwang blieben über weite Teile jedoch auf der Strecke.

Der immer umfangreichere, tägliche Einsatz der digitalen Arbeitsmethodik hat positive Entwicklungen ausgelöst und sicherlich auch die Produktivität erhöht. Allerdings fehlte bislang die Zeit für eine vertiefte und kritische Reflektion über die Verfassungsmässigkeit dieses staatlichen Handelns und die Auswirkungen der angeordneten Massnahmen auf die Funktionsweise und die Legalität im Kontext unseres Rechtsstaates und der Justiz. Problemzonen wie die Legalität von digitalen Verfahren, deren Vor- und Nachteile und Verträglichkeit mit den ehernen Grundsätzen eines fairen Verfahrens oder der Durchsetzung des Unmittelbarkeitsprinzips stehen im Raum – Modebegriffe wie Systemrelevanz werden für alle politischen Prozesse und deren Akteure der Gerichtsbarkeit zu Sammelbegriffen für deren Rechtfertigung ihres Handelns. Der Anwalts-tag 2021 wird die Gelegenheit bieten, sich diesen Entwicklungen und Fragestellungen vertieft zu stellen und diese Tendenzen und deren Verortung in unserem Rechtsstaat zu reflektieren.

Eröffnet wird diese Veranstaltung mit einem Keyreferat von Prof. Marcel Niggli, Lehrstuhl für Strafrecht und Rechtsphilosophie, Universität Freiburg, zum Thema «Verfassungsmässigkeit der Notverordnungen des Bundesrates in der COVID-Zeit», gefolgt von einem Panel unter der Beteiligung von Dr. iur. Petra Hauser, Obergerichtspräsidentin, Glarus; Prof. Marcel Niggli, Lehrstuhl für Strafrecht und Rechtsphilosophie, Universität Freiburg; alt Bundesrat Pascal Couchepin; Dr. Michael Schöll, Vizedirektor des Bundesamts für Justiz und Chef des Direktionsbereichs Privatrecht. Dieses Panel wird wiederum moderiert von Reto Brennwald, Journalist und ehemaligem Moderator im Schweizer Fernsehen.

Das OK will zuversichtlich bleiben, interessierte SAV-Mitglieder am 11./12. Juni in Luzern zu begrüssen.

Congrès des avocats (HANSJÜRGE RHYNER)

La COVID a également compliqué la planification du congrès des avocats. En raison de la situation toujours incertaine, le comité s'est finalement vu contraint, en février de cette année, de réduire le congrès des avocats dans sa forme habituelle, bien connue de tous, à l'assemblée ordinaire des délégués ainsi qu'aux panels prévus pour le congrès. Tout comme la situation liée à la COVID, les perspectives d'amélioration pour le mois de juin restent malheureusement très incertaines. Le Secrétariat général n'a cependant pas ménagé ses efforts organisationnels pour qu'une décision définitive quant à la tenue du congrès puisse être prise à la dernière minute. Dans l'optique de cette approche optimiste, nous aborderons brièvement ci-après les deux points forts.

Panel sur l'égalité entre les femmes et les hommes

S'il existe une profession dans laquelle l'égalité des chances doit être une évidence, c'est bien celle d'avocat. Des indices prouvent cependant le contraire. Premièrement, de nombreuses avocates quittent la profession après quelques années de pratique pour intégrer la justice ou occuper un emploi dans le secteur privé ou public. Les consœurs utilisent davantage le travail à temps partiel que leurs confrères. Enfin, la proportion d'associées dans les études, en particulier celles de grande et moyenne taille, n'est pas représentative du nombre de femmes dans la profession. Or, la conciliation entre vie familiale et carrière d'avocat devrait être un enjeu tant pour les hommes que pour les femmes.

Après les allocutions d'ouverture de Madame Esther-Mirjam de Boer et de Madame la Professeure Karin Lempen, la discussion finale permettra de passer de la théorie à la pratique, notamment avec un état des lieux de l'adaptation du métier d'avocat au cadre juridique et institutionnel. Quels moyens existent pour concrétiser ce cadre? Comment mettre en œuvre le droit à l'égalité?

Le panel donnera aux conférenciers et aux participants la possibilité de confronter leurs points de vue et de faire part de leurs expériences personnelles.

Cette manifestation sera l'occasion de présenter l'étude de la Haute école de gestion de Fribourg (HEG-FR) sur l'égalité dans la profession.

Cette présentation sera suivie de deux conférences sur les thèmes «Diversité facilitée et économie comportementale sur l'égalité des chances» d'Esther-Mirjam de Boer, CEO GetDiversity GmbH, Zurich, et «25 ans de loi fédérale sur l'égalité: une rétrospective de la jurisprudence» de la professeure Karine Lempen, professeure ordinaire au Département de droit civil de l'Université de Genève. Ce thème sera complété par un panel animé par Reto Brennwald, journaliste et ancien animateur de la télévision suisse, accompagné des intervenants suivants: Nicola Benz, avocate et partenaire, étude Froriep, Zurich; Esther-Mirjam De Boer, CEO GetDiversity GmbH, Zurich; Karine Lempen, professeure ordinaire, Département de droit civil, Université de Genève; Adrien Alberini, avocat et partenaire, Sigma Legal, Genève.

Panel sur la numérisation du métier d'avocat et de la justice

La crise de la COVID a servi de tremplin à la numérisation de notre quotidien: télétravail, achats en ligne et autres vidéoconférences ont remplacé entretiens et réunions en présentiel. Cette évolution se profilait certes déjà avant mars 2020, mais le début des mesures liées au coronavirus décidées par l'État a forcé de manière accrue l'utilisation quotidienne de ces outils. Il nous a été et nous est encore demandé d'agir vite. Les réflexions quant à la réelle volonté de travailler de cette manière, la méthodologie de travail ou encore l'utilisation des outils numériques dans le cadre du télétravail contraint ont été, en grande partie, laissées pour compte dans un contexte tiraillé entre les principes de l'État de droit et la primauté de la politique.

L'utilisation quotidienne, de plus en plus étendue, de méthodologies de travail numériques a engendré des évolutions positives, certainement accompagnées d'augmentation de la productivité. Cependant, le temps pour réfléchir de manière approfondie et critique à la constitutionnalité de cette action de l'État ainsi qu'aux conséquences des mesures ordonnées sur le fonctionnement et la légalité dans le contexte de notre État de droit et de la justice a jusqu'à présent manqué. Les problèmes liés à la légalité des procédures numériques, à leurs avantages et leurs inconvénients ainsi qu'à leur compatibilité avec les principes fondamentaux d'une procédure équitable ou avec l'application du principe de l'immédiateté sont à l'ordre du jour. Des expressions à la mode telles que l'«importance systémique» deviennent des termes génériques utilisés par tous les acteurs de la juridiction et dans tous les processus politiques pour justifier les actions entreprises. La Journée des avocats 2021 offrira l'occasion d'aborder de manière approfondie ces développements et ces questions ainsi que de réfléchir à ces tendances et à leur ancrage dans notre État de droit.

Marcel Niggli, professeur de droit pénal et de philosophie juridique à l'Université de Fribourg, ouvrira cet événement avec un exposé clé sur le thème de la «Constitutionnalité des ordonnances de nécessité du Conseil fédéral à l'heure de la COVID», suivi d'un panel auquel participeront Petra Hauser, docteure en droit, présidente du Tribunal cantonal de Glaris; Marcel Niggli, professeur de droit pénal et de philosophie juridique, Université de Fribourg; Pascal Couchepin, ancien conseiller fédéral; Michael Schöll, Dr en droit et sous-directeur de l'OFJ et chef du domaine de direction Droit privé de l'Office fédéral de la justice. Ce panel sera également animé par Reto Brennwald, journaliste et ancien animateur de la télévision suisse.

Le CO reste confiant de pouvoir accueillir les membres de la FSA intéressés les 11 et 12 juin à Lucerne.

Fachanwalt SAV / Fachanwältin SAV (MARC LABBÉ, HANSJÜRGE RHYNER, NATALIE MATIASKA, RENÉ RALL)

Per 31.12.2020 zählen wir 931 Fachanwälte und Fachanwältinnen (davon 43 neue Absolventinnen und Absolventen in den Fachbereichen Mietrecht sowie Bau- und Immobilienrecht).

Im Jahr 2020 wurden folgende neue Kurse lanciert: Familienrecht (D), Bau- und Immobilienrecht (D + F), Erb- recht (D), Haftpflicht- und Versicherungsrecht (F) (der Be- ginn des deutschen Kurses musste auf April 2021 verscho- ben werden). Die Kurse Strafrecht (D + F), Bau- und Immobilienrecht (D) und Arbeitsrecht (F) wurden 2020 nicht ausgeschrieben, das wird 2021 der Fall sein.

Das Jahr 2020 war stark von den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie geprägt. Dies zeigte sich insbeson- dere durch Folgendes:

- Verschiebungen bei der Durchführung von Modulen (Bau- und Immobilienrecht, Familienrecht, Haftpflicht- und Versicherungsrecht, Strafrecht).
- Verschiebung des Kursbeginns (Haftpflicht- und Versi- cherungsrecht).
- Ausnahmsweise wurden Module nach Genehmigung des VAFA online durchgeführt (Haftpflicht- und Versi- cherungsrecht, Bau- und Immobilienrecht, Arbeits- recht).
- Nach Genehmigung des VAFA fanden auch Fachgesprä- che (Arbeitsrecht) online statt.
- Obligatorische Weiterbildung: Für das Jahr 2020 wurde eine COVID-19-Gutschrift von 12 Credits beschlossen.
- Die Sitzung der Präsidenten und Präsidentinnen der Fachkommissionen 2020 musste auf den 13. 4. 2021 ver- schoben werden.

Beim Bau- und Immobilienrecht D + F wurde der Autono- mieprozess (Auftragsverhältnis zwischen SAV und Ausbil- dungsverantwortlichen) fortgesetzt (die Ausbildungen zu Arbeitsrecht D, Strafrecht F + D, Mietrecht F, Erbrecht D, Haftpflicht- und Versicherungsrecht D, Familienrecht D bestehen bereits in dieser Form).

Avocats spécialistes FSA (MARC LABBÉ/HANSJÜRG RHYNER/NATALIE MATIASKA/RENÉ RALL)

Au 31.12.2020, le nombre des avocats spécialistes se monte à 931 (43 nouveaux diplômés dans les domaines suivants: droit du bail et droit de la construction et de l'im- mobilier).

Les nouveaux cours suivants ont débuté en 2020: droit de la famille (D), droit de construction et de l'immo- bilier (D + F), droit des successions (D), droit de la respon- sabilité civile et des assurances (F) (le début du cours en allemand a dû être reporté à avril 2021). Des annonces de nouveaux cours n'ont pas été faites en 2020 mais le seront en 2021: droit pénal (F + D), droit de la construction et de l'immobilier (D), droit du travail (F).

Bien évidemment, l'année 2020 a été fortement mar- quée par les chamboulements liés à la pandémie de coro- navirus. Ceci s'est notamment manifesté comme suit:

- report de modules (droit de la construction et de l'im- mobilier, droit de la famille, droit de la responsabilité et des assurances, droit pénal);
- report du début du cours (droit de la responsabilité ci- vile et des assurances);
- à titre tout à fait exceptionnel des modules ont dû être réalisés en ligne après autorisation du VAFA (droit de la

responsabilité civile et des assurances, droit de la construction et de l'immobilier, droit du travail);

- de même, des colloques ont eu lieu en ligne après auto- risation du VAFA (droit du travail);
- formation continue obligatoire: un crédit-COVID de 12 crédits pour l'année 2020 a été accordé.
- La séance des Présidents des Commissions spécialisées 2020 a dû être reportée au 13. 4. 2021.

Le processus d'autonomie (relation de mandat entre la FSA et les responsables des formations) a continué de se mettre en place, ce dans le cadre du droit de la construc- tion et de l'immobilier D + F (formations d'ores et déjà sous cette forme: droit du travail D, droit pénal F et D, droit du bail F, droit des successions D, droit des assurances et de la responsabilité civile D, droit de la famille D).

Mediatorin SAV / Mediator SAV – eigener Ausbildungs- lehrgang des SAV ab 2022 (BIRGIT SAMBETH GLASNER, RENÉ RALL)

Die Mitglieder wurden via Newsletter und Anwaltsrevue im Zeitraum November 2020 bis Februar 2021 in Etappen über den Systemwechsel im Zusammenhang mit dem künftigen Erwerb des Titels Mediatorin SAV bzw. Mediator SAV informiert.

In Zusammenarbeit mit den Kursleitungen Corina Bölsterli (Kurs D) und Cinthia Lévy (Kurs F) lanciert der SAV einen neuen Ausbildungslehrgang in Mediation SAV. Diese Fachausbildungen beginnen gleichzeitig erstmals im Januar 2022 und dauern bis Oktober 2022 (6 Module à 3 Tage). Die Durchführungsorte sind Zürich (Kurs D), Lau- sanne (Kurs F) und Bern (Kurs D/F). Es handelt sich, wie in der Anwaltsrevue 11/12/20 (vgl. im Fokus des SAV-Vor- stands) beschrieben, um eine umfassende Fachausbil- dung in Mediation und ADR-Methoden (Alternative/Ami- cable/Adequate Dispute Resolution), wobei nicht nur die Grundlagen der Mediation behandelt werden, sondern ebenfalls die Zusammenhänge zwischen Mediation und Schlichtung, Mediation und rechtlichen Verfahren inkl. Schiedsverfahren (Arb-Med-Arb) und der Einbezug dieser Mechanismen in Dispute Boards, die der Streitvermeidung dienen.

Obwohl es sich bei der Ausbildung nicht um eine Spe- zialisierung für den Titel Fachanwalt SAV / Fachanwältin SAV handelt, da weder spezialisierte Rechtskenntnisse er- worben werden noch eine typische Anwaltstätigkeit aus- geführt wird, orientiert sich das neue Ausbildungsmodell weitgehend an den Reglementen zur Weiterbildung Fachanwalt/Fachanwältin, womit die Qualität und die Be- deutung des Titels «Mediator SAV» gesteigert werden. Mit dem Schritt zur Verbesserung der Ausbildungsqualität er- möglicht der SAV seinen Mitgliedern, im schweiz- und weltweit wachsenden Markt der Methoden zur Prävention, Steuerung und Lösung von Konflikten auch in Zukunft eine wegweisende Rolle zu spielen.

Der Zugang zu Wissen, Know-how und Erfahrung zum Thema Mediation als ganzheitliche Streitbeilegungsme- thode ist indes nicht nur den Anwältinnen und Anwälten,

die selbst als Mediatorinnen bzw. Mediatoren tätig sein möchten, vorbehalten, sondern auch jenen zugänglich, die eine Partei anlässlich eines solchen Verfahrens beraten, sie zu einer Mediation begleiten und ihr in strategischen und verhandlungstechnischen Fragen beistehen möchten oder etwa effiziente Streitbeilegungsklauseln in statutarischen, vertraglichen oder testamentarischen Verfügungen aufnehmen möchten. Heutzutage wird die Mediation in der Schweiz bereits in den unterschiedlichsten Gebieten angewendet, zum Beispiel im Familienrecht, bei Erbschaften, in der Gesundheitsbranche, im Vertragsrecht, im Arbeitsrecht und bei internen Konflikten in Unternehmen, bei Fragen zum geistigen Eigentum, im Mietrecht und Baurecht sowie bei Rechtsfragen im Sport. Die Mediation wurde zudem als komplementäre Streitbeilegungsmethode für Prozessparteien, Anwältinnen und Anwälte sowie Magistratspersonen in die seit dem 1.1.2011 in Kraft stehende einheitliche schweizerische Zivilprozessordnung (ZPO) aufgenommen. Der vorgängigen oder aussergerichtlichen Streitbeilegung wurde damit ein wichtiger Stellenwert eingeräumt. Dieser Entwicklung will der SAV mit einer eigenen Ausbildung Rechnung tragen.

Médiatrice FSA / Mediateur FSA – le nouveau cours de formation de la FSA à partir de 2022 (BIRGIT SAMBETH GLASNER, RENÉ RALL)

Entre novembre 2020 et février 2021, les membres ont été informés par étapes, par le biais de la newsletter et de la revue de l'avocat, du changement de système dans le cadre de l'acquisition future du titre de médiatrice FSA ou de médiateur FSA.

En collaboration avec une direction de cours représentée par Corina Bölsterli (pour les cours donnés en allemand) et Cinthia Lévy (pour les cours donnés en français), la FSA lance une nouvelle formation de médiation FSA. Ces deux formations prendront simultanément leur envol en janvier 2022 pour se terminer en octobre de la même année avec 6 modules de 3 jours chacun. Les cours en français auront lieu à Lausanne, les cours en allemand à Zurich, ainsi qu'à Berne pour les deux langues. En écho au «Point de mire du Conseil» publié dans la Revue de l'avocat 11/12 2020, il s'agit d'une formation complète en médiation et dans les modes alternatifs de résolution des litiges (*alternative/amicable/adequate dispute resolution*), où sont abordés non seulement les fondements de la médiation, mais aussi les liens entre celle-ci et la conciliation, la médiation et les procédures judiciaires ou arbitrales (*Arb-Med-Arb*), de même que l'intégration de ces mécanismes dans les *dispute boards*.

S'il ne s'agit pas formellement d'une spécialisation FSA, car il ne s'agit pas d'un domaine du droit dont on devient le spécialiste, d'une part, et que la médiation est une activité dite «atypique» de l'avocat, la nouvelle formation se rapproche le plus possible des règlements de spécialisation FSA afin d'augmenter la qualité et la notoriété du titre de «Médiateur FSA». En effet, compte tenu de l'ampleur que prend ce mode de prévention, de gestion et de résolution des conflits en Suisse et dans le monde, la FSA a

pris la décision de permettre à ses membres de jouer un rôle encore plus décisif dans ce marché en pleine expansion, en accroissant et en ciblant la qualité de la formation prodiguée depuis de nombreuses années.

Ces «savoir», «savoir-faire» et «savoir-être» ne sont par ailleurs pas réservés à celles et ceux qui se destinent à être médiateurs/médiatrices, mais également à tous les avocat(e)s qui souhaitent agir comme conseil de parties en médiation, qui veulent adéquatement accompagner leurs mandants en matière stratégique et de négociation, et qui ont à cœur d'inclure des clauses efficaces de résolution des différends dans les dispositions statutaires, contractuelles et testamentaires, voire d'appréhender la résolution des conflits de manière plus globale et holistique. La médiation est aujourd'hui largement pratiquée en Suisse dans les domaines les plus variés tels que le droit de la famille, les successions, la santé, le droit contractuel et commercial, le droit du travail et les relations internes à l'entreprise, la propriété intellectuelle, le droit du bail et de la construction, ainsi que le droit du sport, notamment. Pour rappel, le Code de procédure civile suisse unifié («CPC»), entré en vigueur le 1.1.2011, a inscrit la médiation comme instrument complémentaire de résolution des conflits à la disposition des justiciables, des avocats et des magistrats dans le contexte judiciaire civil. Ainsi, une place importante est réservée au règlement préalable ou extrajudiciaire des litiges. La FSA entend tenir compte de cette évolution par une formation qui lui est propre.

Dienstleistungen / Services
(RENÉ RALL)

Anwaltsrevue (RENÉ RALL)

Die Coronakrise hat den gesellschaftlichen Weg in die Digitalisierung deutlich beschleunigt: Gerade in Zeiten, in denen man häufig im Homeoffice arbeitet, ist ein Zugang zu relevanten Informationen via Internet enorm wichtig. Der SAV hat in Zusammenarbeit mit dem Stämpfli Verlag den Onlineauftritt in der Anwaltsrevue grundlegend überarbeitet und kann jetzt das zentrale Verbandsorgan seinen Mitgliedern nicht mehr nur in einem hochwertigen Druckerzeugnis, sondern unter www.anwaltsrevue.recht.ch auch als komfortable Internetpräsenz zur Verfügung stellen.

Die neue Zeitschriftenseite ist responsive – das heisst via Computer, Smartphones und Tablets lesbar –, über verschiedenste Abfragemöglichkeiten durchsuchbar und beinhaltet das komplette Archiv zurück bis 2013. Ein Plus ist auch die Verlinkung zu zitierten Bundesgerichtsentscheidungen und Normen: So ist kein Nachschlagen in Büchern oder anderen Datenbanken nötig. Und die Anwaltsrevue online kann per Mausklick übersetzt werden in die Sprachen Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch. Alles Neuerungen, die die Chefredaktion sehr begrüsst.

Ein Plus in eigener Sache sind darüber hinaus die Social-Media-Funktionen der Seite: Autor/innen und Leser/innen haben die Möglichkeit, wichtige Beiträge ihren Kontakten bei Twitter, LinkedIn usw. weiterzuempfehlen. Dies steigert den Bekanntheitsgrad zusätzlich. Die Anwaltsre-

vue wird im Internet deutlich sichtbarer, und die Autor/innen werden für ihr hochgeschätztes Engagement besser wahrgenommen.

Für Mitglieder des Schweizerischen Anwaltsverbands ist die Nutzung dieser Seite kostenfrei.

Der Vorstand dankt dem Stämpfli Verlag und dem Redaktorenteam der Anwaltsrevue für diesen weiteren Beitrag in eine vernetzte Zukunft und dem Redaktorenteam ganz speziell für die im Geschäftsjahr sichergestellte hohe inhaltliche Qualität unserer Verbandszeitschrift.

Revue de l'Avocat (RENÉ RALL)

La crise du coronavirus a sensiblement accéléré la numérisation de la société: justement à une époque où le télétravail a tendance à se généraliser, il est fondamental d'avoir accès aux informations qui comptent via Internet. En collaboration avec les éditions Stämpfli, la FSA a remanié en profondeur la présence en ligne de la Revue de l'Avocat.

L'organe central de publication de la FSA est désormais à la disposition de ses membres non seulement en format imprimé de qualité, mais également sous forme de site Internet pratique, disponible sur www.anwaltsrevue.recht.ch.

Le nouveau site de la revue est réactif – ce qui signifie qu'il peut être consulté depuis les ordinateurs, les smartphones et les tablettes – et permet d'effectuer des recherches avancées grâce à un référencement optimisé. Il contient en outre les archives complètes de la revue à partir de l'année 2013. Autre avantage de taille: les liens directs vers les arrêts du Tribunal fédéral et les dispositions citées. Ainsi, il n'est plus nécessaire d'aller rechercher ces textes dans des ouvrages ou d'autres bases de données. En un clic de souris, il est également possible de lire la traduction de la Revue de l'Avocat en allemand, en français, en italien et en anglais. Tant de nouveautés accueillies avec enthousiasme par le comité de rédaction.

Du point de vue interne, les fonctions de réseaux sociaux du site constituent également un avantage: les auteurs et auteures ainsi que lectrices et lecteurs ont la possibilité de recommander les articles importants à leurs contacts via Twitter, LinkedIn et autres, ce qui permettra d'augmenter encore davantage le degré de notoriété de la revue. La Revue de l'Avocat gagnera en visibilité sur Internet, et les auteures et auteurs seront mieux reconnus pour leurs précieuses contributions.

L'utilisation du site est gratuite pour les membres de la Fédération Suisse des Avocats.

Le Conseil remercie vivement la maison d'édition Stämpfli ainsi que l'équipe de rédaction de la revue de l'avocat pour cette nouvelle contribution à un avenir en réseau et en particulier pour la qualité exceptionnelle du contenu de notre magazine spécialisé, qui a été assuré tout au long de l'exercice écoulé.

SAV-FSA Service AG Versicherungen

Die Nutzung der Dienstleistungen der SAV-FSA Service AG Versicherungen konnte auch im elften Jahr einen beachtlichen Zuwachs verzeichnen.

Die Beratungen der beiden bei der SAV-FSA Service AG Versicherungen angestellten Versicherungsfachfrauen Margrith Graf und Jocelyne Kalt erfolgen fast ausschliesslich telefonisch.

Die Angebote und die Dienstleistung entsprechen einem Bedürfnis unserer Mitglieder. Die auf der Website aufgeschalteten Prämienrechner für die Kranken-, Hausrat-, Privathaftpflicht-, Auto- und Motorradversicherung werden rege genutzt. Das Angebot für die Mitglieder umfasst:

- speziell auf die Bedürfnisse der SAV-Mitglieder ausgerichtete Versicherungsprodukte mit einem interessanten Preis-Leistungs-Verhältnis
- unabhängige Beratung in allen Versicherungsfragen;
- den Policencheck, um externe Versicherungsprodukte überprüfen zu lassen
- Beratung im Bereich der 2. Säule

In folgenden Situationen nehmen die Mitglieder die Dienste der SAV-FSA Service AG Versicherungen in Anspruch:

- bei Fragen zu Versicherungen
- bei Fragen zur aktuellen Versicherungssituation
- bei der Aufnahme der selbstständigen Tätigkeit
- bei einer Neugründung (Unkostengemeinschaft, AG, GmbH)
- bei der Anstellung von Mitarbeitenden

Mit dem Newsletter der SAV-FSA Service AG Versicherungen werden (Neu-)Mitglieder regelmässig informiert.

Die beiden Versicherungsfachfrauen arbeiteten aufgrund der Coronapandemie zu grossen Teilen im Homeoffice. Dank der bereits seit Jahren bestehenden digitalen Arbeitsweise und dem Ersatz der SAV-ICT-Infrastruktur erfolgte die Umstellung auf Homeoffice problemlos. Die Dienstleistungen der SAV-FSA Service AG Versicherungen stehen trotz der aktuellen Pandemiesituation vollumfänglich zur Verfügung und erfuhren keinerlei Einschränkungen.

Rechtsschutzversicherungen: Konfliktauflösung SAV-RSV (RENÉ RALL)

Das Dreiecksverhältnis Mandant-Rechtsschutzversicherung-Anwalt ist komplex. Die Beteiligten handhaben es unterschiedlich. Das führt zu Unsicherheiten und Ungeheimheiten. Im Interesse der Mandanten und von deren Zugang zum Recht wird ein einheitlicher Umgang der Beteiligten am Rechtsschutzverhältnis empfohlen. Vor dieser Ausgangslage wurde 2013 eine paritätische Kommission des SAV und des Schweizerischen Versicherungsverbandes (PK RSV) geschaffen, mit dem Ziel, den Dialog zu fördern, die gegenseitigen Interessen der Rechtsschutzversicherer und der unabhängigen Anwältinnen und Anwälte auszutauschen und nach Möglichkeit zu fördern. Die ersten Arbeitsprodukte wurden auf der Website des SAV unter <https://www.sav-fsa.ch/de/service/sonstiges.html> sowie in der Anwaltsrevue vorgestellt: Mit der Checkliste für Versicherte (2015) und den Empfehlungen für Rechtsschutzversicherer im Umgang mit unabhängigen Anwäl-

ten sowie als Gegenstück den Empfehlungen für Rechtsanwälte im Umgang mit Rechtsschutzversicherungen (2018) hat der SAV in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Versicherungsverband (SVV) den gesamten Kreis möglicher Adressaten bezüglich Rechtsschutzverhältnis bei Beizug eines unabhängigen Anwaltes zur Verfügung gestellt, deren Zweck es ist, den für sämtliche Adressaten komplexen Umgang im Dreiecksverhältnis standardisiert und unter Achtung gegenseitig bestehender Regularien abzuwickeln und damit auch Klarheit und Sicherheit für Versicherte zu schaffen.

In einem abschliessenden und die bisherigen Arbeiten umfassenden Schritt hat die PK RSV im Berichtsjahr in Form eines Piloten neu eine Anlaufstelle geschaffen, die im konkreten Fall bei Meinungsverschiedenheiten zwischen der Rechtsschutzversicherung und der Anwältin bzw. dem Anwalt bei Bedarf angerufen werden kann. Die Konfliktanlaufstelle (KAS) hat sich zum Ziel gesetzt, in Konfliktfällen zwischen RSV und Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vermittelnd tätig zu sein. Die Streitbeilegungsstelle ist eine neutrale Anlaufstelle (paritätische Zusammensetzung, Vertreter RSV und Vertreter SAV), die Anwältinnen/Anwälte und Rechtsschutzversicherern Hilfestellung bei der Beilegung von Streitigkeiten (evtl. auch ohne Konfrontationen) bietet. Vorgesehen ist ein möglichst einfaches, mündliches und freiwilliges Verfahren. Es erfolgt grundsätzlich keine Akteneinlieferung ausser auf Anforderung der KAS. Die Anfrage erfolgt über ein vorgegebenes Formular. Beide Parteien müssen mit der Anrufung der KAS einverstanden sein. Das Einverständnis der Gegenseite muss vorgängig eingeholt werden. In erster Linie vermittelt die KAS zwischen den Parteien. Auf Wunsch beider Parteien kann sie eine unverbindliche mündliche Empfehlung abgeben. Die KAS ist keine Anlaufstelle für Versicherte und ersetzt nicht die Ombudsstelle für Privatversicherungen (vgl. Art. 169 AVO).

Der Pilot wird ab 1. Juli für eine Testphase von zwölf Monaten ausschliesslich für Verbandsmitglieder (Fachgruppe RSV/SVV und Mitglieder SAV) angeboten. Nach gesammelten Erfahrungswerten erfolgt der Entscheid über eine permanente Anlaufstelle. Der Pilot sieht eine geschlossene Themenliste vor. Die KAS kann grundsätzlich zu sämtlichen praktischen Problemen, die sich zu Beginn oder im Verlauf der Abwicklung eines Falles ergeben können, angerufen werden, namentlich:

- Ablehnung eines Anwaltes
- interne Übernahme des Falles durch RSV
- praktische Probleme der Abwicklung des Rechtsschutzfalles (z. B. Umgang mit schützenswerten Daten)
- Meinungsverschiedenheiten über
 - Vorliegen von Aussichtslosigkeit
 - Umfang des Mandats
 - Fallauslegung
 - Deckungsumfang
 - Kostengutsprache
 - Zwischenabrechnung
 - Kostendach
 - usw.

- Bei Honorarstreitigkeiten bietet die KAS eine grobe Erstempfehlung an und schlägt erste Schritte vor. Die KAS macht hingegen keine detaillierten Honorarprüfungen.
- Einhaltung/Auslegung der Checklisten SAV/SVV

Es versteht sich, dass die mündlichen Gespräche vertraulich bleiben und nicht in allfälligen künftigen Verfahren benutzt werden können. Beide Parteien haben vor Einladung zu einem mündlichen Gespräch eine entsprechende Vertraulichkeitserklärung zu unterzeichnen. Der Beschrieb, die erwähnten Formulare und die Kontaktadressen des KAS RSV werden ab Juli 2021 auf der Website des SAV und des SVV aufgeschaltet sein.

Service-FSA Assurance

Le Service-FSA Assurances, qui a fêté ses 10 ans d'existence, a de nouveau pu enregistrer une croissance significative du nombre de membres qui ont fait appel à ses prestations. Les conseils des deux spécialistes en assurance employés par SAV-FSA Service SA, à savoir M^{mes} Margrith Graf et Jocelyne Kalt, sont donnés presque exclusivement par téléphone.

Les offres et les services qu'elles fournissent répondent à un véritable besoin de nos membres. Autre outil très apprécié de ces derniers, le *calculateur de primes*, qui permet de déterminer en ligne les primes de l'assurance-maladie, l'assurance-ménage, la RC privée, de même que celles des assurances auto et moto. L'offre proposée aux membres de la FSA poursuit les objectifs suivants:

- répondre à des besoins concrets, avec des produits d'assurances conçus pour les membres de la FSA et présentant un rapport qualité/prix intéressant;
- pour toutes questions d'assurances, fournir à nos membres un conseil indépendant;
- examiner, sur requête, le portefeuille d'assurances externes du membre;
- conseils dans le domaine du 2^e pilier

Voici quelques-unes des situations dans lesquelles faire appel au Service-FSA Assurances peut s'avérer judicieux:

- pour répondre à toutes questions d'assurances;
- pour clarifier sa situation d'assuré;
- pour s'assurer correctement lorsque l'on débute sa carrière d'avocat indépendant;
- lors de la création d'une étude d'avocats (étude avec partage des frais, SA, Sàrl);
- lors de l'engagement de nouveaux collaborateurs.

Il est réjouissant de constater que les primes sont restées stables l'année dernière également. Ceci s'applique à l'ensemble de la gamme des produits professionnels (LAA, perte de gain/invalidité, décès, vieillesse, RC professionnelle, assurance de choses et caution du loyer), mais également aux produits privés (véhicules à moteur, tant pour la voiture que pour la moto, ménage et RC privée). Ce n'est que dans le domaine de l'assurance-maladie que certaines primes ont subi une légère augmentation.

Le bulletin d'information du Service-FSA Assurances fournit régulièrement des informations précieuses aux membres, y compris à ceux qui viennent de s'affilier à la FSA.

Jusqu'à présent, le télétravail représentait un moyen plutôt exceptionnel pour nos deux spécialistes en assurances. Grâce à un concept de travail qui privilégie le numérique depuis plusieurs années, facilité par le remplacement de l'infrastructure informatique de la FSA, la transition à un bureau d'assurances géré en télétravail n'a soulevé aucune difficulté majeure. En dépit de la situation actuelle liée au COVID-19, le Service-FSA Assurances reste donc entièrement disponible et ne fait l'objet d'aucune restriction.

Assurances protection juridique: point de contact en cas de conflit FSA-APJ (RENÉ RALL)

La relation triangulaire mandant – assurance protection juridique – avocat est complexe. Les parties impliquées l'abordent différemment. Cela engendre des incertitudes et des incohérences. Dans l'intérêt des mandants et de leur accès au droit, il est recommandé que les parties à une relation de protection juridique soient traitées de manière uniforme. Dans ce contexte, une commission paritaire de la FSA et de l'Association Suisse d'Assurances (CP APJ) a été créée en 2013 dans le but de promouvoir le dialogue, d'échanger sur les intérêts réciproques des assureurs de protection juridique et des avocats indépendants et, dans la mesure du possible, de les promouvoir. Les premiers résultats des travaux ont été présentés sur le site Internet de la FSA sous <https://www.sav-fsa.ch/fr/service/sonstiges.html> ainsi que dans la Revue de l'avocat: avec la check-list pour les assurés (2015) et les recommandations à l'attention des assurances de protection juridique pour la gestion de leurs relations avec les avocats indépendants et, en contrepartie, les recommandations à l'attention des avocats pour la gestion de leurs relations avec les assurances de protection juridique (2018), la FSA, en collaboration avec l'Association Suisse d'Assurances (ASA), a mis à disposition de l'ensemble du cercle des destinataires potentiels, des recommandations concernant la protection juridique en cas de recours à un avocat indépendant. Elles sont destinées à standardiser la gestion complexe des rapports triangulaires pour tous les destinataires, dans le respect des réglementations mutuelles existantes, en apportant ainsi clarté et sécurité pour les assurés.

Dans une dernière étape englobant les travaux effectués jusqu'alors, la CP APJ a créé au cours de l'exercice un nouveau point de contact, sous la forme d'un pilote, qui peut être appelé si besoin dans un cas concret en cas de différend entre l'assurance protection juridique et l'avocat. Le point de contact en cas de conflits s'est fixé pour objectif d'intervenir en tant que médiateur en cas de conflit entre l'APJ et les avocats. L'organe de règlement des différends est un point de contact neutre (composition paritaire, représentants de l'APJ et de la FSA) qui offre une aide aux avocats et aux assureurs de protection juridique pour le règlement des différends (éventuellement même sans confrontation). La procédure est conçue pour

être aussi simple que possible, orale et facultative. En principe, il n'est pas nécessaire de produire des pièces, sauf si le point de contact le requiert. La demande s'effectue au moyen d'un formulaire prédéfini. Les deux parties doivent accepter de saisir le point de contact. L'accord de la partie adverse doit être obtenu au préalable. En premier lieu, le point de contact intervient en tant que médiateur entre les parties. Il peut émettre une recommandation orale non contraignante à la demande des deux parties. Il n'est pas destiné aux assurés et ne remplace pas l'organe de médiation pour les assurances privées (cf. art. 169 OS).

Le pilote sera proposé à partir du 1^{er} juillet pour une phase de test de douze mois, exclusivement pour les membres de l'association (groupe spécialisé APJ/ASA et membres FSA). La décision relative à un point de contact permanent sera prise sur la base des expériences faites. Le pilote prévoit une liste fermée de sujets. Le point de contact peut en principe être saisi de tous les problèmes pratiques pouvant survenir au début ou au cours du traitement d'un cas, notamment:

- refus d'un avocat;
- prise en charge interne du cas par l'APJ;
- problèmes pratiques lors du traitement du cas de protection juridique (p. ex. traitement des données sensibles);
- divergences d'opinion sur
 - la question de savoir si l'action est vouée à l'échec;
 - l'étendue du mandat;
 - l'interprétation du cas;
 - l'étendue de la couverture;
 - la garantie de prise en charge;
 - le décompte intermédiaire;
 - le plafond de coûts;
 - etc.
- En cas de litiges portant sur les honoraires, le point de contact émet une première recommandation générale et propose les premières étapes. Il n'effectue toutefois pas d'examen détaillés des honoraires.
- Le respect et l'interprétation des check-lists FSA/ASA.

Il va de soi que les entretiens oraux restent confidentiels et qu'ils ne peuvent pas être utilisés dans d'éventuelles procédures futures. Les deux parties doivent signer une déclaration de confidentialité correspondante avant d'être invitées à un entretien oral. Le descriptif, les formulaires mentionnés et les adresses du point de contact APJ seront publiés sur le site Internet de la FSA et de l'ASA à partir de juillet 2021.

PK SAV / CP FSA (Gastautor Dr. FRANZ XAVER MUHEIM, Präsident Stiftungsrat)

Gastbericht des Präsidenten der PK SAV zum Geschäftsjahr 2020 (Dr. FRANZ XAVER MUHEIM)

1. Schwache Versicherte – starker Stiftungsrat?

Die Pensionskasse Schweizerischer Anwaltsverband (PK SAV) ist – wie die meisten Pensionskassen – rechtlich als Stiftung konstituiert. Die Rechtsform der Stiftung bringt es mit sich, dass die Destinatäre, also

die Empfänger der Leistungen der Stiftung, kein Mitbestimmungsrecht haben. Ist der Versicherte deshalb «machlos in der Pensionskasse» (GERHARD SCHWARZ in NZZ vom 23.2.2021, Seite 23)? Und hat die zweite Säule ein «principal-agent problem» (SUSANNE KAPFINGER in AWP Sicherheit, 2020), weil die Eigentümer des Vorsorgekapitals nur bescheidene Einflussmöglichkeiten haben? Auch die PK SAV muss zugeben, dass der Befund nicht gänzlich falsch ist. Immerhin haben die selbstständig erwerbenden Anwältinnen und Anwälte grundsätzlich die Wahl, ob sie sich dem BVG und damit einer Pensionskasse anschliessen wollen oder nicht. Zudem haben sie die Wahl, was auch für die Arbeitgeber zutrifft, die ihnen zusagende Pensionskasse zu wählen. Und das Bundesgericht hat in einem kürzlichen Entscheid die Rechte der Arbeitnehmenden deutlich gestärkt, die einem Wechsel der Vorsorgeeinrichtung zustimmen müssen. Zudem wählen in der PK SAV die Versicherten die Mitglieder des Stiftungsrats, was eine beschränkte Mitbestimmung ermöglicht. Dennoch bleiben die Rechte der Versicherten insgesamt schwach.

2. Corporate Governance als Korrektiv

Sind die Rechte der Destinatäre schwach ausgebildet, hat das massgebende Organ der Stiftung, der Stiftungsrat, seine Arbeit umso sorgfältiger zu erfüllen und den Anforderungen der Corporate Governance zu genügen. Was eine «gute Unternehmungsführung» ist, ergibt sich einerseits aus der massgeblichen Gesetzgebung und andererseits aus Grundsätzen, die Wissenschaft und Praxis entwickelt haben. Die Organe der PK SAV setzen diese Grundsätze pragmatisch um und bleiben sich bewusst, dass immer Raum für Verbesserungen bleibt.

3. Zur Struktur und Arbeitsweise des Stiftungsrats

3.1 Die Grösse des Stiftungsrats

- Das Gesetz verlangt eine paritätische Besetzung des obersten Organs der Pensionskasse, was dazu führt, dass eine gerade Zahl von Stiftungsrätinnen und Stiftungsräten zu wählen ist, womit Pattsituationen entstehen können. Nach dem ungeschriebenen Grundsatz «the board never votes» versucht der Stiftungsrat der PK SAV – erfolgreich –, einstimmig oder klar mehrheitlich abgestützte Entscheide zu erzielen.
- Die Führung der PK SAV ist überzeugt, dass einerseits eine bestimmte Grösse des Stiftungsrats notwendig ist, um das nötige Fachwissen, die nötige Erfahrung und im Falle der national tätigen PK SAV die regionale Abstützung zu finden. Mit sechs Mitgliedern bleibt der Stiftungsrat der PK SAV als Gesamtorgan handlungsfähig und ist ohne Bürokratie führbar, weil der persönliche Kontakt unter sechs Mitgliedern und damit die Informationsflüsse einfach möglich bleiben.

3.2 Das Fachwissen der Mitglieder des Stiftungsrats

Ein aus Anwältinnen und Anwälten zusammengesetzter Stiftungsrat, ermöglicht es der PK SAV, recht-

liches, betriebswirtschaftliches und unternehmerisches Wissen zusammenzuführen. Die besondere Zusammensetzung vermeidet auch das in Unternehmenspensionskassen festgestellte Ungleichgewicht zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sind doch diese rechtlichen Qualifikationen in Anwaltskanzleien zu relativieren oder Konsequenz der Rechtsform der Kanzlei.

3.3 Die Erfahrung

Auch wenn sich dem Stiftungsrat nicht in erster Linie konkrete juristische Probleme stellen, ist die Erfahrung der Mitglieder des Stiftungsrats unerlässlich, die diese in ihrem Beruf, als Mitglied von weiteren Verwaltungsräten und als Berater von Unternehmen erworben haben. Sowohl die aktuelle Zusammensetzung des Stiftungsrats der PK SAV als auch die Auswahlkriterien für die Bestimmung der Nachfolger und Nachfolgerinnen zurücktretender Stiftungsräte orientieren sich auch am Kriterium der Erfahrung.

3.4 Regionale Abstützung

Die PK SAV bearbeitet bewusst den Anwaltsmarkt in der ganzen Schweiz. Dieser weist regional deutliche Besonderheiten auf, die vorteilhafterweise auch der Stiftungsrat abbilden soll.

3.5 Kollegialität

Die Kollegialität bildet den Kitt, der den Stiftungsrat zusammenhält. Und sie ermöglicht zusammen mit dem gegenseitigen Vertrauen, effizient zu arbeiten.

3.6 Interessenkonflikte

Die PK SAV sucht schon in der Auswahl der Stiftungsratsmitglieder, Interessenkonflikte zu vermeiden. Jedes Stiftungsratsmitglied hat mögliche Interessenkonflikte offenzulegen – jährlich zusätzlich in einem dokumentierten Prozess. Zwingende Folge ist die konsequente Wahrnehmung der Ausstandspflicht.

3.7 Ausschüsse

- Weil die Anlagen einer Pensionskasse (bei der PK SAV heute rund 700 Millionen CHF) besondere Anforderungen an die Strategiebestimmung, die Auswahl der Partner und die Überwachung stellen, entschied sich der Stiftungsrat der PK SAV, einen besonderen Anlageausschuss zu schaffen, dem nicht der Präsident, sondern der Vizepräsident der Pensionskasse vorsteht. Der Anlageausschuss trifft im Bereich Anlagen, abgestützt auf eine formulierte Anlagestrategie, alle wesentlichen Entscheide, die nicht dem Stiftungsrat vorbehalten sind, und bereitet die Anlagegeschäfte zuhanden des Stiftungsrats vor, wo dieser Entscheidbefugnisse hat.
- Die PK SAV hat sich definierte Wachstumsziele gesetzt. Der Marketingausschuss erarbeitet die nötige Marketingstrategie und setzt sie um.
- Nicht formalisiert, praktisch aber wichtig ist die Stellung des Präsidenten. Dieser kümmert sich um den Zusammenhalt, spricht seine Kolleginnen und Kollegen auch auf heikle Themen an und ist Bindeglied zur Geschäftsführerin und zur Revisionsstelle.

4. Stiftungsrat und Geschäftsführung

4.1 Der Stiftungsrat muss unterscheiden zwischen den gemäss Gesetz nicht delegierbaren Aufgaben, die er selbst erfüllt, und der Geschäftsführung, die er delegiert. Selbstverständlich erfolgt die Delegation aufgrund reglementarischer Grundlagen. Unerlässlich ist es meines Erachtens, dass der Präsident oder die Präsidentin eng mit der Geschäftsführerin zusammenarbeitet. Dabei geht es nicht darum, die Verantwortung für die Geschäftsführung zu verwischen, sondern um folgende Aspekte: Der Informationsfluss Geschäftsführung-Präsidium ist dichter und häufiger; er hilft dem Präsidenten, Stärken und Schwächen zu erkennen, Entwicklungen zu steuern und neue Ideen einzubringen. Die Geschäftsführerin hat im Präsidenten einen Ansprechpartner, vor allem in schwierigen Situationen, vernimmt von ihm eine zweite Meinung und kann ihre Vorstellungen an einem «sounding board» testen. Die enge Beziehung bildet auch die Basis der Fehlerkultur, die Fehler zulässt, sie aber als Chance und Anlass für Verbesserungen wahrnimmt. Wenn die Literatur von Stiftungsräten spricht, die der Geschäftsführung «hörig» seien (WEBER/WAGNER/DARBELLAY, Pension Fund Governance, Der Schweizer Treuhänder, 2009, S. 60), spricht sie kaum von der PK SAV ...

5. Die Organisation

- a. Der Stiftungsrat hat die Aufgaben der Pensionskasse organisatorisch zuzuteilen (Aufbauorganisation) und die Prozesse, insbesondere auch zur Qualitätssicherung, zu gestalten (Ablauforganisation).
- b. Eine wesentliche Rolle bei der Organisationsgestaltung spielt die Aufsicht über die Pensionskassen, die der Gesetzgeber in den letzten Jahren deutlich verstärkt hat und deren Anforderungen tief in die interne Organisation und in die Abläufe der Pensionskasse eingreifen. Selbstverständlich stellt sich die PK SAV diesen Anforderungen, die sie offenbar auch richtig erfüllt, hat die Aufsicht doch bisher keine nennenswerten Mängel festgestellt.
- c. Die PK SAV lagert bewusst einen Teil der Prozesse an dritte Dienstleister (Swiss Life Pension Services) aus («Make or buy»-Entscheidung), um im Bereich der IT sichere, dem Stand der Technik entsprechende Leistungen zu garantieren.

6. Besondere Führungsinstrumente

6.1 Risikostrategie

- a. Auch die Pensionskassen haben Risiken ihrer Tätigkeit zu erkennen, zu bewerten und die notwendigen Massnahmen bei allfälligem Eintritt des Risikos zu planen.
- b. Wie risikofähig eine Pensionskasse ist, bestimmt weitgehend, wie frei sie ihre Anlagestrategie festlegen kann. Die PK SAV folgt hier einem ökonomischen Modell (das der Investmentberater PPCmetrics entwickelte). Die Anwendung dieses Modells bescheinigt der PK SAV günstige Verhältnisse.

6.2 IKS

Das interne Kontrollsystem ist eng verzahnt mit der Gestaltung der Abläufe und befindet sich bei der PK SAV im Aufbau. Der Teilbereich Investment Controlling ist seit längerem vollständig eingeführt und liefert dem Anlageausschuss und dem gesamten Stiftungsrat die Informationen, um die Anlagen überwachen und steuern zu können.

7. Projekte

Um ihre Unternehmensführung weiter zu verbessern, befasst sich die PK SAV mit folgenden Themen:

- a. Digitalisierung der verbliebenen händischen Prozesse, schwergewichtig mit Blick auf die Versicherten
- b. Weitere Verbesserung der (elektronischen) Kommunikation mit den Versicherten und Dritten
- c. Gestaltung der Beziehungen (Auswahl- und Kontrollprozesse) zu externen Dienstleistern

Ich bin überzeugt, dass Sie als Versicherte oder Versicherter, als externer Partner oder als Kunde der PK SAV auf eine Organisation zählen dürfen, die der «guten Unternehmensführung» verpflichtet ist.

Rapport du président de la CP FSA, en tant qu'invité, concernant l'exercice 2020 (FRANZ XAVER MUHEIM, Dr en droit)

1. Assurés faibles, conseil de fondation fort?

La caisse de pension de l'Union suisse des avocats (CP FSA) a, comme la plupart des caisses de pension, le statut juridique de fondation. La forme juridique de la fondation implique que les bénéficiaires des prestations de la fondation n'ont aucun droit de participer aux décisions. L'assuré ne détient-il donc «aucun pouvoir dans la caisse de pension» (Gerhard Schwarz dans la NZZ du 23.2.2021, page 23)? Par ailleurs, le deuxième pilier a-t-il un «*principal agent problem*» (Susanne Kapfinger dans AWP Sicherheit, 2020), parce que les propriétaires du capital de prévoyance ne disposent que d'une influence limitée? La CP FSA doit admettre elle aussi que ces constats ne sont pas tout à fait faux. Au moins, les avocats indépendants ont en principe le choix de s'affilier à la LPP et donc à une caisse de pension. Ils peuvent en outre choisir la caisse de pension qui leur convient, ce qui vaut également pour les employeurs. De plus, dans un arrêt récent, le Tribunal fédéral a nettement renforcé les droits des travailleurs qui doivent consentir à un changement d'institution de prévoyance. Enfin, dans la CP FSA, les assurés élisent les membres du conseil de fondation, ce qui permet une participation limitée aux décisions. Néanmoins, les droits des assurés restent globalement faibles.

2. La gouvernance de l'entreprise comme mesure corrective

Si les droits des bénéficiaires sont peu développés, l'organe déterminant de la fondation (le conseil de fondation) doit accomplir son travail d'autant plus soigneusement et satisfaire aux exigences de la gouvernance de l'entreprise. La notion de «bonne gestion de l'entreprise» est précisée, d'une part, par la législation

déterminante et, d'autre part, par les principes développés par la science et la pratique. Les organes de la CP FSA appliquent ces principes de manière pragmatique et restent conscients que des améliorations sont toujours possibles.

3. À propos de la structure et du fonctionnement du conseil de fondation

3.1 Taille du conseil de fondation

a. La loi exigeant une composition paritaire de l'organe suprême de la caisse de pension, le conseil de fondation doit compter un nombre pair de membres élus, ce qui peut engendrer des situations de blocage. Selon le principe non écrit «the board never votes», le conseil de fondation de la CP FSA tente, avec succès, d'obtenir des décisions à l'unanimité ou fondées sur une majorité claire.

b. La direction de la CP FSA est convaincue que le conseil de fondation doit avoir un certain effectif pour rassembler les connaissances spécialisées et l'expérience requises et bénéficier d'un ancrage régional dans le cadre de l'action nationale de la CP FSA. Composé de six membres, le conseil de fondation de la CP FSA reste capable d'agir en tant qu'organe global et peut être géré sans bureaucratie. En effet, avec ce nombre, les contacts personnels demeurent faciles et les informations circulent aisément.

3.2 Connaissances spécialisées des membres du conseil de fondation

Un conseil de fondation composé d'avocats permet à la CP FSA de réunir des connaissances juridiques et entrepreneuriales ainsi que des savoirs en gestion d'entreprise. Cette composition particulière permet également d'éviter le déséquilibre entre employeurs et travailleurs constaté dans les caisses de pension des entreprises, étant donné que cette distinction est moins tranchée dans les études d'avocat en conséquence de la forme juridique de l'étude.

3.3 Expérience

Même si le conseil de fondation ne se heurte pas en premier lieu à des problèmes juridiques concrets, l'expérience des membres du conseil de fondation acquise dans leur profession, en tant que membres d'autres conseils d'administration et en tant que conseillers d'entreprises, est indispensable. Tant la composition actuelle du conseil de fondation de la CP FSA que les critères de sélection pour la désignation des successeurs des membres démissionnaires se fondent également sur le critère de l'expérience.

3.4 Ancrage régional

La CP FSA intervient sciemment sur le marché des avocats dans toute la Suisse, qui présente des particularités régionales claires que le conseil de fondation également se doit de représenter.

3.5 Collégialité

La collégialité permet la cohésion nécessaire du conseil de fondation. Elle permet de travailler efficacement sur la base d'une confiance mutuelle.

3.6 Conflits d'intérêts

La CP FSA cherche à éviter les conflits d'intérêts déjà lors du choix des membres du conseil de fondation. Chaque membre du conseil de fondation doit révéler tout conflit d'intérêts potentiel d'entrée de jeu puis le refaire chaque année dans le cadre d'un processus documenté. Le devoir de récusation doit donc impérativement être exercé de manière rigoureuse.

3.7 Comités

a. Les placements d'une caisse de pension (aujourd'hui près de CHF 700 millions pour la CP FSA) imposant des exigences particulières quant à la définition de la stratégie, au choix des partenaires et à la surveillance, le conseil de fondation de la CP FSA a décidé de créer un comité de placement spécial, présidé non pas par le président de la caisse de pension, mais par son vice-président. Dans le domaine des placements, ce comité prend, sur la base d'une stratégie de placement définie, toutes les décisions importantes qui ne sont pas réservées au conseil de fondation. Il prépare également les opérations de placement à destination du conseil de fondation lorsque ce dernier est compétent pour en décider.

b. La CP FSA s'est fixé des objectifs de croissance précis. Le Comité Marketing élabore et met en œuvre la stratégie marketing requise.

c. Le statut du président n'est pas formalisé, mais important en pratique. Il s'occupe de la cohésion, aborde avec ses collègues des sujets délicats et fait le lien avec la direction et l'organe de révision.

4. Conseil de fondation et gestion

4.1 Le conseil de fondation doit faire la distinction entre les tâches qu'il ne peut déléguer en vertu de la loi et la gestion, qu'il délègue. Bien entendu, la délégation s'effectue sur une base réglementaire. Il me semble indispensable que le président collabore étroitement avec la direction. Il ne s'agit pas de contourner la responsabilité de la gestion, mais des aspects suivants: plus le flux d'informations entre la direction et la présidence est dense et fréquent, mieux le président est à même d'identifier les points forts et les points faibles, de gérer les évolutions et d'introduire de nouvelles idées. Le président est l'interlocuteur de la direction surtout dans les situations difficiles. Il peut également lui soumettre un second avis et lui servir de «sounding board» pour tester ses idées. L'étroite relation constitue également la base d'une culture qui accepte les erreurs, en les prenant comme des opportunités de procéder à des améliorations. Lorsque la littérature parle de membres du conseil de fondation «soumis» à la direction (Weber/Wagner/Darbellay, Pension Fund Governance, Der Schweizer Treuhänder 2009 p. 60), ce n'est certainement pas le cas de la CP FSA...

5. L'organisation

a. Le conseil de fondation doit attribuer les tâches de la caisse de pension sur le plan organisationnel (organisation structurelle) et concevoir les processus,

en particulier en vue de l'assurance de la qualité (organisation des processus).

- b. La surveillance des caisses de pension, que le législateur a considérablement renforcée ces dernières années et dont les exigences interviennent au plus profond de l'organisation interne et des processus de la caisse, joue un rôle essentiel au niveau de la conception organisationnelle. Il va de soi que la CP FSA se conforme à ces exigences, qu'elle semble d'ailleurs remplir correctement, la surveillance n'ayant jusqu'à présent constaté aucun défaut notable.
- c. La CP FSA externalise délibérément une partie des processus auprès de prestataires tiers (Swiss Life Pension Services) (décision «make or buy») afin de garantir des prestations sûres et conformes à l'état de la technique dans le domaine de l'informatique.

6. Instruments de gestion particuliers

6.1 Stratégie de gestion des risques

- a. Les caisses de pension doivent également identifier et évaluer les risques liés à leur activité puis planifier les mesures nécessaires en cas de survenance du risque.
- b. La capacité d'une caisse de pension à prendre des risques dépend largement de sa liberté de définir sa stratégie de placement. La CP FSA suit ici un modèle économique (développé par le conseiller en investissement PPCmetrics). L'application de ce modèle atteste des conditions favorables à la CP FSA.

6.2 SCI

Le système de contrôle interne, actuellement en cours d'élaboration à la CP FSA, est étroitement lié à la conception des processus. Le sous-secteur «Investment Controlling», totalement introduit depuis longtemps, fournit au comité de placement et à l'ensemble du conseil de fondation les informations permettant de surveiller et de gérer les placements.

7. Projets

Afin d'améliorer encore sa gestion d'entreprise, la CP FSA se penche sur les thèmes suivants:

- a. numérisation des processus manuels restants, principalement en ce qui concerne les assurés;
- b. poursuite de l'amélioration de la communication (électronique) avec les assurés et les tiers;
- c. organisation des relations (processus de sélection et de contrôle) avec des prestataires de services externes.

Je suis convaincu que vous pouvez, en tant qu'assuré, partenaire externe ou client de la CP FSA, compter sur une organisation tenue à une «bonne gestion de l'entreprise».

ICT und Unternehmensberatung

(MATTHIAS MIESCHER, RENÉ RALL)

COVID-19 – Allgemeine Bemerkungen

Die Pandemie zeigte die Schwächen auch im Bereich der Justiz eindrücklich auf:

Der Lockdown brachte das System der Gerichtsverhandlungen ins Wanken, aber auch Kanzleien fürchteten um ihre grundlegenden Funktionsfähigkeiten, seien es der Zugang zur Kanzlei, zu den Akten, das Management der Zustellung von Gerichtsurkunden oder die Abnabelung von der Klientschaft.

Innert kurzer Zeit musste sich die Anwaltschaft auf die neuen Rahmenbedingungen einstellen, und es zeigte sich einerseits, dass die Justiz durchaus systemrelevant ist. Dem trug der Bundesrat im Rahmen der Notverordnungen auch Rechnung.

Andererseits adaptierte sich die Anwaltschaft aber auch entsprechend schnell. IT hatte schlagartig eine ganz andere Bedeutung, und sie wird die Digitalisierung der Kanzleien mit Sicherheit beschleunigen. In diesem Umfeld beschloss der Vorstand auch, die Kanzleien zu unterstützen, insbesondere mit Blick auf den elektronischen Rechtsverkehr und das E-Dossier.

Justitia 4.0/ERV

Nachdem das Bundesamt für Justiz das Vernehmlassungsverfahren mehrmals verschoben hatte, eröffnete es im November 2020 das Verfahren zum Bundesgesetz über die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJ). Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, den Arbeiten im Projekt Justitia 4.0 eine rechtliche Grundlage zu geben. Die Prozessrechte des Bundes werden entsprechend modifiziert und für den elektronischen Rechtsverkehr und das E-Dossier vorbereitet. Der SAV hat sich in der Zwischenzeit zu dieser Vorlage auch umfangreich vernehmen lassen.

Aus Sicht der Anwaltschaft gibt es mehrere Eckpfeiler, an denen nicht zu rütteln ist: Die Digitalisierung muss das Berufsrecht einhalten. Auch dem Datenschutz und der Datensicherheit ist Rechnung zu tragen. Letztlich soll die Digitalisierung den Kanzleien aber auch ökonomische und organisatorische Vorteile bieten. Der Vorstand hat einen umfangreichen Anforderungskatalog, der im Rahmen der zuständigen Fachgruppen sowie der Kolleginnen und Kollegen, die sich im Rahmen der Projektorganisation Justitia 4.0 engagieren, initiiert wurde, an die Projektleitung geschickt. Diese Vorgaben sind weitestgehend ins Projekt eingeflossen, und wir werden die weitere Entwicklung des Projekts daran messen, ob diese Vorgaben auch eingehalten werden. Ich danke an dieser Stelle den Mitgliedern der Fachgruppe, aber auch denjenigen, die sich in den Projektgruppen engagieren, für ihre wertvolle Mitarbeit.

Das Projekt Justitia 4.0 ist auf Kurs (siehe hierzu www.justitia40.ch, wo der jeweils aktuelle Stand des Masterplans mit der Umsetzung und dem Zeitplan publiziert ist). Der SAV, dem im Rahmen der Projektleitung eine Mitwirkung zugestanden wurde, wird sich auch weiterhin für die Interessen der Anwaltschaft, die es in diesem Projekt zu wahren gilt, einsetzen.

Legal Tech

Im Februar 2000 konnte eine Zusammenarbeit mit der Swiss Legal Tech Association besiegelt werden. Leider

wurde die für den Herbst 2020 geplante gemeinsame Veranstaltung ein Opfer des Versammlungsverbots, was nicht einer gewissen Ironie entbehrt. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben, heisst es, und so werden wir diesen Anlass nachholen. Legal Tech ist aus Sicht des Vorstands ein wichtiges Standbein für die Digitalisierung der Kanzleien.

Digitalisierung: Der SAV leistet Vorarbeit für die Kanzleien

Der Vorstand leitete eine Kampagne ein, in der vorerst die Grundlagen erarbeitet werden, wie eine Kanzlei digitalisiert werden kann, indem die entsprechenden Tools zur Verfügung gestellt und Informationen abgerufen werden können. Diese Arbeiten sind im Gang, und erste Ergebnisse werden zum Zeitpunkt der Publikation dieses Berichts bereits publiziert sein. Es handelt sich um eine laufende Aufgabe in den nächsten Jahren, die konsequent ausgebaut wird.

Regavo

Im vergangenen Jahr wurde seitens der Geschäftsstelle viel Zeit investiert, um die neue Applikation zur Mitgliederverwaltung sowie die Zusatzdienste aufzubauen. Die Arbeiten kommen gut voran und sind immer noch im Gang. Die kantonalen Verbände konnten auch im vergangenen Jahr miteinbezogen werden und gaben wesentliche Inputs.

ICT-Geschäftsstelle

Die internen EDV-Arbeiten der Geschäftsstelle standen im Zeichen der Ablösung der SAV-Fachanwendungen (Mitgliederdatenbank inkl. Anwaltssuche und Pikett-Tool, Website, Newsletter, interne Verwaltungsprogramme für Fachanwalt und Mediation). Hinzu kamen die Entwicklung einer Microsite «Digitale Anwaltskanzlei», einer neuen Kongresswebsite und die finale Implementierung der Cloud-Lösung für die internen Geschäftsabläufe sowie die Finalisierung der digitalen Infrastruktur. Die Geschäftsstelle war somit technisch gerüstet und konnte die Pandemiezeit bisher ohne Einbussen meistern. Die Ablösung der Mitgliederdatenbank, Herzstück aller weiteren Fachanwendungen, wird Ende Jahr vollzogen sein. Dies weiterhin möglichst leise im Hintergrund, ohne dass die Mitglieder hiervon Notiz nehmen sollen, geschweige denn Einschränkungen in Kauf nehmen müssen. An dieser Stelle ein grosses Merci an das ganze SAV-Team in Bern.

ICT et conseil en gestion d'entreprise (MATTHIAS MIESCHER/RENÉ RALL)

Quelques remarques sur la Covid-19

Cette pandémie a permis de mettre en exergue certaines faiblesses de la justice dans un contexte de crise sanitaire.

Le confinement a bien entendu ébranlé l'organisation des audiences judiciaires, mais les études d'avocats ont elles aussi été confrontées à des questions inédites sur leur capacité de rester opérationnelles: comment accéder à mon étude et mes dossiers, comment déposer mes mémoires devant les tribunaux, comment exercer ma profession en distanciel avec mes clients, etc.?

Les avocats ont donc rapidement dû faire face au nouveau contexte. Celui-ci a montré, d'une part, l'importance de préserver dans nos structures un pouvoir judiciaire lui aussi en mesure de remplir ses fonctions. Le Conseil fédéral en a tenu compte dans ses ordonnances d'urgence.

D'autre part, les avocats ont privilégié une approche adaptative. Notre profession a vite compris l'intérêt que pouvait représenter l'informatique, et cette prise de conscience permettra sans doute d'accélérer la transformation numérique des études d'avocats. C'est d'ailleurs dans ce contexte que le Conseil de la FSA a décidé de leur apporter un soutien étendu, en particulier pour le futur dossier judiciaire numérique, de même que pour l'échange des actes judiciaires numériques.

Justitia 4.0 et sa plateforme de justice numérique

Après plusieurs reports, le Conseil fédéral a ouvert, en novembre 2020, la procédure de consultation sur l'avant-projet de loi fédérale sur la plateforme de communication électronique dans le domaine judiciaire (LPCJ). Cette loi constituera la base légale nécessaire aux différents travaux du projet Justitia 4.0. Les procédures fédérales seront modifiées en vue de l'échange des actes judiciaires sur cette plateforme de justice numérique. Dans l'intervalle, la FSA a elle aussi été largement consultée sur cet avant-projet de loi.

Pour les avocats, la LPCJ doit tenir compte de tous les principes qui régissent leur profession: la transformation numérique doit tout d'abord rester parfaitement conforme aux règles professionnelles des avocats. La protection et la sécurité des données ne doivent pas non plus être négligées. Mais cette transformation numérique doit surtout offrir aux études d'avocats des avantages, tant économiques qu'organisationnels. Le Conseil de la FSA a fait parvenir à la direction du projet de Justitia 4.0 un large éventail d'exigences. Celles-ci ont été définies au sein des groupes d'experts, de même que par les consœurs et confrères qui contribuent à la réalisation du projet. Le texte de loi intégrera dans la mesure du possible nos spécifications, et c'est à l'aune de celles-ci que nous pourrions mesurer le développement futur du projet. Je saisis l'opportunité de remercier les membres du groupe d'experts, ainsi que toutes les personnes qui participent aux différents groupes de travail. Leur précieuse collaboration mérite d'être saluée.

Justitia 4.0 est sur la bonne voie (voir à ce sujet www.justitia40.ch, qui publie l'état actuel du plan directeur, de même que le calendrier de mise en œuvre). La FSA, qui participe activement à l'avancement du projet, continuera de défendre, avec toute l'attention requise, les intérêts de la profession d'avocat.

Legal tech

En février 2020, nous avons établi une coopération avec la Swiss LegalTech Association. L'événement qui devait se tenir en commun à l'automne 2020 a ironiquement fait partie des victimes de l'interdiction des réunions. Le report de cet événement ne signifie pas pour autant son annulation. Nous reprendrons donc ce projet de collabora-

tion dès que possible. Pour le Conseil de la FSA, la legal tech est un pilier important de la transformation numérique des études d'avocats.

La FSA prépare le terrain pour la transformation numérique des études d'avocats

Le Conseil de la FSA a lancé une campagne qui nourrit l'ambition de poser les bases permettant aux études d'avocats de se transformer numériquement. Il s'agit de mettre à leur disposition des outils de travail adéquats, ainsi que les ressources nécessaires pour s'informer exhaustivement sur le sujet. Les préparatifs sont en cours et les premiers résultats seront publiés au moment de la parution de ces commentaires. Le thème de la transformation numérique constituera une tâche de première importance, constamment élargie durant les prochaines années.

Regavo

Au cours de l'année écoulée, le Secrétariat général de la FSA a consacré de nombreuses heures de travail pour la mise en place de la nouvelle application de gestion des membres et des services qui l'accompagnent. Les travaux, toujours en cours, ont donc bien avancé. Les Ordres cantonaux ont eux aussi participé à ces préparatifs, fournissant une contribution significative à ce projet.

Travaux informatiques du Secrétariat général de la FSA

Ils se sont concentrés sur le remplacement des applications de la FSA (base de données des membres, y compris le moteur de recherche des avocats et le service de «l'avocat de la première heure», le site de la FSA, les lettres d'information, ainsi que les programmes de gestion interne pour les avocats spécialistes et les médiateurs FSA). À ces travaux se sont ajoutés le développement d'un microsite consacré à la «Transformation numérique des études d'avocats», la création d'un nouveau site pour le Congrès des avocats, l'implémentation finale d'une solution cloud pour la gestion des affaires internes, de même que la finalisation d'un projet d'infrastructure numérique. Le Secrétariat général de la FSA a ainsi bénéficié d'un équipement technique complet, lui permettant de faire face à la pandémie sans subir d'inconvénients majeurs dans la poursuite de ses travaux. Le remplacement de la base de données des membres, qui est au cœur de toutes les autres applications spécialisées, devrait être achevé d'ici la fin de l'année. Le projet se poursuivra en arrière-plan, de manière plus discrète, sans que les membres ne s'en aperçoivent ou qu'ils n'aient à subir des restrictions d'accès. Un très grand merci à toute l'équipe de la FSA à Berne.

Gesetzgebung / Législation

(AMÉDÉE KASSER, ANDREA LENZIN)

Vernehmlassungen der Bundesbehörden / Consultations législatives des autorités fédérales

Während der Berichtsperiode hat der SAV zu folgenden Gesetzgebungsprojekten eine Stellungnahme eingereicht:

- Juni 2020 / juin 2020: Pa.Iv. Mitwirkungspflicht im Asylverfahren. Überprüfungsmöglichkeit bei Mobiltelefo-

nen /lv.pa. Obligation de collaborer à la procédure d'asile. Possibilité de contrôler les téléphones mobiles;

- Juli 2020 / juillet 2020: Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) / Loi fédérale sur les bases légales des ordonnances du Conseil fédéral visant à surmonter l'épidémie de COVID-19 (loi COVID-19);
- Juli 2020 / juillet 2020: Bundesgesetz über Kredite mit Solidarbürgschaft infolge des Coronavirus (Covid-19-Solidarbürgschaftsgesetz) / Loi fédérale sur les crédits garantis par un cautionnement solidaire à la suite du coronavirus (loi sur les cautionnements solidaires liés au COVID-19);
- September 2020 / septembre 2020: Änderung des Strafgesetzbuches und des Jugendstrafgesetzes (Massnahmenpaket Sanktionenvollzug) / Modification du code pénal et du droit pénal des mineurs (Train de mesures. Exécution des sanctions);
- Oktober 2020 / octobre 2020: Totalrevision der Verordnung über genetische Untersuchungen beim Menschen einschliesslich der Verordnung über die Erstellung von DNA-Profilen im Zivil- und Verwaltungsbereich / Révision totale de l'ordonnance sur l'analyse génétique humaine, y compris l'ordonnance sur l'établissement de profils d'ADN en matière civile et administrative;
- November 2020 / novembre 2020: Revision des Obligationenrechts (Baumängel) / Révision du code des obligations (Défauts de construction);
- Dezember 2020 / décembre 2020: Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Besitzesschutz bei verbotener Eigenmacht an Grundstücken) / Modification du code civil (Protection contre les atteintes à la possession d'un immeuble);
- Februar 2021 / février 2021: Bundesgesetz über die Plattform für die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJ) / Loi fédérale sur la plateforme de communication électronique dans le domaine judiciaire (LPCJ).

Hängig und in Arbeit sind zurzeit weitere Stellungnahmen zu folgenden Projekten:

- Befristetes Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern / Accord temporaire entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord sur la mobilité des fournisseurs de services;
- Strafraahmenharmonisierung und Anpassung des Nebenstrafrechts an das neue Sanktionenrecht. Vorlage 3: Bundesgesetz über eine Revision des Sexualstrafrechts / Harmonisation des peines et adaptation du droit pénal accessoire au nouveau droit des sanctions. Projet 3: loi fédérale portant révision du droit pénal en matière sexuelle;
- Änderung der Handelsregisterverordnung / Modification de l'ordonnance sur le registre du commerce.

Alle vom SAV eingereichten Stellungnahmen sind auf der Website des SAV (www.sav-fsa.ch) publiziert und können dort eingesehen werden (<https://www.sav-fsa.ch/de/aktuell/interessenvertretung/stellungnahmen.html>).

Der Vorstand bedankt sich an dieser Stelle bei allen Kolleginnen und Kollegen, die sich jeweils für die Ausarbeitung der Stellungnahmen zur Verfügung gestellt haben, für ihre kompetente und engagierte Mitarbeit. Der Vorstand ist ausserordentlich dankbar, das Fachwissen seiner Mitglieder für das Verfassen der Stellungnahmen in Anspruch nehmen zu dürfen.

Hauptinterventionen im Parlament / Principales interventions devant le Parlement

Der SAV verfolgt das Geschehen in «Bundesbern» sehr aufmerksam. Im Geschäftsjahr drängten sich erneut zahlreiche Interventionen des SAV bei den Bundesparlamentariern im Zusammenhang mit der Verteidigung der Interessen der Anwaltschaft und des Rechtsstaates.

Verteidigung der Interessen der Anwaltschaft und des Rechtsstaates während der Pandemie COVID-19 / Défense des intérêts du barreau, ainsi que de l'État de droit pendant la pandémie de COVID-19

La FSA s'est beaucoup investie dans la défense des intérêts du barreau et du fonctionnement de la justice au cours de la pandémie de COVID-19, en intervenant régulièrement auprès du gouvernement, de l'administration fédérale et du Parlement pour leur rappeler que l'exercice de la profession d'avocat en tant que pilier fondamental de l'État de droit devait être garanti.

Elle a en particulier demandé, en début de pandémie, que le gouvernement fédéral décide d'une obligation, pour les autorités judiciaires de la Confédération et des cantons, de reporter toutes les audiences non urgentes.

À maintes reprises, elle a également demandé que, pour le domaine judiciaire et pénitentiaire, des mesures uniformes soient adoptées pour l'ensemble du territoire national afin d'éviter une réglementation disparate entre cantons et instances judiciaires d'un même canton. En effet, les cantons sont compétents en matière d'organisation judiciaire et disposent d'une large marge de manœuvre pour aller plus loin que le cadre imposé par les mesures fédérales, ce qui a conduit à une prolifération anarchique de réglementations dans le domaine de la justice. Cette situation a considérablement mis à mal le travail des avocats et la situation des justiciables.

Elle a demandé que les avocat/es ne soient pas concernés par un éventuel confinement strict, dans le sens où ils devraient toujours pouvoir se rendre à leur étude ainsi qu'à des audiences qui ne peuvent être repoussées.

Les mesures de distanciation sociale devant également être respectées dans le cadre judiciaire et pénitentiaire, la FSA a demandé que les avocats et justiciables faisant partie des personnes à risque soient adéquatement protégés sans trop de formalisme. Elle a notamment sollicité que les avocats faisant partie des personnes à risque

ne doivent pas systématiquement présenter un certificat médical pour pouvoir repousser la tenue d'une audience qui ne pouvait se tenir dans une salle répondant aux prescriptions de distanciation sociale.

Elle a notamment salué le recours à la vidéoconférence lorsqu'une audience ne peut pas avoir lieu, par exemple en cas d'impossibilité d'une partie de comparaître dans une cause urgente, afin d'éviter le risque d'une paralysie complète du système judiciaire. La FSA a cependant exigé que l'emploi d'outils de vidéoconférence pour la tenue d'audiences dans le domaine pénal reste exceptionnel, afin de maintenir en principe la comparution personnelle devant le juge. En effet, une audience tenue par des moyens technologiques crée forcément un biais de perception et ne peut donc pas remplacer une comparution personnelle.

Verteidigung des Berufsgeheimnisses im Rahmen der Revision des Bundesgesetzes über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung (GwG, aufgrund des 4. FATF-Länderberichts) / Défense du secret professionnel dans le cadre de la révision de la loi fédérale concernant la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme (LBA, suite au 4^e rapport du GAFI)

Les interventions répétées de la FSA auprès du Parlement ont été couronnées de succès. En effet, l'assujettissement des «conseillers» a été définitivement biffé du champ d'application de la loi sur le blanchiment, dont la révision a été adoptée en mars 2021 par les Chambres. Ainsi, la FSA a évité une réglementation qui aurait de loin dépassé les exigences du GAFI et aurait même affaibli le dispositif suisse de lutte contre le blanchiment d'argent en raison d'un champ d'application peu clair, et qui aurait mis à mal un système efficace et éprouvé. Par ses interventions, hormis à l'égard des «conseillers», la FSA n'a toutefois pas remis en cause mais a plutôt approuvé sans réserve les améliorations de la législation suisse sur le blanchiment d'argent.

Schutz grundlegender Verfahrensrechte in der Vorlage zur Änderung der Strafprozessordnung / Sauvegarde de droits procéduraux fondamentaux dans le projet de modification du Code de procédure pénale

La FSA a veillé en particulier à ce que les préoccupations du barreau soient entendues dans le cadre de la révision du Code de procédure pénale (CPP), étant donné qu'il s'agit d'un projet qui ne reflète en grande partie que les intérêts des autorités de poursuite pénale.

En effet, le projet de révision du CPP prévoit, entre autres, une restriction du droit de participation du prévenu aux auditions d'instruction. D'une manière générale, la FSA déplore une grave régression du droit du prévenu d'être entendu dans un système où les pouvoirs restent concentrés dans les mains du Ministère public. Le Conseil fédéral propose, avec l'introduction du nouvel art. 147a P-CPP, que «Le ministère public peut exclure le prévenu d'une audition tant que celui-ci ne s'est pas exprimé de

manière substantielle sur l'objet de l'audition». Cette extension viole plusieurs principes cardinaux de la procédure pénale, en particulier le droit du prévenu de garder le silence, tout en créant implicitement une nouvelle obligation de coopérer.

Par ailleurs, le projet souhaite consacrer dans la loi le droit prétorien du Ministère public de faire recours contre les décisions du tribunal des mesures de contrainte mettant fin à la détention, bien que cela ne soit pas conforme à la jurisprudence de la Cour européenne des droits de l'homme sur l'art. 5 ch. 3 CEDH. En effet, le tribunal des mesures de contrainte n'est plus une autorité judiciaire au sens de la disposition précitée, puisqu'il ne peut plus libérer la personne en détention.

Grâce aux multiples interventions de la FSA auprès de ses parlementaires, le Conseil national, lors de ses débats du 18.3.2021, a donné suite aux préoccupations de notre profession en refusant autant la restriction du droit du prévenu que le droit de recours du Ministère public. À cet effet, la FSA a étroitement collaboré avec ses membres qui siègent à la Chambre basse. La FSA ne manquera pas d'intervenir auprès de la Commission du Conseil des États afin de faire entendre la voix du barreau dans ce domaine important.

Schutz grundlegender Verfahrensrechte in der Vorlage zur Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität / Sauvegarde de droits procéduraux fondamentaux dans le projet visant à combattre le terrorisme et le crime organisé

La FSA a veillé en particulier à ce que les préoccupations du barreau soient également entendues dans le cadre de ce projet, étant donné qu'il s'agit d'une réforme qui, elle aussi, ne reflète en grande partie que les préoccupations des autorités de poursuite pénale. En effet, les changements proposés provoquent un démantèlement massif des garanties constitutionnelles dans pratiquement tous les domaines de l'entraide judiciaire. Le projet a été adopté par les Chambres en septembre 2020.

La FSA a en particulier soulevé deux points préoccupants en matière d'entraide pénale internationale que souhaite introduire le projet. Le premier, aux termes de l'art. 80d^{bis} P-EIMP, permet la transmission spontanée et inconditionnelle d'informations, ce qui supprime toute protection juridique en excluant la personne concernée. Du point de vue de la FSA, cette ainsi nommée «entraide judiciaire dynamique» provoque pour les droits des personnes concernées une véritable rupture, en ce sens que la décision d'accorder l'entraide judiciaire pénale n'est, de fait, que du ressort des autorités de poursuite pénale. Pour cette raison, la FSA a proposé des conditions plus strictes au transfert spontané d'informations, que le Conseil des États avait adopté le 9.3.2020. Le second élément important évoqué auprès de la Chambre haute concerne l'introduction d'équipes communes d'enquête conformément aux art. 80d^{ter} à 80d^{duodecies} P-EIMP (section 2a). La FSA a également combattu ce nouvel outil. Du point de vue de la politique de l'État, on peut légitime-

ment se demander si les autorités de répression et d'entraide judiciaire pénale de l'exécutif peuvent décider en toute liberté dans quelle mesure la Suisse cède ou partage sa souveraineté avec des autorités exécutives étrangères.

Malgré les multiples interventions de la FSA auprès de ses parlementaires, les Chambres n'ont, en dépit d'un succès initial auprès du Conseil des États, finalement pas donné suite aux préoccupations de notre profession.

Weitere Interventionen im Parlament / Autres interventions devant le Parlement

Revision der Zivilprozessordnung / Révision du Code de procédure civile

Le Conseil fédéral a publié, en fin février 2020, le rapport de consultation ainsi que le Message et le nouveau projet de modification du Code, visant principalement à faciliter l'accès aux tribunaux. Vu les vives controverses suscitées lors de la procédure de consultation, le volet concernant la mise en œuvre collective des droits sera présenté au Parlement dans un projet séparé.

Dans le projet soumis aux Chambres, la modification concernant les coûts a été saluée par la FSA. En effet, le Conseil fédéral propose en particulier une réduction de moitié de l'avance des frais présumés à fournir par le demandeur (art. 98 P-CPC), ce qui est soutenu par la FSA dans l'optique de favoriser l'accès à la justice. En revanche, si l'avant-projet contenait une amélioration décisive relative à la compensation, le projet ne répond désormais plus à cette préoccupation. Le point de savoir si un tarif fédéral est possible est politiquement discutable. La FSA le comprend également. La possibilité de compenser l'avance du demandeur avec les frais de justice (dans les cas de l'art. 98 al. 2) doit être supprimée. Il s'agit de créances en paiement d'émoluments et il est choquant que la partie qui obtient gain de cause supporte le risque du recouvrement des émoluments imposés par l'État à la partie qui succombe.

En outre, la FSA soutient la création de tribunaux de commerce internationaux, projet intitulé «International Commercial Court (ICC)». Le projet envisagé dans les cantons de Zurich et de Genève reposera ainsi sur une base légale. Outre cette attribution de compétence, il est particulièrement significatif que le droit cantonal puisse également prévoir l'utilisation d'une autre langue nationale ou de la langue anglaise, mais qu'il n'y soit pas obligé (art. 129 al. 2). Les cantons qui le souhaitent ont ainsi la possibilité de créer des tribunaux spécialisés pour les litiges commerciaux internationaux. L'extension du pôle de prestations judiciaires augmente l'attrait de la place économique suisse.

Enfin, le projet de modification du Code de procédure civile prévoit l'introduction d'un nouvel art. 160a CPC permettant aux juristes d'entreprise de ne pas témoigner ni de produire des pièces à des conditions légales restrictives. La FSA a toujours soutenu que le secret professionnel de l'avocat – à la fois global et absolu – ne pouvait être revendiqué que par l'avocat(e) indépendant(e), et non par

le juriste d'entreprise. Toutefois, la FSA ne s'oppose pas à ce qu'un droit de refuser de témoigner et de produire des pièces fasse l'objet d'une disposition spécifique dans le CPC sous la forme d'une réglementation circonscrite aux juristes d'entreprise. C'est la raison pour laquelle la FSA soutient l'initiative parlementaire de la Conseillère nationale Christa Markwalder ayant conduit à l'introduction de la disposition mentionnée ci-dessus.

Le 3.9.2020, la Commission des affaires juridiques du Conseil des États a procédé à des auditions des milieux intéressés, occasion à laquelle la FSA était représentée par ses deux experts, Jean-Marc Reymond (président du comité spécialisé FSA procédure civile) et Andreas Günsch (membre du comité spécialisé FSA procédure civile). Suite à cette audition, la Commission des affaires juridiques du Conseil des États est entrée en matière sans opposition sur le projet de révision du code de procédure civile le 20.10.2020. Désormais, la commission a entamé la discussion par article du projet. La FSA ne manquera pas d'intervenir à nouveau en vue des débats parlementaires le 5.5.2021.

DNA-Profil-Gesetz. Änderung / Loi sur les profils d'ADN. Modification

Le Conseil fédéral a publié son message et a présenté le projet de loi au Parlement le 4.12.2020. Ce projet de loi apporte deux modifications centrales, préoccupantes aux yeux de la FSA.

La première est le phénotypage, qui devrait permettre d'examiner et d'évaluer des séquences codantes de l'ADN, ce qui n'était auparavant autorisé qu'en ce qui concerne le sexe (cf. art. 2 de la loi sur l'ADN); toutes les autres caractéristiques individuelles d'une personne ne pouvaient pas être examinées sur la base de l'ADN, mais «l'empreinte génétique» était créée uniquement sur la base des séquences non codantes de l'ADN. Il convient cependant de relever qu'en 2000, le message du Conseil fédéral sur l'adoption de la loi sur l'ADN avait explicitement rejeté l'examen de séquences codantes de l'ADN (avec l'exception du sexe), étant donné que ces informations n'avaient pas été jugées nécessaires pour l'identification d'une personne et que des abus découlant d'une telle pratique ne pouvaient être exclus. Ni le message ni le projet de loi actuels ne démontrent dans quelle mesure ces préoccupations ne seraient plus valables.

D'autre part, la recherche en parentèle permet de déceler des personnes pouvant être apparentées à l'auteur de la trace sur la base de la ressemblance des profils (parents, frères et sœurs, enfants), dans les cas où le profil ADN de la personne recherchée ne figure pas dans la banque de données. Le fait que la recherche en parentèle implique des personnes qui n'ont pas encore été prévenues ne change rien au fait que leur droit est violé en raison du traitement de leurs données.

La FSA est intervenue auprès des parlementaires de la Commission de la politique de sécurité du Conseil national afin de les sensibiliser à la problématique de ce projet de loi, qui révèle que les autorités de poursuite pénale de-

mandent toujours davantage d'outils de recherches, sans égard aux impératifs des droits fondamentaux et de procédure pénale.

Il est regrettable que la Commission de la politique de sécurité du Conseil national n'ait pas entendu la voix des avocats en la matière. Néanmoins, la FSA ne manquera pas d'intervenir auprès des Conseillers nationaux en vue des débats à la Chambre basse du 4.5.2021.

Bundesgesetz über die elektronische Kommunikation mit Gerichten und Behörden (BEKG) / Nouvelle loi fédérale sur la communication électronique judiciaire
La procédure de consultation, dans laquelle la FSA a soumis ses observations, a duré du 11.11.2020 au 26.2.2021. À cet égard, une commission de consultation a été formée sous la direction du 2^e vice-président FSA Matthias Miescher, composée des experts suivants: Tano Barth (Genève), François Bohnet (Neuchâtel), Christian Leupi (Zurich), Gregor Münch (Zurich) et David Schwaninger (Zurich). Les membres composant la commission de consultation couvrent les domaines du droit nécessaires, à savoir le droit lié aux nouvelles technologies numériques, la procédure civile, pénale et administrative.

Dans sa prise de position, la FSA a salué le projet dans ses grandes lignes, soutenant notamment l'utilisation obligatoire de la plateforme pour les personnes représentant les parties à titre professionnel. Sur ce point, il a été jugé que sans une utilisation obligatoire de la plateforme, le succès de la transition numérique dans le domaine de la justice serait certainement compromis. La FSA a toutefois souligné l'importance de toutes les questions relatives au droit de la profession et au secret professionnel, ainsi qu'à l'indépendance de l'avocat. Par ailleurs, notre fédération a fait valoir que la communication électronique dans le domaine judiciaire ne devait pas devenir une construction conçue pour les autorités, dans laquelle les intérêts de la profession juridique seraient largement ignorés. Pour cette raison, la discussion devrait dès que possible inclure les fournisseurs de logiciels juridiques. La FSA souhaite que le barreau bénéficie des mêmes avantages que les autorités en matière de productivité et d'optimisation des coûts. En outre, il ne devrait pas y avoir de répercussion des coûts sur la profession.

Eine Regelung für transparentes Lobbying im eidgenössischen Parlament / Pour une réglementation destinée à instaurer de la transparence en matière de lobbyisme au Parlement fédéral

À la suite de plusieurs itérations, cette initiative parlementaire visant à améliorer la transparence du lobbyisme au Parlement fédéral, a finalement été présentée aux Chambres. Si la FSA salue le principe du projet initial de l'initiative, le projet, tel qu'il a finalement abouti, ne répondait malheureusement plus aux revendications légitimes en matière de transparence.

Pour cette raison, la FSA a sensibilisé ses membres au Parlement dans ce sens, le projet ayant finalement été rejeté au National en octobre 2020.

Projekte / Projets

Neues Projekt zur Revision Berufs- und Standesrecht (GEORG RAUBER)

Modernisierung Berufs- und Standesrecht

Zur Erinnerung: 2019 beschloss der Vorstand, ein Projekt zur Revision des Berufs- und Standesrechts zu starten. Hinter dem Projekt steht das Bedürfnis, durch geeignete Verbandsaktivitäten bis hin zum möglichen Anstossen einer Revision des BGFA und insbesondere der SSR den Regulierungsrahmen für die Anwaltstätigkeit in der Schweiz zu modernisieren. Es geht darum, mit den technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen (Stichworte Digitalisierung der Anwaltstätigkeit, Anwaltsplattformen, Cloud-Lösungen für die Anwaltschaft, Anwaltskörperschaften usw.) mitzuhalten und zugleich sicherzustellen, dass die Grundpfeiler unseres Berufsrechts gewahrt bleiben und gestärkt werden. Die jüngere Rechtsprechung des Bundesgerichts etwa zur Einschränkung des Anwaltsgeheimnisses durch eine Erweiterung des Begriffs der vom Geheimnisschutz ausgenommenen akzessorischen Anwaltstätigkeit (Pra. 2017, Nr. 24), zur Verwendung von ausgelagerten Kanzleiinfrastrukturen (BGE 145 II 229; Pra. 2020, Nr. 21), zum Kanzleiwechsel von Anwältinnen und Anwälten (Pra. 2019, Nr. 123) oder auch zu den Anwaltskörperschaften mit nicht anwaltlichen Partnern (BGE 144 II 147; Pra. 2018) geben Anlass, sich als Berufsstand mit dem eigenen Regulierungsrahmen zu befassen und die Entwicklungen dort, wo dies vernünftig möglich ist, zu beeinflussen.

Anfang 2020 formierte sich zu diesem Zweck unter der Leitung des Vorstandsmitglieds Georg Rauber ein Expertenausschuss. Ihm gehören die Kollegen

- Vincenzo Amberg, langjähriger Vorsitzender der SAV-Fachgruppe Anwaltsrecht,
- François Bohnet, Professor an der Universität Neuchâtel, Autor wichtiger Publikationen im Anwaltsrecht,
- René Rall, Generalsekretär des SAV und wichtigster Netzwerker unseres Verbands im eidgenössischen Parlament und im Bundesamt für Justiz,
- Georg Rauber, Mitglied des Vorstands SAV und Mitglied der Aufsichtscommission über die Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte des Kantons Zürich,
- Christian Reiser, ehemaliges Mitglied und Präsident der Commission du Barreau de Genève und Autor wichtiger Beiträge zum Berufsrecht,
- Ernst Staehelin, ehemaliger Präsident des SAV, Vater des Entwurfs zu einem schweizerischen Anwaltsgesetz und Autor wichtiger Beiträge zum Berufsrecht, und
- Patrick Sutter, Präsident des Schwyzer Anwaltsverbands, Mitglied der Aufsichtscommission im Kanton Schwyz und ebenfalls Autor wichtiger Beiträge zum Berufsrecht.

Was dem Ausschuss noch fehlt, ist eine Kollegin. Daran wird weiterhin gearbeitet. In jedem Fall versteht sich der Ausschuss als Groupe de réflexion. Er will die Diskussion anstossen und Vorschläge unterbreiten, wie sich der An-

waltsstand besser um das Regelwerk bemüht, das unseren Beruf prägt.

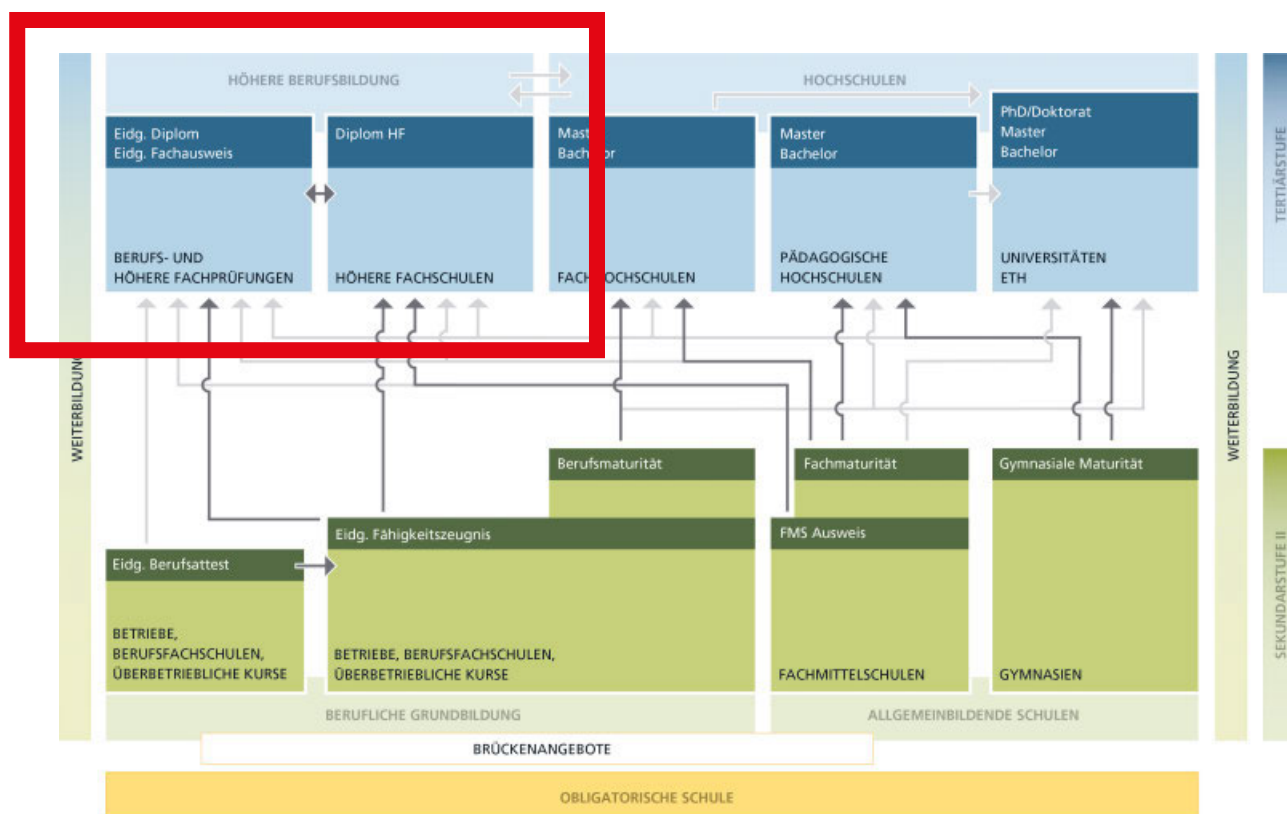
Im Berichtsjahr tagte der Ausschuss an drei je halbtägigen Sitzungen, und er wird sich Anfang Juli 2021 zu einer zweitägigen Klausur treffen. Vertieft diskutiert wurden und werden folgende Themen:

	Thema	Leitung
1.	Berufsbild	François Bohnet
2.	Unabhängigkeit	Christian Reiser
3.	Berufsgeheimnis und akzessorische Anwaltstätigkeit	Vincenzo Amberg
4.	Interessenkonflikt, einschliesslich Behandlung im Verfahren	François Bohnet
5.	Anwält*innen und Technologie (Cloud, Kanzleipooling, Anwaltsplattformen usw.)	Patrick Sutter
6.	Gemeinschaftliche Berufsausübung, inkl. Thema Praktikanten	Georg Rauber und Patrick Sutter
7.	Anwält*innen und Marktumfeld (Werbung, Honorierung, Wechsel der Anwaltskanzlei usw.)	Ernst Staehelin
8.	Qualifizierte Sorgfaltspflicht, Spezialisierung, Weiterbildung	Georg Rauber
9.	Vertrauliche Kommunikation (unter Anwält*innen und von und gegenüber Dritten)	François Bohnet

Daraus wird ein erster Entwurf des SAV über die Berufs- und Standesregeln entstehen, der dann in einem breiteren Kreis unter Einbezug der kantonalen Anwaltsverbände und gegebenenfalls auch von Vertretern der Gerichte und kantonalen Aufsichtscommissionen verfeinert werden soll. Am Ende des Prozesses, aus dem ein gesamtschweizerisches Verständnis des Anwaltsberufs und seiner wichtigsten Regeln hervorgehen soll, steht eine Modernisierung der heutigen schweizerischen Standesregeln (SSR) und die Begründung eines institutionellen Forums, von dem Impulse für die weitere Verfeinerung der Rechtsprechung zum Berufsrecht und gegebenenfalls auch für eine Teilrevision des BGFA ausgehen könnten.

Der Ausschuss ist sich sehr bewusst, dass über unser Berufsbild unterschiedliche Meinungen und Akzente bestehen. Das zwingt dazu, sich auf Kernfragen zu konzentrieren und Regeln zu entwickeln, die von einem breiten Konsens getragen sind. Dazu gehören die Wahrung und Förderung eines unabhängigen und ausschliesslich im Klienteninteresse handelnden Anwaltsstandes als Grundpfeiler unseres Rechtsstaates, der unbedingte Verlass der Klientschaft auf Vertraulichkeit ihrer Informationen und Instruktionen an die Anwältin, den Anwalt (Anwaltsgeheimnis), und die Wirtschaftsfreiheit der anwaltlichen Berufsträger. Die Ermittlung und Mitgestaltung dieses Konsenses sieht der Ausschuss Berufsrecht als seine Aufgabe, an der er seine Arbeit ausrichtet.

Hinweise, Anregungen und Meinungsäusserungen aus dem Kreise der Kolleginnen und Kollegen sind willkommen und können jederzeit an das Generalsekretariat des SAV (info@sav-fsa.ch) gerichtet werden.



Quelle: SBF

Paralegals (GEORG RAUBER, RENÉ RALL)

In Anwaltskanzleien, Rechtsabteilungen von Unternehmen und in der Verwaltung spielen Standardisierung, Digitalisierung und Bearbeitungseffizienz eine zentrale und rasch zunehmende Rolle. Prozesse wie die Verwaltung von Markenportfolios, Gründung von Aktiengesellschaften, Einleitung von Betreibungen, Teilnahme an Schlichtungsverhandlungen, Durchführung von Generalversammlungen, Zu- und Abwahl von Verwaltungsräten und viele mehr werden inhouse erledigt oder an externe Beratungsunternehmen, unter ihnen Anwaltskanzleien, ausgelagert. Sie benötigen fachlich ausgebildetes Personal, und dieses arbeitet desto effizienter und qualitativ besser, je mehr solche Prozesse es begleitet.

Paralegals sind Personen, die genau diesem Profil entsprechen. Bei wachsendem Kostendruck besteht das Bedürfnis, solche Arbeiten an geschultes nicht anwaltliches Fachpersonal zu delegieren, ohne Qualitätseinbussen hinnehmen zu müssen. Paralegals verfügen über praktische Erfahrung, die sie in Anwaltskanzleien, Unternehmen und Verwaltungen gewonnen haben, verbunden oft mit einer Grundausbildung in rechtlichen Belangen. Sie sind motiviert und erfüllen ihre Aufgaben mit grossem professionellem Einsatz und Qualitätsbewusstsein.

Der SAV setzt sich dafür ein, dass mit einer eidgenössischen Fachprüfung mit Diplomabschluss für Paralegals Qualitätssicherung, Transparenz und Mobilität für Berufsträger in diesem Marktsegment gefördert und weiter

verstärkt werden. Der SAV hat sich im Rahmen der bestehenden Ausbildungslandschaft (siehe Abbildung) als verantwortlicher Trägerverband für einen eidgenössischen Fachausweis Paralegals zur Verfügung gestellt, und er ist in der Planung der Vorgaben für die Verleihung des Fachdiploms und in die Kontakte mit dem zuständigen Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation eng eingebunden. Die Verwendung des geschützten Berufstitels «Paralegal» ist in Abklärung und für den SAV eine Voraussetzung seines Engagements. Nach dem Stand der Planung werden eidgenössische Fachprüfungen ab 2022 in den drei Hauptsprachregionen angeboten, und auf dem Markt werden sich ab dann eidg. dipl. Paralegals für entsprechende Stellen bewerben.

Aussenbeziehungen / Relations internationales

(ALBERT NUSSBAUMER, BIRGIT SAMBETH GLASNER,
MARC LABBÉ, AMÉDÉE KASSER, URS HAEGI)

Union Internationale des Avocats – UIA (AMÉDÉE KASSER)
L'Union Internationale des Avocats (UIA) est une organisation mondiale et multiculturelle pour la profession juridique. Elle est composée de membres présents dans 110 pays et promeut l'État de droit tout en facilitant le développement professionnel, la formation et le réseautage. Elle rassemble plus de deux millions d'avocates et d'avocats au travers de ses membres individuels ou à titre collectif (barreaux, fédérations, associations). Au sein de ses commissions scientifiques et groupes de travail, l'UIA sus-

cite des débats juridiques de haut niveau et adopte des résolutions touchant les problématiques actuelles de la profession d'avocat dans le monde.

La participation suisse au sein de l'UIA est proportionnellement importante, et le Comité national suisse compte plus de 125 membres individuels et collectifs, dont une grande partie est très active, en particulier dans les nombreuses commissions thématiques scientifiques ainsi qu'au sein de l'UIA-IROL (Institut pour l'État de droit / Institute for the Rule of Law), qui a pour vocation de promouvoir l'État de droit.

L'épidémie a marqué un coup d'arrêt des activités présentes de l'UIA, qui a dû renoncer à toutes ses réunions et à son congrès annuel, qui devait avoir lieu en octobre 2020 au Mexique. Le Congrès a eu lieu sous une forme virtuelle, avec de nombreux séminaires et séances. Un nouveau Président pour la période 2020-2021 a été élu en la personne de Jorge Marti Moreno, de Valence/Espagne. Si la situation sanitaire le permet, les principaux organes de l'UIA se verront à nouveau dès septembre 2021.

De nombreux webinaires sont organisés, pour pallier l'impossibilité de se rencontrer.

L'annulation du Congrès annuel, de même que de la Journée suisse des avocats FSA en 2020, n'a pas permis au Comité national suisse de se réunir, pour une rencontre scientifique ou conviviale. Il le fera dès que les conditions sanitaires le permettront et rattrapera alors le temps perdu.

International Bar Association – IBA (URS HAEGI)

Das Berichtsjahr 2020 stand auch für die IBA im Zeichen der Coronapandemie. Ab dem Monat März fanden sämtliche Fachveranstaltungen und Kongresse nicht mehr physisch statt. Der SAV nimmt normalerweise an der Bar-Leaders-Konferenz, jeweils im Mai, und an der Jahreskonferenz, jeweils im Oktober, teil. An diesen Konferenzen findet immer ein Council Meeting statt, das etwa einem IBA-Parlament gleicht. An diesen Council Meetings nimmt auch der SAV als Vertreter der Schweizer Anwaltschaft teil. Eine physische Durchführung fand – wie gesagt – nicht statt; vielmehr wurden die Sitzungen im Frühsommer und im Herbst als Zoom-Meetings durchgeführt, an denen der Unterzeichnete für den SAV teilnahm.

Das Jahr 2020 war ein Wahljahr, an dem der IBA-Präsident und die weiteren Organe für eine zweijährige Amtszeit gewählt werden. Zur Überraschung aller zog sich Anfang April 2020 Jim Klotz, Vizepräsident der IBA aus Kanada, aus allen Gremien zurück. Es war geplant, dass er an der Jahreskonferenz im Herbst zum Präsidenten für die Jahre 2021 und 2022 gewählt wird. Die Gründe für seinen plötzlichen Rückzug wurden durch die IBA nicht offengelegt.

Nachdem das Council Meeting im Mai 2021 keine besonderen Traktanden hatte, wurden im Herbst die Organe der IBA für die Jahre 2021 und 2022 gewählt: Präsident wurde Sternford Mojo, der erste schwarze Präsident der IBA, Vizepräsidentin wurde Almudena Arpón de Mendiivil, Generalsekretäre wurden Claudio Visco und Jaime Carey;

diese zwei teilen sich das Amt, da die Wahl zu verschiedenen Auslegungsfragen der IBA-Verfassung führte. Das Constitution Committee der IBA wurde nun beauftragt, diese Auslegungsfragen zu klären und dem IBA Council einen Vorschlag zu unterbreiten, wie solche Pattsituationen in Zukunft vermieden werden können.

In der Zwischenzeit orientierte die IBA, dass die Bar-Leaders-Konferenz im Mai in Vilnius, Litauen, und die Jahreskonferenz im Oktober in Paris nicht physisch, sondern virtuell (per Zoom) durchgeführt werden. Allenfalls können einzelne Fachtagungen im vierten Quartal 2021 wieder als Konferenzen durchgeführt werden. Die nächste Jahreskonferenz mit physischer Teilnahme ist für den Herbst 2022 in Miami geplant.

Conseil des barreaux européens – CCBE (ALBERT NUSS-BAUMER)

Le Conseil des barreaux européens (CCBE) représente les barreaux de 45 pays, soit plus d'un million d'avocats européens. Le CCBE est reconnu comme le porte-parole de la profession d'avocat en Europe. Le CCBE réunit ses membres autour des valeurs fondamentales et missions essentielles, qui sont l'État de Droit, les Valeurs Démocratiques, les Droits Fondamentaux et Droit de l'Homme. Les missions essentielles du CCBE sont la défense de l'indépendance des avocats, le développement et l'avenir de la profession d'avocat, et la défense de la défense.

L'année 2020, l'année du COVID, a été pour le CCBE celle de son soixantième anniversaire, qui a tout de même pu être marqué par une importante manifestation: la mise sur pied, le 27 octobre, d'une table ronde en ligne, ayant réuni des intervenants prestigieux des Institutions européennes et 150 participants, sur le thème de «L'approche de l'Europe en matière de Justice en ligne: comment l'Union européenne peut-elle garantir que la numérisation de la Justice renforce l'accès à la Justice plutôt que de le compromettre?» Le CCBE s'est aussi beaucoup engagé pour soutenir ses membres dans leurs actions et luttes contre les effets de la pandémie. Une autre question importante en 2020 était de traiter les conséquences du Brexit; la solution trouvée a consisté à créer un nouveau statut pour la délégation britannique: le statut de membre «affilié». Ce nouveau statut permet aux Britanniques de rester actifs au sein du CCBE, avec certaines restrictions, en particulier sur les questions relatives aux actions politiques de l'UE. Enfin, le CCBE continue à soutenir activement les travaux menés par le Conseil de l'Europe pour une future Convention européenne sur la profession d'avocat.

La Suisse a été membre observateur au CCBE dès sa création en 1960. Puis, dans les années 2000, sous l'impulsion et la conduite du Chef de la délégation suisse d'alors, Olivier Freymond, la Suisse a demandé à être admise comme membre effectif du CCBE; les démarches ont été longues et difficiles, mais finalement la Suisse a été admise comme membre à part entière lors de la Session plénière de novembre 2006. En 2016, après dix ans passés comme membre effectif du CCBE, la délégation suisse a estimé qu'elle pouvait envisager de solliciter un poste de vice-pré-

sident, et donc ensuite de président du CCBE. Les démarches ont à nouveau été longues et difficiles, mais après avoir pris le temps de convaincre une majorité du bien-fondé de notre candidature, celle-ci a été déposée en 2017, en proposant au poste de vice-président pour le 1.1.2020 Pierre-Dominique Schupp, notre ancien Président de la FSA (2013–2015). Après un premier essai manqué de peu, en 2019, où le candidat grec a passé devant pour un souffle, nous avons confirmé la candidature suisse pour la vice-présidence dès le 1.1.2021, et Pierre-Dominique Schupp y a été élu lors de la Session plénière de novembre 2020, 14 ans après la Session plénière ayant accepté la Suisse comme membre à part entière!

Fédération des Barreaux d'Europe FBE / Verband Europäischer Anwaltskammern «FBE» (MARC LABBÉ / AMÉDÉE KASSER)

En raison de la pandémie de coronavirus, les deux congrès annuels prévus en 2020 (Congrès général de printemps à Paris et Réunion intermédiaire d'automne à Sofia) n'ont malheureusement pas pu avoir lieu. Aucune assemblée générale n'a été tenue par vidéoconférence en 2020.

La FBE a néanmoins poursuivi ses activités, ce qui est bien visible sur son site internet (www.fbe.org).

La Présidente, notre consœur espagnole Silvia Giménez-Salinas, a ainsi accompli un mandat de deux ans.

Une assemblée générale virtuelle a eu lieu le 19.3.2021 au cours de laquelle ont été élus en tant que présidente notre consœur française Me Dominique Attias, 1^{er} vice-président Me Bas Martens (Pays-Bas) et 2^e vice-présidente Me Izabela Konopacka (Pologne).

Il est évident que tous les membres de la FBE attendent avec impatience de se retrouver lors de prochains congrès, sachant que la FBE est particulièrement propice à des échanges extrêmement riches entre avocats de tous les horizons européens.

Aus den Fachgruppen / Informations des Commissions spécialisées

Mediation

(ROMAN MANSER)

Die Fachkommission Mediation SAV hat im Berichtsjahr drei Sitzungen abgehalten, nicht nur mit Zoom, sondern auch persönlich in Bern am 8.9.2020.

Die fachliche Kompetenz der aktuellen Fachkommission ist sehr hoch. Sämtliche Mitglieder verfügen über ein grosses Wissen und viel Erfahrung. Das erleichtert die Arbeit und gibt uns einen bereichernden Einblick in die gelebte Mediationskultur der verschiedenen Sprachregionen.

Unser Kollege Alessandro Mazzoleni organisiert im Kanton Tessin Weiterbildungen, hat Kontakt zur Universität und zu den Behörden und ist verbandsmässig sehr aktiv. Er bietet regelmässig Weiterbildungen in italienischer Sprache für unsere Tessiner Mediatorinnen und Mediatoren an.

Kollegin Katja Ziehe, Kollege Patrick Schaerz, beides auch Fachanwälte SAV Familienrecht, vertreten zusammen mit dem Unterzeichneten die deutsche Schweiz. In jüngerer Zeit ist das Spektrum der angebotenen Mediationsausbildungen erweitert worden, wobei vor allem Collaborative Law & Practice (CLP) auf grosses Interesse stösst. Wir konnten dabei von den fundierten Kenntnissen von Katja Ziehe profitieren, die schon zum zweiten Mal erfolgreich einen Weiterbildungstag zu diesem Thema durchführte. Weiter gab es eine Weiterbildung zu Wirtschaftsmediation. Frau Dr. Katja Windisch brachte uns ihr Wissen um Mediation in Organisationen und Unternehmen an einem Tageskurs näher.

Schliesslich leisten unsere Kolleginnen Raymonde Richter, Catherine Ming und Alix de Courten für unsere frankophonen Kolleginnen und Kollegen hervorragende Arbeit. Eine Weiterbildung mit Marc Rosset im September 2020 bildete einen Höhepunkt.

Ich bedanke mich an dieser Stelle bei den Mitgliedern der Fachkommission für ihre grossartige Arbeit.

Pandemiebedingt konnte nur ein Zertifizierungskurs im Generationenhaus in Bern durchgeführt werden, obwohl die Nachfrage gross ist. Ein weiterer Zertifizierungskurs musste verschoben werden wie auch die siebte Ausgabe des traditionellen Bi-annual Meetings, unserer Netzwerkveranstaltung. Alle Kurse und Veranstaltungen werden nachgeholt, auch online.

Strafrecht/Strafprozessrecht

(NIKLAUS RUCKSTUHL)

Nachstehend berichte ich über die Tätigkeit des Fachausschusses Strafrecht seit April 2020 bis heute wie folgt:

1. Vernehmlassungen/Gesetzgebung

Im September hat der Fachausschuss Strafrecht eine Vernehmlassung zu Änderungen im StGB und im JStGB im Zusammenhang mit dem Massnahmenpaket Sanktionenvollzug verfasst (vgl. Vernehmlassung des SAV vom 30.9.2020, auf der Homepage).

Der Fachausschuss hat im Februar 2021 den Auftrag erhalten, zur Revision des Sexualstrafrechts Stellung zu nehmen, zu einer Vernehmlassung, welche die Rechtskommission des Ständerats eröffnet hat. Die Arbeiten sind pendent, und die Stellungnahme sollte bis 10.5.2021 eingereicht werden.

2. Interessenwahrung

Am 13.5.2021 nahmen die Kollegen Didier de Montmollin und Lorenz Erni in der SIK des Nationalrates zur Vorlage Terrorismus und organisierte Kriminalität Stellung.

Sehr beschäftigt hat den Fachausschuss bzw. einzelne Mitglieder desselben die laufende Revision der StPO. So fanden Gespräche zwischen zwei Vertretern des SAV (Me Daniel Kinzer, GE, und der Unterzeichner) und der Schweiz. Staatsanwälte-Konferenz (SSK) statt mit der Frage, ob zu gewissen Kernthemen in der laufenden Revision der StPO eine gemeinsame Position entwickelt und der Rechtskommission des Nationalrates, der die Vorlage als Erstrat berät, eingereicht

werden kann mit dem Ziel, gewisse Änderungen, die beiden Organisationen (also dem SAV und der SSK) nicht passen, konsensual einer Lösung zuzuführen. Diese Gespräche mussten sehr kurzfristig erfolgen und konnten allenfalls auch wegen der nur wenigen Zeit, die für die Konsultationen zur Verfügung standen, nicht erfolgreich abgeschlossen werden. Nichtsdestotrotz waren Interventionen bei einzelnen Mitgliedern der RK NR insofern erfolgreich, als die RK namentlich die Einschränkung der Teilnahmerechte (neuer Art. 147a StPO) und das Beschwerderecht der Staatsanwaltschaft gegen haftbeendende Entscheide (durch entsprechende präzisierende Formulierung von Art. 222 StPO) gestrichen hat.

Die RK NR beauftragte zudem das BJ, in Zusammenarbeit mit Vertretern des SAV (v.d. den Unterzeichner), der SSK und der Lehre einen Vorschlag für die Neuformulierung der Siegelungsbestimmung zu erarbeiten. In zwei kurzfristig einberufenen Sitzungen konnte ein solcher Vorschlag erarbeitet werden, der ohne Änderung von der RK NR in den Gesetzestext übernommen wurde.

Zur Befriedigung der Fachgruppe hat der Nationalrat weitestgehend die Vorschläge seiner RK übernommen und insbesondere die Streichung von Art. 147a, die in der RK nur knapp angenommen wurde, und die Präzisierung von Art. 222 StPO bestätigt.

Zurzeit beugt sich die Rechtskommission des Ständerats über die Vorlage. Deren Vizepräsident SR Jositsch ist bereits vor längerer Zeit an den Unterzeichner herangetreten und hat darum gebeten, die Position des SAV zur StPO-Revision darzulegen, was der Unterzeichner anhand der bereits der RK NR eingereichten Unterlagen und weiterer Publikationen getan hat. Entgegen der ursprünglichen Erwartung

führt nun auch die RK SR eine Anhörung von interessierten Kreisen namentlich zu den Beschlüssen des Nationalrates zur StPO-Revision durch, die am 20.5.2021 stattfinden soll, wobei der SAV erneut durch Kollege Daniel Kinzer und den Unterzeichner vertreten sein werden.

Digitalisierung

(ROLAND KÖCHLI)

Aufgrund der COVID-19-Pandemie hat sich der Fachausschuss Digitalisierung im Jahr 2020 primär per Videokonferenz getroffen. Der monatliche Sitzungsrhythmus konnte leider nicht ganz eingehalten werden.

Im Berichtsjahr hat der Fachausschuss Digitalisierung die Wegleitung zum Gebrauch von Cloud-Services sowie die Hinweise und Empfehlungen bezüglich Online-Anwaltsplattformen überarbeitet und auf den neuesten Stand der Rechtsprechung gebracht. Damit dürften diese Arbeiten – zumindest im Zusammenhang mit Cloud-Services – fürs Erste abgeschlossen sein.

Weiter beteiligt sich der Fachausschuss auch an den Arbeiten zu Justitia 4.0. Diesbezüglich kann auf die gesonderte Berichterstattung verwiesen werden.

In Zusammenarbeit mit der Swiss LegalTech Association wurde im Berichtsjahr eine Umfrage bezüglich Nutzung von IT in Kanzleien durchgeführt, und die Ergebnisse wurden in der Anwaltsrevue publiziert. Diese Umfrage wird im Jahr 2021 wiederholt, und wir dürfen auf die Resultate sehr gespannt sein.

Das Thema IT-Sicherheit ist weiterhin in Bearbeitung, und es ist geplant, 2021 diesbezüglich Hinweise und Empfehlungen zu publizieren. Diese Arbeiten haben sich aufgrund der Pandemie leider etwas verzögert.

Bern, im April 2021

DER SAV TEILT MIT / LA FSA VOUS INFORME

120. Anwaltstag

Schweizerischer Anwaltstag 2021: jetzt anmelden

Es ist dem SAV eine grosse Freude, Sie zum 120. Schweizerischen Anwaltstag, der vom 11. bis 12. 6. 2021 im Kultur- und Kongresszentrum in Luzern stattfindet, einzuladen.

Am Freitag, 11. Juni, beginnt die Tagung mit dem Panel zum Thema «*Gleichstellung Frau – Mann*». Nach der Panel-diskussion erfolgt die Verleihung des *Emilie-Kempin-Spyri-Preises*. Im Anschluss daran ist die ordentliche *Delegiertenversammlung* vorgesehen.

Am Samstag, 12. Juni, starten wir mit der Verleihung des *Medienpreises*. Direkt im Anschluss findet das Panel zum Thema «*Digitalisierung der Anwaltschaft und der Justiz*» statt. Abgerundet wird das Ganze mit einem *Steh-Apéro*, sofern es die Umstände zulassen.

Das gesamte Programm finden Sie auf unserer Website unter *Aktuell*.

Wichtige Hinweise:

Der Anlass findet unter begrenzter Teilnehmerzahl weiterhin im KKL in Luzern statt. Die beiden Panels werden zusätzlich live gestreamt, sodass möglichst viele von Ihnen zumindest online teilnehmen können.

Die Teilnahme am Anwaltstag ist für alle kostenlos, setzt jedoch eine Anmeldung voraus. Sollten Sie eine Online-Teilnahme bevorzugen, bitten wir Sie, sich ebenfalls anzumelden und die entsprechende Option zu wählen.

Natürlich müssen wir weiter beobachten, wie sich die Situation entwickelt.

Wir bleiben aber zuversichtlich, Sie in Luzern begrüßen zu dürfen.

Traktanden der 120. *Delegiertenversammlung* vom 11. 6. 2021 im KKL in Luzern:

1. Protokoll der 119. Delegiertenversammlung vom 30. 6. 2020
2. Jahresbericht 2020–2021
3. Jahresrechnung 2020
4. Festlegung der Mitgliederbeiträge für das Jahr 2022
5. Statutarische Wahlen
6. Verschiedenes

Interessenvertretung der Anwaltschaft: laufende Vernehmlassungen der Bundesbehörden beim SAV

Strafrahmenharmonisierung und Anpassung des Nebenstrafrechts an das neue Sanktionenrecht. Vorlage 3: Bundesgesetz über eine Revision des Sexualstrafrechts
Frist: 10. 5. 2021

Änderung der Handelsregisterverordnung
Frist: 24. 5. 2021

Verordnung über das Meldeverfahren im Konzern bei der Verrechnungssteuer
Frist: 14. 7. 2021

Die Dokumente zu den laufenden Vernehmlassungen der Bundesbehörden beim SAV sind auf der SAV-Webseite herunterzuladen: > Aktuell > Interessenvertretung > Laufende Vernehmlassungen der Bundesbehörden beim SAV: <https://www.sav-fsa.ch/de/aktuell/interessenvertretung/stellungnahmen.html>

News «Fachanwältin SAV / Fachanwalt SAV»

Spezialisierungskurse Fachanwalt SAV / Fachanwältin SAV:
Unsere Spezialisierungskurse richten sich an Anwältinnen und Anwälte, die bereits vor der Weiterbildung über eine *überdurchschnittliche praktische Erfahrung im Spezialgebiet* und *bei Kursbeginn mindestens vier Jahre Praxiserfahrung (bei Vollzeitpensum)* verfügen. Bitte beachten Sie dazu auch das Reglement Fachanwalt SAV auf unserer Internetseite (www.sav-fsa.ch, unter Fachanwalt, Reglemente). Bei Fragen zu künftigen Kursen können Sie uns gerne kontaktieren: 031 313 06 06.

Spezialisierungskurs im Bau- und Immobilienrecht (2021–2023)

Durchführung in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. iur. Hubert Stöckli, Kursleitung Fachanwalt SAV Bau- und Immobilienrecht.

Kurssprache: D
Einführungsveranstaltung: 13. 11. 2021
Anmeldeschluss: 15. 6. 2021

Die Anmeldung erfolgt online. Weitere Informationen dazu sind auf unserer Website www.sav-fsa.ch aufgeschaltet.

Aktuelle Informationen finden Sie auf unserer Website www.sav-fsa.ch.

**Mitteilungen der Selbstregulierungsorganisation
des Schweizerischen Anwaltsverbandes und
des Schweizerischen Notarenverbandes /
Communication de l'Organisme d'autorégulation
de la Fédération Suisse des Avocats
et de la Fédération Suisse des Notaires**

Weiterbildung / Formation continue / Formazione continua

Preise / Prix 2021/2022 (+7,7% MWST/TVA)

Grundkurs / Formation de base 650.-*/750.-
Weiterbildung / Formation continue 480.-*/580.-
(* Mitglieder / Membres)

Ausbildungsdaten 2021 / Dates des formations en 2021

Grundkurs / Formation de base / Formazione di base

- Genève (f) 14. 09. 2021
- Lugano (i) 07. 10. 2021
- Zürich (d) 19. 10. 2021

Weiterbildung / Formation continue / Formazione continua

- Genève (f) 15. 09. 2021 03. 11. 2021
- Lugano (i) 06. 10. 2021
- Zürich (d) 20. 10. 2021
- Olten (d) 17. 11. 2021

Ausbildungsdaten 2022 / Dates des formations en 2022

Grundkurs / Formation de base / Formazione di base

- Genève (f) 13. 09. 2022
- Lugano (i) 06. 10. 2022
- Zürich (d) 18. 10. 2022

Weiterbildung / Formation continue / Formazione continua

- Genève (f) 14. 09. 2022 02. 11. 2022
- Lugano (i) 05. 10. 2022
- Zürich (d) 19. 10. 2022
- Olten (d) 16. 11. 2022

Melden Sie sich unter www.sro-sav-snv.ch für ein Seminar an. / Inscrivez-vous sur www.oar-fsa-fsn.ch.

Auskünfte / Renseignements: info@swisslawyers.com
oder / ou 031 533 70 00.

**Annulation du Congrès des avocats /
Implémentation de la Journée des avocats**

En raison de la situation pandémique encore incertaine, le Conseil de la FSA – d'un commun accord avec le Comité d'organisation du Congrès des avocats – a décidé de tenir la manifestation du 10 au 12. 6. 2021 dans un format réduit. Par voie de conséquence, le congrès sera rebaptisé «Journée des avocats».

Tous les ateliers et présentations devront être reportés à la prochaine édition du Congrès des avocats en juin 2023. Nous regrettons que le «festival de la formation continue» ne puisse avoir lieu cette année. Néanmoins, nous avons le plaisir de pouvoir vous proposer quelques éléments choisis du programme:

Le vendredi 11 juin, la conférence débutera par la table ronde sur le thème «Égalité femmes-hommes», avec la participation de Maya Dougoud, Nicola Benz, Esther-Mirjam De Boer, Prof. Karine Lempen et Adrien Alberini, modérée par Reto Brennwald. Cet échange sera suivi de la remise du prix Emilie Kempin-Spyri et se terminera par l'assemblée ordinaire des délégués.

Le samedi 12 juin, nous débiterons par la remise du prix des médias. S'ensuivra une table ronde sur le thème de la «Numérisation de la profession d'avocat et de la justice», avec des interventions de Petra Hauser, présidente de la Cour suprême, du Prof. Marcel Niggli, de l'ancien conseiller fédéral Pascal Couchepin et de Michael Schöll, Dr en droit, sous-directeur de l'OFJ et chef du domaine de direction Droit privé, modérée par Reto Brennwald. L'événement sera clôturé par un apéritif dînatoire, si les circonstances le permettent.

L'événement se déroulera une fois encore au KKL de Lucerne, avec un nombre limité de participants. Les deux tables rondes seront également transmises en direct afin que le plus grand nombre d'entre vous puisse du moins profiter d'une participation en ligne.

Évidemment, nous devons rester attentifs à l'évolution de la situation. Nous demeurons confiants de pouvoir vous accueillir à Lucerne. Toutes les informations nécessaires vous seront fournies en temps utile.

L'Assemblée des délégués se tiendra le vendredi après-midi 11. 6. 2021 au KKL de Lucerne.

Ordre du jour:

1. Approbation du p.-v. de la 119^e Assemblée des délégués du 30. 6. 2020
2. Rapport annuel 2020–2021
3. Comptes 2020
4. Fixation des cotisations de 2022
5. Élections statutaires
6. Divers

**Représentation des intérêts de la profession:
consultations législatives des autorités fédérales
actuellement auprès de la FSA**

**Harmonisation des peines et adaptation du droit pénal
accessoire au nouveau droit des sanctions. Projet 3:
loi fédérale portant révision du droit pénal en matière
sexuelle**

Délai: 10. 5. 2021

Modification de l'ordonnance sur le registre du commerce
Délai: 24. 5. 2021

**Ordonnance sur la procédure de déclaration au sein
du groupe en matière d'impôt anticipé**

Délai: 14. 7. 2021

Tous les documents relatifs aux consultations des autorités fédérales en cours auprès de la FSA peuvent être consultés et téléchargés sur la page correspondante du site de la

Fédération: > Thèmes > Représentation des intérêts de la profession > Prises de position > Consultations des autorités fédérales actuelles après de la FSA: <https://www.sav-fsa.ch/fr/aktuell/interessenvertretung/stellungnahmen.html>.

News «Avocat/e spécialiste FSA»

Annonce de cours «Avocat/e spécialiste FSA»

Nos cours de spécialisation s'adressent aux avocats membres de la FSA qui bénéficient déjà d'une expérience importante dans l'une des spécialisations proposées par notre Fédération. Pour une activité d'avocat à 100%, cette expérience doit s'étendre sur 4 ans au moins au moment du début de la spécialisation. Nous vous prions également de prendre note du règlement Avocat/e spécialiste FSA (www.sav-fsa.ch, sous Réglementation).

Cours de spécialisation en droit pénal (2021/2022)

Organisé par la Fédération Suisse des Avocats (FSA) en collaboration avec le Prof. Yvan Jeanneret.

Langue du cours: français

Début du cours: 17. 9. 2021

Délai d'inscription: 31. 5. 2021

Préavis du cours de spécialisation en droit du travail 4F (2022/2023)

Le prochain cours de spécialisation est prévu pour l'année 2022.

Préavis du cours de spécialisation en droit de la famille 3F (2023/2024)

Le prochain cours de spécialisation est prévu en automne 2023.

Préavis du cours de spécialisation en droit des successions (2023/2024)

Le prochain cours de spécialisation est prévu en 2023.

Vous trouverez des informations actuelles sur notre site web www.sav-fsa.ch.

Nouveautés «Médiatrice/Médiateur FSA»

Vous trouverez des informations actuelles sur notre site web www.sav-fsa.ch.

Anzeigen*

Adressen für Anwälte

 SFC SWISS FORENSIC & COMPLIANCE	Asset Tracing Due Diligence Corporate Intelligence	Rue de la Grotte 6 1003 Lausanne www.sfc.services
--	---	---

 INTERSERV. Rechtsübersetzungen	Wie schreibt man «Nichteintretensentscheid» in Tigrinya?	Wir helfen weiter auf www.interserv.ch
--	--	--

* Keine offizielle Empfehlung des SAV

Martin Plenio | Myriam Senn (Hrsg.)

NBG/WZG-Kommentar

Kommentar zum Nationalbankgesetz und zum Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel

Mit diesem Werk werden das revidierte NBG und das WZG erstmals umfassend kommentiert. Die Autorinnen und Autoren beleuchten die Entstehungsgeschichte und analysieren den Regelungsgegenstand der einzelnen Bestimmungen samt ihren praktischen Auswirkungen. Dabei nehmen sie auch wichtige Entwicklungen seit dem Inkrafttreten beider Erlasse auf und stellen diese in den Kontext der geltenden rechtlichen Grundlagen.

2020, 766 Seiten, gebunden
ISBN 978-3-03891-149-4
CHF 298.–

erstmals
kommentiert

Plenio · Senn
(Hrsg.)

Nationalbankgesetz Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel

Kommentar

DIKE 

DIKE 

www.dike.ch/1494

Hilfe für unsere Bergbevölkerung schafft neue Perspektiven



Die Schweizer Patenschaft für Berggemeinden fördert die Solidarität mit der Schweizer Bergbevölkerung und mindert das Gefälle zwischen wohlhabenden und wirtschaftlich benachteiligten Regionen.

Mit projektbezogener Hilfe an unterstützungswürdige Gemeinden, Korporationen usw. hilft sie, dass unsere Bergregionen bewohnbar bleiben und aktiv bewirtschaftet und gepflegt werden. Die objektbezogenen Spenden werden ohne Spesenabzug den Begünstigten weitergereicht. Bei grösseren Vermächtnissen bietet sich die Möglichkeit, einen Fonds mit klar umschriebener Zweckbestimmung zu eröffnen.

PATENSCHAFT
BERGGEMEINDEN

Asylstrasse 74
8032 Zürich
Telefon

berggemeinden.ch
info@patenschaft.ch
044 382 30 80

Postkonto 80-16445-0
IBAN CH51 0900 0000 8001 6445 0



Christoph Müller

Contrats de droit suisse

Présentation systématique des contrats les plus importants en pratique



- › **A la fois ouvrage de référence pour juristes expérimentés et manuel d'étude**
- › **Repérage rapide des points essentiels**
- › **Schémas récapitulatifs**

Cet ouvrage présente de manière systématique les contrats les plus importants de la pratique judiciaire suisse. Il s'agit des contrats de vente, de bail à loyer, d'entreprise, de mandat, d'agence et de cautionnement. Ce livre donne aussi un aperçu de la théorie des contrats innommés et traite plus particulièrement des incontournables en pratique, à savoir le leasing, la licence, la représentation exclusive et la transaction extrajudiciaire.

972 pages, relié, mai 2021, CHF 248.–
978-3-7272-4622-7



Commandez directement en ligne : www.staempflishop.com

Stämpfli Editions SA

Wölflistrasse 1 | Case postale | 3001 Berne | Tél. +41 31 300 66 77 | Fax +41 31 300 66 88 | order@staempfli.com
Sous réserve de modifications de prix et d'erreur | 1789-99/21

Stämpfli
Editions